

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

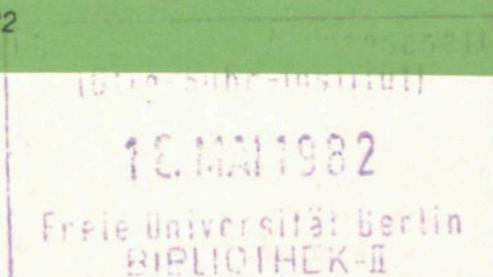
GEWERKSCHAFTSSPIEGEL · INFORMATIONEN UND KOMMENTARE

Frankfurt, Mai 1982

Einzelpreis 4.— DM

XXII. Jahrgang

D 3476 EX



Der DGB und seine Gewerkschaften, die auf ihrem Kongreß in Westberlin die Weichen für die Politik der nächsten Jahre stellen müssen, haben keine leichte Aufgabe. Sie stehen unter dem Druck vieler Kräfte. Die Unternehmer nutzen die von ihnen geschaffene Massenarbeitslosigkeit hemmungslos, um rigoros die realen Löhne und Gehälter zu senken. Die Gewerkschaften haben dagegen bisher noch nicht die richtige Antwort gefunden, und die diesjährige Lohnrunde war sicherlich kein Ruhmesblatt in ihrer Geschichte. Mit der Operation '82 erfolgte eine weitere massive Verschlechterung des sozialen Besitzstandes. Noch ist hier kein Ende abzusehen.

Vieles von dem, was die Gewerkschaften mühsam in Jahrzehnten erstritten, wird auf dem Altar der sozialliberalen Koalition geopfert. Der DGB verhandelte mit Parteien und Unternehmerverbänden. Aber Politik wird immer am Ergebnis gemessen. Und da ist feststellbar, daß mit der „Gemeinschaftsinitiative“ die Arbeitslosigkeit weder bekämpft wird noch bekämpft werden kann. Wäre es nicht besser gewesen, die Millionen Gewerkschafter zu mobilisieren, auf die Straße zu gehen,

– nicht nur erst am 1. Mai –, daß den Herrschenden ihr Ruf noch lange in den Ohren geklungen hätte, anstatt im stillen Kämmerlein zu verhandeln? Nicht zu übersehen ist auch, daß die parteipolitische Unabhängigkeit des DGB permanent gefährdet ist durch Versuche von SPD und CDU/CSU, die Gewerkschaften als Transmissionsriemen ihrer Politik zu mißbrauchen, sich die Funktionen vor allem in den Führungsspitzen aufzuteilen und die Masse der Mitglieder, die keiner dieser beiden Parteigruppierungen angehört, aber weitgehend aus dieser Willensbildung

auszuschalten. Der Angriff des Kapitals auf die Lebenslage breitesteter Volksschichten erfolgt über die Grenzen der einzelnen Länder hinaus, er ist multinational. Es ist vor allem der DGB, der sich in Westeuropa der Aufnahme repräsentativer Gewerkschaften widersetzt, wegen angeblich fehlenden politischen Konsenses. Ist es nicht ein Widersinn, daß diejenigen, die zusammen mit den Sozialisten in Frankreich die Regierung bilden, im EGB nicht Mitglied sein sollen? Mit dem vor einem Jahr verabschiedeten Grundsatzprogramm besitzt der DGB eine wichtige Waffe, um den Herausforderungen wirksam begegnen zu können. Dazu ist jedoch notwendig, daß dieses Programm das tägliche Handeln der Gewerkschaften bestimmt. Es genügt nicht, es lediglich bei feierlichen Anlässen zu zitieren.

Nach wie vor gilt auch, daß die Gewerkschaften am Scheideweg stehen. Sie können den bequemen Weg der Sozialpartnerschaft gehen, oder wie man heute so schön sagt, den Konsens mit allen gesellschaftlichen Kräften suchen. Sie können aber auch, gestützt auf die eigene Kraft, den schweren und dornenvollen Weg der autonomen Widerstandsorganisation beschreiten. Ginge es nach den Unternehmern und ihrer „Frankfurter Allgemeinen“, dann wäre der Weg vorgezeichnet, dann würden die Gewerkschaften zum „Ordnungsfaktor des Staates“. Dies würde sicherlich nicht den Interessen der Mitglieder entsprechen und die Anziehungskraft der Gewerkschaften schmälen.

fer

5/82

Aus dem Inhalt:

1. Mai: Von Kiel bis München
Kampfansage an Arbeitslosigkeit 2

Das vorrangige Ziel der HBV:
Tarifgraben nicht vergrößern
Interview mit Dieter Steinborn,
zweiter Vorsitzender der
Gewerkschaft HBV

4

Unzumutbare Zumutbarkeit
Oder: Worum es wirklich geht

5

Lassen sich Erfolge erzielen
im stillen Kämmerlein?

6

Neues Programm der ÖTV:
Eine „Lufthansa zur See“?

9

IG Metall fordert vom DGB-Kongreß: NATO-Raketenbeschuß verurteilen!

11

NACHRICHTEN-DOKUMENTATION

Reden – Beschlüsse –
Meinungen 13–22

13–22

BSE-Angestelltenkonferenz
mit kämpferischem Verlauf

23

Sofortprogramm der IG Metall
gegen Ausbildungsstellenmangel

24

SPD-Parteitag fordert:
Opfer sollen gebracht werden

27

Vom Ostermarsch 1982
bis zum Antikriegstag

28

Nach fünftägiger Besetzung
115 Arbeitsplätze gerettet

29

Drastisch gekürzt: Sozialhilfe –
Ein Leben am Rande der Armut

30

10. FDGB-Kongreß: „Herausforderungen der 80er Jahre werden gemeistert“

32

Gelähmter EGB zwischen
Anspruch und Wirklichkeit

33

Ignoranz gegenüber dem Mut
und der Opferbereitschaft

35

1. Mai: Von Kiel bis München Kampfansage an Arbeitslosigkeit

Von Kiel bis München — überall fanden in diesem Jahr am 1. Mai machtvolle DGB-Demonstrationen und Kundgebungen statt. Im Mittelpunkt standen Forderungen nach Arbeits- und Ausbildungsplätzen für alle, nach Zurückdrängung der Macht des Großkapitals, Abwehr der Krisenlasten sowie Sicherung des Friedens durch Abrüstung. Abgelehnt wurde der NATO-Beschluß. Auf den über 500 gewerkschaftlichen Veranstaltungen klagten Hunderttausende Gewerkschafter die Profitwirtschaft an, ständig das Menschenrecht auf Arbeit zu verletzen, die berufstätigen Frauen zu diskriminieren und die Interessen der jungen Generation mit Füßen zu treten.

Ort der zentralen DGB-Kundgebung war in diesem Jahr Hannover. Vor den rund 16 000 Teilnehmern versuchte Bundeskanzler Schmidt, die Regierungspolitik zu rechtfertigen. Seine Worte gingen jedoch in einem Pfeif- und Hupkonzert unter. Auf die verständlichen Unnützäußerungen reagierte Schmidt mit antikommunistischen Ausfällen. Als er den unzufriedenen Gewerkschaftern gar unterstellte, sie bekämen „drüber ihre Propagandaparolen eingetrichert“, verließen zahlreiche Gewerkschafter empört den Kundgebungsplatz. Und so mußte DGB-Vorsitzender Heinz Oskar Vetter auf halbleerem Platz sprechen. Vetter übte vor allem Kritik an der Zumutbarkeitsregelung. Verständnis zeigte er für die Reaktionen der hannoverschen Gewerkschafter, denn eine Gesellschaft, die ihren jungen Menschen keine Chance böte, fordere Aggressionen geradezu heraus.

Nach einer Demonstration von 20 000 beteiligten sich an der Abschlußkundgebung in Hamburg rund 40 000 Gewerkschafter. GEW-Vorsitzender Dieter Wunder appellierte an die Versammelten, einer weiteren Krisenzuspitzung nicht tatenlos zuzusehen. Sein Rezept: „Die Gewerkschaft muß sich auf ihre eigene Kraft besinnen. Ihre Gangart muß schärfer werden.“ Der Friedensbewegung bescheinigte Wunder, daß sie die Menschen wachgerüttelt habe. „Sie hat uns mißtrauischer gegen den Wahnsinn der Rüstung gemacht.“

In den Ruhrgebietsstädten, die besonders von Arbeitslosigkeit betroffen sind, sei es nun Gelsenkirchen oder Dortmund, stand der Kampf für die Erhaltung der Arbeitsplätze im Vordergrund. Und auch in Bremen. Hier erhielt die 1.-Mai-Kundgebung ihren besonderen Akzent durch tags zuvor bekanntgewordene Pläne, die Großwerft AG Weser in einen reinen Reparaturbetrieb umzuwandeln. 3000 Beschäftigte bangen nun um ihre Existenz. Betriebsratsvorsitzender Ziegenfuß rief die 10 000 zu Aktionen für die Erhaltung der Arbeitsplätze auf. Bisher sei man fromm gewesen wie die Lämmer, „aber

dem Geist der Einheitsgewerkschaft widersprechende Versuche einiger SPD-Mitglieder, auf den Verlauf der Kundgebung einzuwirken. Anlaß war die Einladung an Gisela Keßler, Frauensekretärin beim Hauptvorstand der IG Druck und Papier, auf der Nürnberger Kundgebung zu sprechen. Doch der Nürnberger DGB, so Kreisvorsitzender Ranzenberger, habe sich nicht durch den „rechten sozialdemokratischen Kanal“ beirren lassen. Und Gisela Keßler wurde durch minutenlangen Beifall der 5000 Kundgebungsteilnehmer begrüßt.

Scharf wandte sich die IG-Druck-Funktionärin gegen die geplante Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen. Wörtlich erklärte sie u. a.: „Für Frieden und Abrüstung in Ost und West einzutreten heißt für uns Gewerkschafter jedoch nicht, den inneren Frieden, die Sozialpartnerschaft zu schließen.“ Sie sprach sich für gleichen Lohn bei gleichwertiger Arbeit aus, erinnerte an den erfolgreichen Kampf der Heinze-Frauen und machte auf den bevorstehenden Bundesarbeitsgerichtsprozeß der 52 Schickedanz-Frauen am 12. Mai aufmerksam. Allen Plänen zur Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr erteilte Gisela Keßler eine Absage. Das mache die Frauen „weder freier noch gleichberechtigt“.

Auch der Stuttgarter DGB hatte sich eine Kollegin als Hauptrednerin ausgesucht: Sybille Stamm von der IG-Metall-Bezirksleitung Stuttgart. Ebenso wie der Vorsitzende der IG Druck, Leonhard Mahlein in Schweinfurt, sprach sich Sybille Stamm vor 10 000 Gewerkschaftern für die Arbeitszeitverkürzung aus. Eine Wirtschaftsordnung, so erklärte sie, die Inflation und Arbeitslosigkeit gleichzeitig produziere, müsse verändert werden. Wer unter diesen Umständen auf die Selbstheilungskräfte der Wirtschaft verweise, preise das „Rezept von Kurpfuschern“ an.

Die Münchner Kundgebung wurde ebenfalls zu einer Kampfansage von 10 000 an die Arbeitslosigkeit. DGB-Landesbezirksvorsitzender Jakob Deffner verlangte mehr Mitbestimmung, Arbeitszeitverkürzung und ein verstärktes Engagement in der Friedenspolitik. „Wir wollen nicht die Opferlämmen sein, die auf die Schlachtkbank geführt werden“, erklärte er wörtlich. Unzufrieden zeigte sich Deffner mit der Politik der Bundesregierung. „Für mich ist es nach wie vor unbegreiflich, wie diese Regierung ihre Hand dazu hergeben konnte, die Lasten der Wirtschaftskrise auf diejenigen abzuwälzen, die der Hilfe am meisten bedürfen.“ Ministerwechsel reiche nicht aus. „Was wir brauchen, ist eine bessere Regierungspolitik.“

Unverständlich war den Teilnehmern die Absage einer Demonstration nach Abschluß der Kundgebung durch den DGB-Kreisvorsitzenden Alois Mittermüller wegen „schlechten Wetters“ und „mit Rücksicht auf die Gesundheit“. Die Demonstration fand dennoch statt.

G. M.

Ergebnisse stehen im Gegensatz zu lauten Friedensbekundungen

An vielen lauten Friedensbekundungen hat es auf dem SPD-Parteitag in München (siehe S. 27) wahrlich nicht gefehlt. Ohne Frieden, so rief Parteivorsitzender Willy Brandt aus, „ist alles nichts“. Die SPD sei daher für Abrüstung auf allen Ebenen, für eine atomarwaffenfreie Zone, sie sei die Partei des Friedens schlechthin. Die Gegner der Raketenrüstung konnten, fast ohne persönlich diffamiert zu werden, ihre Auffassungen vortragen. Als es dann aber zur Abstimmung kam, da war alles ganz anders, da wurde Klartext gesprochen, wurde nicht mehr taktiert, der NATO-Doppelbeschuß voll unterstützt. Einer modern ausgerüsteten und ausgebildeten Bundeswehr wurde das Wort geredet, für die die notwendigen finanziellen Mittel künftig bereitgestellt würden. Vom Umschmieden der Schwerter zu Pflügen war in diesem Zusammenhang keine Rede mehr.

Da Schmidt die Stationierung von Verhandlungsergebnissen in Genf abhängig macht, die USA aber an solchen gar nicht interessiert sind, man lese hierzu Reagan, Haig und Weinberger, kann dies nur bedeuten, daß Schmidt sich für die Stationierung der Cruise-Missile und der Pershing II entschieden hat. Er muß sich die Frage nach seiner Friedensfähigkeit gefallen lassen.

Heinz Schäfer

GLOSSE

Döding der Woche

Millionen Menschen versuchen jede Woche, ihr Glück beim Wetten zu machen: Zahlenlotto, Fußballtoto, Klassenlotterie, Pferderennen usw. Auch Millionen Gewerkschafter sind dabei. Bloß: Die wenigsten gewinnen, haben richtig getippt.

Wir in der NACHRICHTEN-Redaktion haben uns dieses enttäuschende Tippen schon lange abgeschrägt. Wir gehen auf Nummer Sicher. Jeden Mittwoch, bevor der Postbote die „Welt der Arbeit“ bringt, tippen wir noch schnell: Ist der Döding der Woche drin oder nicht?

Aber auch das wird langsam langweilig. Keiner will mehr auf „Nein“ setzen. So gewinnen wir immer alle: Ja, er ist drin! Döding als Schlagzeile, Döding unter Personalien, Döding vorn, Döding hinten, oben, unten und natürlich auch an der Seite und in der Mitte. Döding links und Döding rechts. Am meisten rechts.

Siebzehn Vorsitzende von Einzelgewerkschaften gibt es. Zwei bis drei sind in jeder WdA-Ausgabe erwähnt. Döding ist immer dabei: Aber das sind wohl bloß Zufälle. Denn DGB-Vorsitzender kann er jetzt wohl nicht werden. Dafür ist er noch nicht Breit genug. okulus

Reagan unter Druck

USA-Präsident Ronald Reagan versteht die Welt nicht mehr. Von überall, nun besonders heftig auch aus dem eigenen Lande, tönt es ihm entgegen: Schluß mit dem atomaren Wettrüsten! Einfrieren und Reduzierung der Atomwaffen! Seit einigen Monaten entwickelt sich in den USA eine landesweite Friedensbewegung, die alle Schichten der Bevölkerung erfaßt hat und lautend weiter anschwillt: Gewerkschafter, Arbeiter und Angestellte, Studenten, Künstler, Wissenschaftler, Kriegsveteranen, katholische Geistliche und selbst Kongreßabgeordnete und Senatoren.

Anlässlich der im November dieses Jahres stattfindenden Kongreßwahlen läuft in den Bundesstaaten eine Unterschriftenammlung mit der Forderung, zusammen mit den Wahlen ein Referendum über das Einfrieren („Freeze“) der Atomrüstung durchzuführen. Millionen Unterschriften liegen bereits vor. In Kalifornien ist die notwendige Anzahl Unterschriften für ein Referendum bereits erreicht.

Meinungsumfragen haben ergeben, daß (im März) 72 Prozent der USA-Bewohner dafür eintreten, die atomare Rüstung der USA und der Sowjetunion auf dem gegenwärtigen Stand einzufrieren, um sie in anschließenden Verhandlungen ganz abzubauen. Den Wahnwitz des Billionen-Dollar-Programms von Präsident Reagan für ein beabsichtigtes „Zu-Tode-Rüsten“ der Sowjetunion und des Sozialismus überhaupt kennzeichnete Senator Edward Kennedy mit dem Satz: „Heute streichen wir Impfprogramme für Kinder, um Geld für Waffen freizubekommen, die eines Tages diese Kinder töten mögen.“

Der Bruder des ermordeten John F. Kennedy hat die Gunst der Stunde für seine politische Karriere erkannt und sich zum Wortführer der Freeze-Bewegung gemacht. Namhafte Politiker wie die ehemaligen Außenminister Rusk und Muskie sowie viele andere und mehrere Erzbischöfe ziehen am gleichen Strang. Friedensmärsche, Kundgebungen und zahllose andere Aktionsformen prägen zunehmend das politische Leben in den USA.

Angesichts dieser Lage in den USA fragt man sich, was bundesdeutsche Politiker wie Strauß, Genscher, Kohl und Schmidt sich eigentlich denken, wenn sie die Friedensbewegung in unserem Lande mit „Antiamerikanismus“ gleichzusetzen suchen. Das amerikanische Volk will offenkundig ebenso wie auch wir Deutschen, daß sich Vernunft – und das heißt: Abrüstung – durchsetzt. Der gefährlichste Antiamerikaner in diesem Sinne ist Mr. Reagan selbst – und alle, die ihm folgen. G. S.

Das vorrangige Ziel der HBV: Tarifgraben nicht vergrößern

Interview mit Dieter Steinborn,
zweiter Vorsitzender der Gewerkschaft HBV

Innerhalb der 17 DGB-Gewerkschaften nimmt die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) mit über 365 000 Mitgliedern einen guten Mittelpunkt ein. Allein 1981 konnte sie über 14 000 neue Mitglieder gewinnen. In den Reihen der HBV sind auch die Beschäftigten des Einzelhandels organisiert. Sie bilden bekanntlich das Schlußlicht in der Gehaltsskala. Die HBV unternimmt große Anstrengungen, um diese Einkommensbenachteiligungen abzubauen. Wie aber soll dieses Ziel erreicht werden? Zu diesem Problem und zu anderen Fragen der Tarifpolitik gab Dieter Steinborn, zweiter Vorsitzender der HBV, unserer Mitarbeiterin Gisela Mayer folgendes Interview.

NACHRICHTEN: Erklärtes Ziel Ihrer Gewerkschaft ist es, Einkommensbenachteiligungen für Beschäftigte im Einzelhandel schrittweise abzubauen. Welche Möglichkeiten sehen Sie, um diesem Ziel näher zu kommen?

Dieter Steinborn: Der weitere Abbau der Einkommensbenachteiligungen für die etwa 1,8 Mill. Arbeitnehmer im Einzelhandel stand und steht für die Gewerkschaft HBV im Vordergrund aller tarifpolitischen Aktivitäten – nicht nur in diesem Jahr. Das durchschnittliche Endgehalt einer gelernten Käuferin mit sieben bzw. acht Berufsjahren lag zu Beginn dieser Tarifrunde bei 1830 Mark. Die Tarifgehälter im Einzelhandel sind durchschnittlich mehr als 400 DM niedriger als die in der übrigen Wirtschaft.

Damit ist der Einzelhandel im Spektrum aller Wirtschaftszweige unbestritten das tarifpolitische Schlußlicht. Für die Gewerkschaft HBV kommt es daher unverändert darauf an, vorhandene Einkommensbenachteiligungen abzubauen und – das ist aktuell das vorrangige Ziel – den Tarifgraben nicht noch größer werden zu lassen. Das bedeutet, daß wir im Einzelfall nicht schematisch von anderen Gewerkschaften erreichte Prozentabschlüsse übernehmen können. Im Handel sind vielmehr Einkommensverbesserungen notwendig, die in Mark und Pfennig zumindest den Tarifabschlüssen anderer Bereiche entsprechen.

NACHRICHTEN: Es fehlt nicht an Stimmen, die erklären, daß Lohnverzicht Arbeitsplätze sichert. Wie ist dazu Ihre Meinung?

Dieter Steinborn: Gehalts- und Lohnverzicht sichert keinen einzigen Arbeitsplatz. Im Gegenteil: Gehalts- und Lohnverzicht würde Einbußen in der Kaufkraft der Arbeitnehmer bedeuten. Logische Folge wären weitere Einbrüche in der Beschäftigung. Besonders

deutlich spürbar würde eine Schwächung der Kaufkraft im Bereich des Handels werden. Die Arbeitsplätze würden aufgrund des fehlenden Umsatzes nicht sicherer werden.

Und hinzu kommt, daß insbesondere die Beschäftigten im Einzelhandel den Gürtel nicht enger schnallen können. Einkommensverzicht ist in diesem Bereich nicht nur nicht möglich; er würde auch nicht helfen. Was der Einzelhandel vielmehr braucht, ist eine Stärkung



der Nachfrage über mehr Massenkaufkraft der Arbeitnehmer. Dazu tragen Tariferhöhungen ganz entscheidend bei.

NACHRICHTEN: Und wie stehen Sie zum Investivlohn?

Dieter Steinborn: Diese Frage wird in unserer Organisation nicht diskutiert. Und sie geht auch an den eigentlichen Problemen vorbei. Unser eigentliches Problem ist der mangelnde Inlandsabsatz der bundesdeutschen Wirtschaft. Aufgabe der gewerkschaftlichen Tarifpolitik ist es daher, über den privaten

Verbrauch die Nachfrage anzukurbeln und damit Arbeitsplätze zu sichern.

NACHRICHTEN: Ihre Gewerkschaft hat sich für Arbeitszeitverkürzungen ausgesprochen. Nun werden in den Gewerkschaften unterschiedliche Modelle diskutiert (z. B. Tarifrente, 35-Stunden-Woche). Welche Form der Arbeitszeitverkürzung ist Ihrer Meinung nach zur Sicherung vorhandener und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze am effektivsten?

Dieter Steinborn: Arbeitszeitverkürzungen in allen möglichen Formen sind nach unserer Auffassung das wirksamste beschäftigungspolitische Programm. Ohne einschneidende Arbeitszeitverkürzungen werden wir die sozialen Probleme der 80er Jahre nicht in den Griff bekommen. Neben der weiteren Verkürzung der Lebens- und Jahresarbeitszeit bleibt die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden die gewerkschaftliche Hauptforderung. Darüber hinaus sehen wir in der konsequenten Fortsetzung unserer qualitativen Tarifpolitik eine unserer zentralen Aufgaben.

Zur Sicherung und Schaffung neuer Arbeitsplätze sind auch ein vorbeugend wirkender Rationalisierungsschutz und die Sicherung der beruflichen Qualifikation durch verbesserte Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten notwendig. Ergänzt werden müssen diese tarifpolitischen Möglichkeiten durch eine aktive Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik.

NACHRICHTEN: Die Gewerkschaft HBV spricht sich in einem Antrag an den 12. ordentlichen DGB-Kongreß (16. bis 22. Mai) für eine „Solidarische Tarifpolitik“ aus. Was ist der Inhalt des Antrages, und was soll damit erreicht werden?

Dieter Steinborn: Die erfolgreiche Bewältigung der tarifpolitischen Aufgaben der Gewerkschaften macht – gerade vor dem Hintergrund der schwierigen wirtschaftlichen Situation und der organisierten Verweigerungsstrategie der Arbeitgeber – eine verstärkte Koordination und Abstimmung innerhalb und durch den DGB erforderlich. Auf sich gestellt können einzelne Gewerkschaften der konzentrierten Propaganda und Kampfkraft der Arbeitgeberverbände nur schwer das erforderliche Gewicht entgegensetzen. Daher ist die Verstärkung der gewerkschaftlichen Solidarität sowie der wechselseitigen Information, Abstimmung und Unterstützung auf dem Gebiet der Tarifpolitik unverzichtbar.

Wir schlagen in dem von Ihnen genannten Antrag unter anderem vor, daß der DGB und seine Gewerkschaften der alljährlichen „Herbst-Propaganda-Aktion“ der Arbeitgeber zur Vorbereitung der Tarifrunde verstärkt durch ge-

GTB: „Blockade muß überwunden werden“

Der Hauptvorstand der Gewerkschaft Textil – Bekleidung (GTB) hat in seiner Sitzung am 29./30. April heftige Kritik am Verhalten der Textil- und Bekleidungsunternehmer geübt. Diese legten auch in der zweiten Verhandlungsronde für die fast 500 000 Textil- und Bekleidungsarbeiter kein Angebot vor, sondern verlangten zum Teil, daß die Ende April ausgelaufenen Verträge unverändert verlängert werden. Die GTB, die eine 6,5prozentige Forderung erhoben hatte, bezeichnete diese Haltung als „Blockade“, die überwunden werden müsse. Der Hauptvorstand ruft alle Mitglieder auf, „die gewerkschaftlichen Forderungen mit Nachdruck zu vertreten und die zu ihrer Durchsetzung notwendigen Aktivitäten zu unterstützen“.

HBV fordert 6,5 Prozent und neue Struktur

Für die Angestellten der Wohnungswirtschaft, deren Tarife Ende April ausgelaufen waren, verlangt die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) eine Gehaltserhöhung von 6,5 Prozent. Die Ausbildungsvergütingen sollen einheitlich um 80 DM angehoben werden. Gemeinsam mit der IG Bau–Steine–Erden forderte die Gewerkschaft HBV u. a. einheitliche Tätigkeitsmerkmale für kaufmännische und technische Angestellte sowie die Verkürzung der Zeit zur Erreichung der Endgehälter in den Gruppen. Stufenweise soll das zusätzliche Urlaubsgeld, das bisher bei 30 Prozent liegt, bis 1984 auf 100 Prozent eines Monatsgehalts aufgestockt sein.

meinsame Aussagen, Veröffentlichungen und Aktionen entgegentreten. Streik- und Warnstreikaktionen sollten – soweit erforderlich – solidarisch durch Informations- und Aufklärungsarbeit sowie angemessene Sympathieaktionen unterstützt werden.

Aussperrungen sind ein Angriff auf die Existenz der Gewerkschaften. Sie sollten deshalb nach unserer Auffassung von allen Gewerkschaften durch gemeinsame Aktionen solidarisch bekämpft werden. Wir wollen mit diesem Antrag in keinem Punkt die Tarifhoheit der Einzelgewerkschaften einschränken. Uns geht es vielmehr um mehr Abstimmung und gegenseitige Unterstützung. Nur so werden wir die sicher nicht leichter werdenden Auseinandersetzungen erfolgreich bewältigen können.

Unzumutbare Zumutbarkeit Oder: Worum es wirklich geht

„hend“ veränderte Rahmenbedingungen. Speziell die Funktion der Zumutbarkeitsverschärfung für Arbeitslose besteht darin, über die Herabstufungen von einer Qualifikationsstufe in die „zumutbare“ niedrigere usw. das Unterstützungs- und Lohnniveau generell abzusenken. Die Gewerkschaftszeitung „Metall“ (Nr. 6) brachte ein Beispiel, wonach innerhalb von 15 Monaten ein vom Facharbeiter zum Hilfsarbeiter herabgestufter 529,38 DM im Monat an Lohn einbüßt. Und würde der Betreffende erneut arbeitslos, fielen auch die Unterstützungszahlungen entsprechend niedriger aus. Hinzu kommt, daß nach längerer Beschäftigung in unqualifizierter oder wenig qualifizierter Arbeit die erworbenen beruflichen Qualifikationen verlorengehen und damit auch die Möglichkeit, wieder Facharbeiter zu werden.

DAS ARGUMENT

In Wahrheit geht es um die Befriedigung des Profitverlangens der kleinen, aber mächtigen Kaste von Großunternehmern und um staatliche Einsparungswünsche zur Mobilisierung von Rüstungsgeldern. Daneben ist eine Reihe von Disziplinierungsabsichten gegenüber den Lohnabhängigen ganz allgemein im Spiel. So muß die Verschärfung der Zumutbarkeitsregelung in den Gesamtzusammenhang der Generallinie von Kapital und Regierung eingeordnet werden, die kompromißlos auf die Umkehr der sozialen Nachkriegsentwicklung (sprich: auf die Absenkung des Lebensstandards der abhängig Beschäftigten) gerichtet ist.

Diese Konzeption, zugunsten von Staatsfinanzen und Unternehmerprolet ein radikales Zurücksetzen des „Anspruchsdenkens“ der Arbeiterschaft und ihrer Gewerkschaften durchzupauen und Schluß zu machen mit „Versorgungsstaat“ und „Überflußgesellschaft“, wird gegenwärtig nicht nur in der Tarifpolitik, sondern auch in vielen anderen Bereichen materieller Leistungen und Rechte praktiziert. Staat und Unternehmerschaft gehen „mit dem Mähdrescher“ (Steinkühler) über alles das hinweg, was unterm Strich die Errungenschaften von über 30 Jahren gewerkschaftlichem Kampf ausmacht.

Das haben viele verantwortliche Gewerkschafter noch nicht begriffen. Sie glauben noch immer an „vorüberge-

Das kann auf die Dauer nicht ohne Auswirkungen auf das gesamte Lohn- und Gehaltsniveau aller Beschäftigten bleiben. Ähnlich wie fortgesetzte einzelne Mieterhöhungen die „ortsübliche“ Miete hochdrücken, drückt die hundertausendfache Herabstufung der Arbeitslosen das allgemeine Lohnniveau.

Die Zumutbarkeitsanordnung verstößt aber auch gegen das Verfassungsrecht auf freie Berufswahl. Sie bewirkt noch mehr Duckmäuselei und Konkurrenzkampf um jeden Arbeitsplatz. Und sie füllt das Arbeitslosenheer mit qualifizierten Facharbeitern an, die als billige Hilfsarbeiter den Unternehmern wieder angeboten werden. Die Zumutbarkeitsverschärfung ist auch eine logische Ergänzung der „Ausländer-raus-Kampagne“, denn über diesen Weg kann es wieder mehr deutsche Müllmänner geben.

G. Siebert

Lassen sich Erfolge erzielen im stillen Kämmerlein?

Stärkere Einbeziehung der Gewerkschaftsmitglieder in den gesamten Verlauf der Tarifbewegungen und Ausnutzung des gewerkschaftlichen Potentials – diese Forderung wird regelmäßig in der Gewerkschaft ÖTV erneut aufgeworfen, wenn das Verhandlungsergebnis auf dem Tisch liegt. In diesem Jahr dürfte es allerdings besonderen Anlaß zum Unmut geben. Denn der Widerspruch zwischen den markigen Worten des ÖTV-Vorsitzenden Kluncker und der anschließenden Geheimdiplomatie in Sachen Tarifbewegung '82 ist doch recht auffällig.

In der letzten Phase der Tarifrunde wurde noch nicht einmal der Verhandlungsort in der Öffentlichkeit bekanntgegeben, geschweige denn die Mitgliedschaft für die Durchsetzung der gewerkschaftlichen Forderung mobilisiert. Das Ergebnis, das in der Schlichtungskommission vorgeschlagen und von den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes sowie den öffentlichen Unternehmern akzeptiert wurde, liegt denn auch entsprechend weit ab von den ursprünglichen Forderungen. So kann das „Handelsblatt“ schon jetzt genüßlich resümieren, daß sich die Unternehmerposition „materiell voll durchgesetzt“ habe.

Im einzelnen: Ab 1. Mai sollen die Löhne und Grundvergütungen sowie die Sozial- und Ortszuschläge um 3,6 Prozent erhöht werden – also für einen Zeitraum von zehn Monaten. Für März und April gilt eine Pauschale von 40 DM. Außerdem erhalten alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, die noch keine sechs Wochen Urlaub haben, einen Tag mehr Jahresurlaub. Der Vorschlag der Schlichtungskommission, der am 29. April angenommen wurde, sieht weiterhin vor, daß die gekündigten Zulagentarife für Arbeiter und Angestellte unverändert in Kraft gesetzt werden, allerdings ohne die bisherige Bindung an die Beamtenregelzeuge (über die öffentlichen Unternehmer eine Kürzung der Arbeiter- und Angestellteneinkommen dekretieren wollten). Eine bislang fehlende Nachwirkung wurde vereinbart, das heißt, bei einer Kündigung gelten die Bestimmungen bis zu einem neuen Abschluß.

Zu diesem vielfältigen Paket gehört außerdem, daß sich die Gewerkschaften verpflichten, noch in diesem Jahr die Verhandlungen über die Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst aufzunehmen. Nach dem bisherigen Stand der Dinge kann das nichts anderes bedeuten, als daß sie sich bereit erklären, die sogenannte Überversorgung abzubauen. Das „Handelsblatt“ nennt hier bereits Zahlen von 90 Prozent des derzeitigen Nettoeinkommens als voraussichtliche Grenze.

Im Klartext ergibt sich folgendes Ergebnis: Faktisch liegt die Lohn- und Gehaltserhöhung zwischen 3,0 und 3,1 Prozent, da zwei Monate in die prozentuale Erhöhung nicht einbezogen sind und auch das Urlaubsgeld sowie vermögenswirksame Leistungen und die allgemeine Zulage nicht erhöht wurden. Bewertet man die Urlaubsverlängerung mit rund 0,5 Prozent, so liegt das rechnerische Gesamtergebnis bei rund 3,5 Prozent. Hierbei gilt es allerdings zu berücksichtigen, daß dies nur für einen Bruchteil der Beschäftigten zutrifft. Es kann daher mit Fug und Recht festgestellt werden, daß die Unternehmer ihre Kürzungsabsicht, wie bereits im Rahmen des Bonner „Sparpakets“ vorgesehen, voll verwirklicht haben.

Für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ist dieses Ergebnis in mehrfa-

cher Hinsicht vollkommen unbefriedigend. Auch für dieses Jahr wird die Senkung des Reallohnes nicht ausgeglichen, denn die Preissteigerung lag 1981 bei 5,9 Prozent und wird für 1982 mit durchschnittlich 5 Prozent prognostiziert. In die Kritik einbezogen werden muß aber auch der Ablauf der Tarifbewegung. Der Abschluß der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes demonstriert erneut, daß es sich nicht auszahlt, wenn durch Zugeständnisse vorab die Verhandlungsposition geschwächt wird. Man kann davon ausgehen, daß die Unternehmer die gewerkschaftlichen Positionen noch weiter zurückdrängen werden, daß sie Tarifabschlüsse noch weiter unter dem gegenwärtigen Reallohn anstreben werden, wenn ihnen nicht die Kampfkraft der Gewerkschaften Grenzen setzt. Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes haben im Verlauf der Tarifbewegung aber noch nicht einmal die Mitglieder ordentlich informiert, sondern sich hinter verschlossenen Türen verschrankt.

Nicht übersehen darf eine kritische Analyse allerdings, daß die heftig betriebene Diffamierung des öffentlichen Dienstes offenbar auch in einigen DGB-Gewerkschaften Wurzeln geschlagen hat. Über die notwendige Solidarität zwischen den Gewerkschaften gerade auch in Tarifbewegungen wird sicherlich noch zu reden sein. Und auch darüber, wie es zu bewerten ist, wenn ein Gewerkschaftsvorsitzender – wie Berthold Keller von der GTB – den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes die Solidarität aufkündigt.

Renate Bastian

Leserbrief Ein anderes Ergebnis

Zu dem Artikel „Arbeitsplatzsichernde Wirkung einer Tarifrente ist gering“, veröffentlicht in den NACHRICHTEN 4/82, Seite 4, erhielten wir folgenden Leserbrief:

Ich bin mit Euch der Meinung, daß der Vorschlag, die Tarifrente über Lohnverzicht zu finanzieren, unannehmbar ist. Dabei ist besonders zu kritisieren, daß die IG Chemie bereit ist, Lohnabschlüsse unterhalb der Teuerungsrate zu tätigen wie auch noch zusätzlich eine Lohnpause von drei Monaten zu vereinbaren. Auf die geringe arbeitsplatzsichernde Wirkung der Tarifrente geht Ihr ebenfalls ein. Die von der IG Chemie geplante „flexible Handhabung“ der Neueinstellungsgarantie wird in der Praxis dazu führen, daß selbst die rechnerisch ermittelte Zahl von neuen Arbeitsplätzen nicht geschaffen wird. Soweit stimme ich mit dem Artikel überein.

Allerdings komme ich zu einem anderen Ergebnis in der Frage der Sicherung der bisherigen Einkommen. Selbst nach den Berechnungen der IG Che-

mie entsteht einem Arbeiter mit bisher 3000 DM Bruttoeinkommen ab dem 58. Lebensjahr ein Netto-Lohnverlust von 99 DM, wenn die Arbeitnehmeranteile für die Sozialversicherung aus dem Fonds bezahlt werden. Ohne diese Übernahme entsteht ein Einkommensverlust von 481 DM.

Diese beiden Zahlen sind wichtig, da die Forderung nach Übernahme der Arbeitnehmeranteile erst nachträglich in das Mettke-Papier aufgenommen wurde. Ab dem 59. Lebensjahr entsteht in jedem Fall ein Einkommensverlust von 572 DM. Wohlgemerkt: Hier handelt es sich um die offiziellen Zahlen der IG Chemie. Wie Ihr angesichts dieser Fakten einschätzt, daß „nach den jetzt vorliegenden Beispielen für das 58. und 59. Lebensjahr das bisherige Einkommen im wesentlichen gesichert ist“, verstehe ich nicht.

Die von der IG Chemie vorgeschlagene Regelung wäre bei voller Durchsetzung schlechter als das Modell bei Daimler-Benz und schlechter als die mißbräuchliche Nutzung der 59er-Regelung.

Peter Jung

Tarifabschluß bei Druck mit Schattenseiten

Begleitet von Proteststreiks in 89 Betrieben mit rund 9000 Beteiligten kam es in der zweiten Schlichtungsverhandlung am 21. April in Westberlin für die Beschäftigten der Druckindustrie zu einer Einigung. Rückwirkend ab 1. April erhöhen sich die Löhne und Ausbildungsvergütungen um 4,2 Prozent. Ursprünglich hatte die Gewerkschaft 7,5 Prozent bzw. für die Auszubildenden 50 Prozent vom Facharbeiterdecklohn mit einer Abstaffelung um 100 und 200 DM verlangt. Nach einer zentralen Empfehlung sollen auch die Angestelltengehälter um 4,2 Prozent angehoben werden. Die Laufzeit des Tarifvertrages beträgt zwölf Monate.

Vorerst auf der Strecke blieb jedoch die von der IG Druck und Papier für diese Tarifrunde favorisierte neue Lohnstruktur. Mit ihr sollte eine bessere Absicherung der tatsächlich gezahlten Löhne, die Verringerung der Lohngruppen für Hilfskräfte erzielt, die Durchlässigkeit in die jeweils nächsthöhere Lohngruppe erleichtert und nach eigener Aussage der IG Druck und Papier „eine gänzliche Überarbeitung des Lohntarifvertrages“ erreicht werden, „da er hinten und vorne nicht mehr stimmt“. In einigen Teilen sei der jetzt geltende Vertrag so alt wie dieses Jahrhundert. So stammen die Lohngruppen für Facharbeiter noch aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg. Einen Auftrag zu seiner Änderung erteilte der im Oktober stattgefundenen 12. ordentlichen Gewerkschaftstag. Gemäß dieses Auftrags wurden den Unternehmern entsprechende Forderungen bereits im November 1981 vorgelegt.

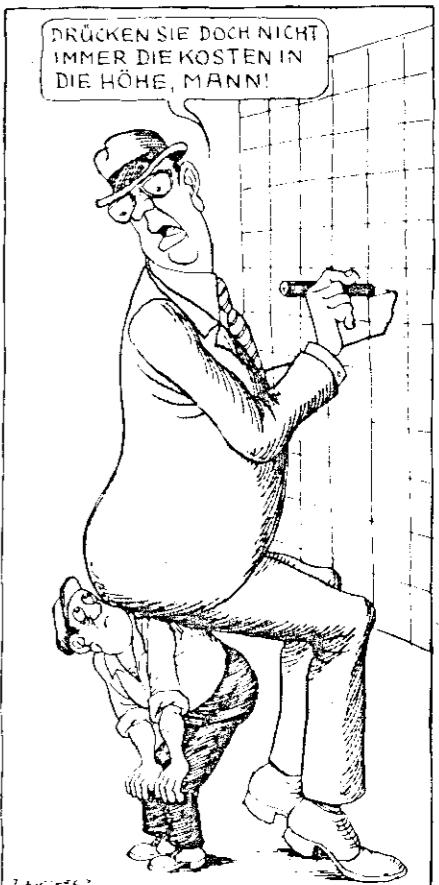
Das gewerkschaftliche Ziel wurde in dieser Tarifrunde nicht erreicht. Erst Mitte Februar des kommenden Jahres sollen die Verhandlungen aufgenommen werden und am 1. Januar 1984 der Vertrag in Kraft treten. „Die Eingruppierungen nach der neuen Lohnstruktur sind innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten vorzunehmen. Die sich daraus ergebenden materiellen Ansprüche der einzelnen Arbeitnehmer bestehen ab dem 1. April 1984“, so heißt es wörtlich in der Westberliner Vereinbarung.

Die Gewerkschaft hat also Federn lassen müssen. Selbst der Hauptvorstand spricht von Schattenseiten. Rundum zufrieden sind dagegen die Unternehmer. Umwunden gab das auch ihr Verhandlungsführer Gerold Mack zu. Gegenüber der Presse erklärte er, man habe nun Zeit, ein „geeignetes und fundiertes Konzept“ zu finden, denn das der IG Druck sei ungeeignet. Nach wie vor haben die Druckunternehmer ihr Ziel, die Forderungen nach einer neuen Lohnstruktur mit den MTV-Forderungen zu koppeln, nicht aufgegeben. Sie spekulieren auf Zeitgewinn.

Und so richtet sich die Kritik der gewerkschaftlichen Basis auch nicht in erster Linie gegen den 4,2-Prozent-Abschluß. Wenn dieses Ergebnis auch einem rund dreiprozentigen Reallohnverlust entspricht, war mit dem Abschluß der IG Metall die Marke bereits gesetzt. Kritisiert wird in erster Linie die Verschiebung der Lohnstruktur. Bis zu Beginn der Verhandlungen, so wird argumentiert, haben die Unternehmer in den Betrieben durch den verstärkten Einsatz neuer Techniken längst vollenkte Tatsachen geschaffen. In diesem Zusammenhang wird darauf verwiesen, daß in Zeitungsbetrieben integrierte Satz- und Redaktionssysteme installiert werden, die die Satzproduktion überflüssig machen. Was aber nützt z. B. den Setzern dann noch eine veränderte Lohnstruktur, so wird die Frage gestellt.

Entscheidender Kritikpunkt ist jedoch, daß die IG Druck und Papier nach dem jetzt ausgehandelten Zeitplan bis Ende des nächsten Jahres über die Lohnstruktur verhandeln muß, an die Friedenspflicht gebunden ist und nicht mehr die Möglichkeit hat, auszusteigen. In den gleichen Zeitraum fallen aber die Kündigungen des Mantel- und RTS-Vertrages. Und da wird die Befürchtung laut, daß die 35-Stunden-Woche zur Arbeitsplatzsicherung fallengelassen wird. Zwar ist die formale Koppelung zwischen neuer Lohnstruktur und MTV in der Westberliner Vereinbarung nicht festgeschrieben, dennoch aber besteht Anlaß zu Befürchtungen.

Es wäre falsch, wenn die Mitglieder der IG Druck und Papier in Resignation verfallen würden. Notwendig ist – und darauf verwies der zweite Landesbezirksvorsitzende der IG Druck Hessen, Manfred Balder, auf einer Delegierten- und Mitgliederversammlung seiner Organisation am 24. April in Frankfurt –, die IG Druck und Papier zu stärken. Keineswegs dürfe man sich vom Gegner „Kampfziel, Kampffeld und Kampfmethoden“ aufdrängen lassen. Wichtig ist vor allem, die Gewerkschaftsmitglieder für den Kampf um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich vorzubereiten, wenn Ende 1983 der Manteltarifvertrag für die Druckindustrie gekündigt wird.



Aus „Metall“

3,85-Prozent-Spruch von IG Bau akzeptiert

Die IG Bau – Steine – Erden nahm am 30. April den Schlichtungsvorschlag von Walter Hesselbach an. Danach erhalten die rund 1,2 Millionen im Baubereich beschäftigten Arbeiter und Angestellten eine durchschnittliche Lohn- und Gehaltserhöhung von 3,85 Prozent in zwei Stufen. Für zunächst sechs Monate steigen die Löhne und Gehälter rückwirkend ab 1. April um 3,5 Prozent. Ab Oktober bis Ende März 1983 erhöhen sich die Löhne und Gehälter um 4,2 Prozent.

GGLF will Löhne angelichen

Der Hauptausschuß der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (GGLF) ist empört darüber, daß die Tarifverhandlungen für die rund 100 000 Landarbeiter ohne Angebot der Unternehmer und ohne Festlegung eines neuen Verhandlungstermins unterbrochen wurden. Ziel der Gewerkschaft ist es, die Landarbeiterlöhne an das allgemeine Lohnniveau anzulegen. Bisher liegt der Landarbeiterstundenlohn im Bundesdurchschnitt bei 9,50 DM und damit um 24 bis 30 Prozent unter den Löhnen angelernter Arbeiter im industriellen Bereich. Auch zusätzliche Einkommen, wie der 13. Monatslohn, werden nicht gezahlt, und das Urlaubsgeld beträgt lediglich 5 DM je Urlaubstag. Die GGLF erwartet, daß die Tarifverhandlungen bald wieder aufgenommen werden.

Gesamtvolume rund 4,8 Prozent

Wie „Der Grundstein“, die Zeitung der IG Bau – Steine – Erden (BSE), in seiner Nummer 4/82 berichtet, erhöhen sich die Löhne und Gehälter der Beschäftigten des bayerischen Glaserhandwerks ab 1. April um 4 Prozent. In allen Gruppen verlängert sich der Urlaub um einen Tag. Je Urlaubstag steigt das zusätzliche Urlaubsgeld von 22 auf 25 DM. Von 360 auf 460 DM angehoben wird die Jahresabschlußzahlung. Nach Mitteilung der BSE entsprechen diese Verbesserungen einem Gesamtvolume von rund 4,8 Prozent.

Modellbauer erhalten höhere Löhne

Neue Tarifverträge in mehreren Bezirken wurden für das Modellbauerhandwerk abgeschlossen. Ab 1. April steigt der Facharbeiterecklohn in Bremen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Hessen um 4,34 Prozent, das sind

60 Pfennig Erhöhung je Stunde. Ebenfalls 60 Pfennig Stundenlohnerhöhung erhalten die Modellbauer Bayerns ab 1. März. Nach Angaben der zuständigen Gewerkschaft Holz und Kunststoff entspricht das einer Erhöhung von 4,5 Prozent. Allerdings hat der bayerische Tarifvertrag eine Laufzeit von 13 Monaten. Für den Monat Februar wurde in Bayern eine Pauschalzahlung von 100 DM ausgehandelt.

Streiks und Demonstrationen

Mit einer Demonstration protestierten am 15. April rund 200 Köche, Kellner und Zimmermädchen in Frankfurt gegen das provokatorische 2,3-Prozent-Angebot der hessischen Hotel- und Gaststättenunternehmer. Aufgerufen dazu hatte die Gewerkschaft Nahrung – Genuss – Gaststätten (NGG). Wenige Tage zuvor war es zu Warnstreiks in mehreren Hotels und Gaststätten der Mainmetropole, darunter in den Nobelparks „Frankfurter Hof“ und „Intercontinental“, gekommen. Die hessische NGG verlangt für die rund 40 000 in diesem Bereich Beschäftigten rückwirkend ab 1. Januar Lohn- und Gehalts-erhöhungen von 100 DM monatlich.

Auslösersätze für Monteure erhöht

Nach einer Mitteilung von „metall“ (Nr. 8/82) wurde Anfang April für die rund 200 000 Monteure der Metallindustrie ein neuer Tarifvertrag über Auslösersätze und Erschwerniszulagen abgeschlossen. Dieser Vertrag, der ab 1. Mai in Kraft trat, sieht folgende Verbesserungen vor: Der höchste Fernalösersatz liegt jetzt bei 55 DM pro Tag für Montagestammarbeiter. Zwischen 4,2 und 5,37 Prozent werden die übrigen Fernalösungen aufgestockt. Für Montagezeitarbeiter erhöht sich das Trennungsgeld um 5,41 Prozent auf 39 DM. Um 3,8 bis 4,3 Prozent werden die Nahlauslösungen angehoben und die Erschwerniszulagen für Montagearbeiter in 11 von 21 Positionen um 3,6 bis 11,1 Prozent erhöht.

IG Bergbau lehnt 4,1 Prozent ab

Nach Redaktionsschluß wurde bekannt, daß der geschäftsführende Hauptvorstand der IG Bergbau und Energie nicht bereit war, das Verhandlungsergebnis von 4,1 Prozent dem Hauptvorstand und der Großen Tarifkommission zur Entscheidung vorzulegen. Die „WAZ“ vermerkt, daß niemand sich an eine ähnliche Entwicklung bei Tarifverhandlungen im Ruhrbergbau erinnern könne.

TARIFKALENDER

Die Lohn- und Gehaltstarife für nachstehende Wirtschaftsbereiche und Tarifbezirke sind zum jeweils angegebenen Termin kündbar. Die Zahlen in Klammern geben Auskunft über die Anzahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten. Die Zahl hinter dem Datum enthält auch die Beschäftigten in nicht aufgeführten kleineren Zweigen.

31. Mai – 0,5 Millionen

Chemische Industrie Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen, Westfalen, Baden-Württemberg, Westberlin (237 000); Großhandel Schleswig-Holstein (73 000); Gebäude-reinigungshandwerk (43 600); Wohnungswirtschaft Bundesgebiet und Westberlin (35 000); privates Reisebüro-gewerbe Bundesgebiet und Westberlin (24 000); Hotel- und Gaststättengewerbe Westberlin (16 300); feuerfeste Industrie Nordrhein-Westfalen, Hessen und Rheinland-Pfalz (13 500); Energieversorgung Rheinland-Pfalz und Elektrizitäts-werke Baden-Württemberg (24 000); Säureschutzindustrie Bundesgebiet und Westberlin (11 500); Molkereien Schleswig-Holstein, Hamburg, Baden-Württemberg und Bayern (13 900); Süßwarenindustrie Schleswig-Holstein, Hamburg und Westberlin (9600).

30. Juni – 0,5 Mill.

Einzelhandel Westberlin (90 000); chemische Industrie Saarland und Bayern (66 600); Kautschukindustrie Hamburg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland (61 700); Gas-, Wasser- und Elektrizi-tätsunternehmen Essen (45 000); Instal-lateur-, Klempner- und Heizungsbau-handwerk Hessen und Bayern (45 400); Angestellte in Privathaushaltungen Niedersachsen (ohne Oldenburg) und Nordrhein-Westfalen (35 500); Kfz-Handwerk Bremerhaven, Hessen und Rheinland-Rheinhessen (22 400); Großhandel Saarland (15 000); Kfz-Handel Hessen und Rheinland-Rheinhessen (12 800); Ersatzkassen Bundesgebiet (24 000); Glasindustrie – einige Bereiche (6000); Süßwarenindustrie Saarland, Baden-Württemberg (5700); Brot-industrie Hessen und Westberlin (6100); Fleischwarenindustrie Hessen, Saarland und Westberlin (5300); Belonstein-industrie und -handwerk Nordrhein-Westfalen (7200).

31. Juli – 0,003 Mill.

Bäckerhandwerk Hessen (10 900); Fri-seurhandwerk Bremen, Rheinhessen-Pfalz (9500); Milchindustrie Bayern (3800); Hohlglasveredelung und -verarbeitung Bundesgebiet (3800); Nährmittelindustrie Schleswig-Holstein (2100); Kalkindustrie Nordrhein-Westfalen (2000).

Neues Programm der ÖTV: Eine „Lufthansa zur See“?

Die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) hat sich zur Vorstellung ihres „Schiffahrtspolitischen Programms“, das sie am 1. April der Öffentlichkeit übergab, etwas Besonderes einfallen lassen: eine Hafenrundfahrt in Hamburg mit Journalisten. Prominenter Gewerkschafter bei dieser ganztägigen Veranstaltung und zugleich Hauptakteur war Siegfried Merten, stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft ÖTV.

Auf der Barkasse gaben Guntram Wille von der ÖTV-Abteilung Schiffahrt, Alfonso Küchenmeister, Betriebsratsvorsitzender der Gesamthafenbetriebsgesellschaft, und Helmut Pommeren, Betriebsratsvorsitzender von HAPAG Lloyd, den gut drei Dutzend Journalisten Informationen über die Arbeit, die soziale Lage und die Probleme der Hafenarbeiter und Seeleute. Und natürlich über die wirtschaftliche Bedeutung der Häfen und der Handelsflotte.

Der Zufall hatte es gewollt, daß ein großer „Pott“ von etwa 30 000 BRT, die „Alexander Star“, im Hafen lag und Getreide löschte. Sie hat einen hongkongchinesischen Kapitän und eine philippinische Mannschaft. Nach Hinweisen aus der Besatzung hatte die Internationale Transportarbeiter-Föderation (ITF), der die ÖTV angehört, diese beauftragt, an Bord des Schiffes die Arbeits- und Lohnbedingungen zu inspi-rieren. Die „Alexander Star“ ist näm-lich ein „Billig-Flaggen-Schiff“, das un-ter der Flagge von Panama fährt.

Für diese Art Schiffe, die in der Regel weder menschenwürdige Bedingungen der Arbeitssicherheit, des Sozialwesens noch der Entlohnung bieten, hat die ITF mit den ihr angeschlossenen Ge-werkschaften bei Reedereien und Re-gierungen einen sogenannten ITF-Mu-stervertrag durchgesetzt. Die „Alexan-der Star“ aber hatte keinen solchen Vertrag. Das heißt, die philippinischen Seeleute erhielten statt der Heuer von rund 1600 US-Dollar im Monat nur etwa 250 Dollar, mußten aber jeweils den vollen Betrag nach ITF-Richtlinien quittieren.

Das hatte der ITF-Inspektor von der ÖTV herausgefunden und wollte den Kapitän zum Abschluß eines ITF-Vertrages auffordern. Fotografierend und mit laufenden Fernsehkameras gingen die Journalisten zusammen mit dem ITF-Inspektor an Bord. Nachdem sich dann noch die Schlepperbesatzungen aus Solidarität weigerten, das inzwischen entleerte Schiff aus dem Hafen zu schleppen und die Seeberufsgenos-senschaft obendrein dringende Reparaturarbeiten an den total verkommenen Sicherheitseinrichtungen des Schiffes verfügte, entschloß sich die in Hong-

mit einem gesetzlichen Vorkaufsrecht des Bundes oder eines deutschen Reede-fers. Finanzielle Förderungsmaßnahmen für die Reeder sollen mit einer zehnjährigen Flaggenbindung verknüpft werden, andernfalls die Förderungsmittel zu verweigern bzw. zurückzuverlan-gen sind.

Als „Ziel 1“ erklärt die Gewerkschaft: „Hauptziel der Schiffahrtspolitik muß die Sicherung einer international leistungsfähigen deutschen Handelsflotte sein. Zu ihr dürfen nur Schiffe unter deutscher Flagge zählen.“ Die Sicherung der Arbeitsplätze und die Anwendung bzw. Verbesserung des Betriebs-verfassungsgesetzes in der Seeschiff-fahrt sind weitere Forderungen.

Ausdrücklich erinnert die Gewerkschaft ÖTV an den Beschuß ihres 9. Gewerkschaftstages von 1980, der lautet: „Es ist ein alternatives seeschiffahrtspoli-tisches Konzept zur gegenwärtigen See-schiffahrtspolitik der Bundesregierung durch den Hauptvorstand zu entwi-keln. Inhalt dieses Konzepts soll auch die Überführung von privatwirtschaftlich betriebenen Seeschiffahrtsunter-nehmen in Gemeineigentum sein, sofern dies für die Versorgung der Bun-desrepublik unerlässlich ist.“ In der Pressekonferenz bei Vorlage dieses Konzepts sagte Siegfried Merten, staatliches Eigentum an der Handelsflotte sei nur als „letzter Schritt“, wenn es anders nicht mehr gehe, gedacht. Aber nachdem es bereits eine Bundesbahn und eine Lufthansa in staatlichem Be-sitz gebe, könne man sich auch eine „Lufthansa zur See“, nämlich eine Handelsflotte in öffentlicher Hand, vor-stellen.

Gerd Siebert

Wirtschaftswissenschaftler legten „Memorandum '82“ vor

Die Arbeitsgruppe „Alternative Wirt-schaftspolitik“ hat am 27. April ihr „Memorandum '82“ vorgelegt. Nach Angaben der Initiatoren haben sich be-reits Hunderte von Gewerkschafts- und Betriebsfunktionären sowie Wissen-schaftlern mit den Vorstellungen des Memorandums durch ihre Unterschrift identifiziert. Laufend trafen neue Unter-schriften ein.

Als Sofortmaßnahme schlägt das Me-morandum, das den Titel trägt „Quali-tatives Wachstum statt Gewinnförde- rung“ ein Beschäftigungsprogramm für dieses Jahr mit einem Gesamtvolume von 20 Milliarden DM vor. Diese Mittel sollen in folgenden Bereichen einge-setzt werden: 12,5 Mrd. für den Woh-nungsbau, 3 Mrd. für Energiesparmaß-nahmen, 2,5 Mrd. für Verbesserung des Umweltschutzes sowie 2 Mrd. DM für Neueinstellungen im öffentlichen Dienst. Als weitere Wege zur Ankur-be-

lung der Wirtschaft und Reduzierung der Arbeitslosenzahl werden Struktur-veränderungen des Staatshaushalts an-geregt. Diese könnten zu Mehreinnah-men von 29 Mrd. DM führen und je zur Hälfte Bund und Ländern zugute kom-men. Allein durch den Abbau von Steuer-subventionen könnten 11,1 Mrd. und durch Steuererhöhungen der Windfall-profits sowie der Spitzeneinkommen 5,5 Mrd. DM erzielt werden. Weitere 2,3 Mrd. DM erbrachte das Einfrieren der Rüstungsausgaben auf dem Stand von 1981.

Darüber hinaus wird die Ausweitung der staatlichen Kreditaufnahme auf net-to 36,6 Mrd. DM und die Beendigung der Hochzinspolitik der Bundesbank angeregt. NACHRICHTEN werden sich in der nächsten Ausgabe ausführlich mit dem „Memorandum '82“, in das zahlreiche gewerkschaftliche Forderun-gen eingeflossen sind, beschäftigen.

Auslandsinvestitionen

Lebhaft beklagt die private Wirtschaft eine Stagnation der Investitionstätigkeit. In realen Preisen gerechnet ist sogar ein deutlicher Rückgang bei den Bruttoanlageinvestitionen zu vermelden. Der Anteil der Erweiterungsinvestitionen ist mit 19 Prozent niedrig wie lange nicht mehr, 81 Prozent der für 1982 geplanten industriellen Investitionen sollen der Rationalisierung oder dem Ersatz bestehender Anlagen dienen.

Doch während die inländische Investitionstätigkeit stagniert, der Investitionsprozeß in den ganzen 70er Jahren nicht mehr so recht in Gang gekommen ist, erreichen die Auslandsinvestitionen jedes Jahr neue Rekorde. 1981 wurden – so eine Statistik des Bundeswirtschaftsministeriums – nahezu 10 Milliarden DM zum Zwecke von Direktinvestitionen ins Ausland transferiert. Investitionsschwäche hin, Leistungsbilanzdefizit her: Die westdeutschen Unternehmen, fast ausschließlich die Großkonzerne, verstärken ihre Auslandsengagements rapide.

An erster Stelle sind die Banken zu nennen, die im letzten Jahr 1,9 Milliarden DM transferierten, gefolgt von der Automobilindustrie mit 1,3 und der chemischen Industrie mit 1,2 Milliarden. Investiert wurde vor allem in den USA, dorthin floß ein Drittel der Investitionsmittel. Aber auch die Entwicklungsländer sind nun wieder in wachsendem Umfang Adressaten von Kapitalanlagen: Immerhin verdoppelte sich der Investitionsumfang dort 1981 gegenüber dem Vorjahr nahezu auf 2,3 Milliarden DM.

Ein Beleg für die Orientierung der westdeutschen Unternehmen ist auch das Ergebnis der jüngsten Unternehmensbefragung des Münchner Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung. Danach wollen 66 Prozent der befragten Unternehmen (gemessen am Umsatz) ihren Auslandsumsatz stärker erhöhen als den Inlandsumsatz, nur bei 5 Prozent verhält es sich umgekehrt. Auch die Auslandsinvestitionen sollen in den nächsten fünf Jahren bei 34 Prozent der Unternehmen stärker gesteigert werden als im Inland, nur bei 6 Prozent liegen die Planungen umgekehrt. Während die verarbeitende Industrie in der Bundesrepublik zwischen 1980 und 1986 einen Arbeitsplatzabbau von jährlich 0,7 Prozent erwartet – also von etwa 50 000 Arbeitsplätzen –, sind die Beschäftigungsplanungen für die Auslandsbetriebe noch expansiv. Die Beschäftigtenzahlen sollen dort in den nächsten fünf Jahren um jährlich 1,4 Prozent zunehmen.

Es ist klar, daß eine solche massive Orientierung auf Auslandsinvestitionen und Auslandsproduktionen die Dynamik

Daten zur Wirtschaftsentwicklung

1. Verarbeitendes Gewerbe

Index 1976 = 100	Veränderung in v. H. gegenüber		
	Februar 1982	Januar 1982	Februar 1981
Produktion	109,2	+6,7	-1,7
Auftragseingänge ¹⁾	188,4	+4,7	+0,9

¹⁾ nominal

(Quelle: Statistisches Bundesamt, lt. Presseberichten)

2. Preise

Index 1976 = 100	Veränderung in v. H. gegenüber		
	März 1982	Februar 1982	März 1981
Lebenshaltung	128,4	+0,2	+5,2
Industriepreise	131,6	0,0	+6,7
Landw. Erzeugerpreise ¹⁾	109,5	-1,6	+7,2
Importpreise ¹⁾	145,4	+0,7	+4,6
Exportpreise ¹⁾	125,5	+0,6	+5,6

¹⁾ Februar

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

3. Arbeitsmarkt (in 1000)

	Veränderung in 1000 gegenüber		
	März 1982	Februar 1982	März 1981
Arbeitslose	1 811	-124	+601
Kurzarbeiter	551	-36	+146
Offene Stellen	134	+2	-113

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

4. Direktinvestitionen im Ausland¹⁾

	Jährliche Investition	Bestand
1965	1 112	8 317
1970	3 495	21 113
1975	5 227	41 992
1980	8 160	74 200
1981	9 600	83 800

¹⁾ Millionen DM

(Quelle: Bundeswirtschaftsministerium, lt. Presseberichten)

5. Planungen der Auslandsproduktion¹⁾

	Wachstum im Ausland im Vergleich zum Inland		
	Stärker	Gleich	Geringer
Reale Umsätze	66	29	5
Investitionen	34	60	6

¹⁾ Planungen für die nächsten fünf Jahre, Anteil der befragten Unternehmen in Prozent, gewichtet mit dem Umsatz
(Quelle: Ifo-Schnelldienst, 11/1982, S. 9)

der binnennirtschaftlichen Entwicklung negativ beeinflußt. Damit soll nicht das Wort für ein Verbot solcher Kapitalanlagen geredet werden. Es erscheint aber dringend notwendig, daß angesichts der inzwischen zur Debatte stehenden Summen solche Investitionen einer demokratischen Kontrolle unterworfen werden. Dies erscheint nicht nur notwendig im Interesse der durch Produktionsverlagerungen bedrohten Belegschaften im Inland.

Es besteht die Gefahr, daß es unter dem Druck des internationalen Konkur-

renzkampfes zu gewaltigen Fehlinvestitionen kommt, die schließlich aus inländischen Quellen getragen werden müssen. So meldet VW do Brasil für 1981 Verluste in Höhe von 460 Millionen DM, und in den USA wurde VW inzwischen von der dortigen Krise erfaßt; auch andere Konzerne wie Thyssen und BASF wiesen große Verluste ihrer Auslandsbeteiligungen aus. Dies mag zum großen Teil ein Ergebnis geschickter Bilanzpolitik sein: Entscheidend ist, daß Belegschaften und Steuerzahler für ausländische Fehlinvestitionen zu zahlen haben. J. G.

IGM verlangt vom DGB-Kongreß: NATO-Beschluß verurteilen!

Vom 16. bis 22. Mai findet im Westberliner „INTERNATIONALEN CONGRESS CENTRUM“ der 12. ordentliche DGB-Kongreß statt. Die 525 Delegierten haben die letzte Amtsperiode unter dem DGB-Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter kritisch zu prüfen, erstmals seit dem 8. DGB-Kongreß 1969 einen anderen DGB-Vorsitzenden und vier weitere Mitglieder des geschäftsführenden Bundesvorstandes zu wählen sowie über 389 Anträge und bereits angekündigte Initiativanträge zu entscheiden. Von besonderem Gewicht ist ein Antrag der IG Metall, die aufgrund ihrer Mitgliederstärke über 34 Prozent aller Delegierten verfügt, zum Thema Frieden, Entspannung und Abrüstung.

Wörtlich heißt es in dem Antrag: „Der 12. ordentliche DGB-Bundeskongreß verurteilt den Beschuß des NATO-Rates zur Bestückung Westeuropas mit Mittelstreckenraketen.“ Zugleich wird der von US-Politikern in Erwägung gezogene begrenzte Atomkrieg verurteilt, der sofortige Verzicht auf alle neuen Rüstungsprojekte in Ost und West einschließlich der Neutronenbombe und von der Bundesregierung ein konstruktiver Abrüstungsbeitrag verlangt. Der Kongreß würde sicher nicht dem Mitgliederwillen entsprechen, wenn er nach der Empfehlung der Antragskommission den IG-Metall-Antrag als erledigt betrachtete und die zitierte Verurteilung des NATO-Raketenbeschlusses wegfallen würde.

Insgesamt liegen zur Abrüstungsproblematisierung 18 Anträge vor. Alle verlangen Abrüstungsmaßnahmen in Ost und West und die Senkung der Rüstungsausgaben. Zwei dieser Anträge sehen die Ursache der verschärften Spannung nicht in der Politik der herrschenden Kreise der USA, sondern in den inneren Verhältnissen Polens und Afghanistans.

Einen zweiten großen Schwerpunkt bilden Anträge, die die Bekämpfung der langandauernden Massenarbeitslosigkeit und andere soziale Folgen der kapitalistischen Krise zum Inhalt haben. Der DGB-Bundeskongreß wiederholt in seinem Antrag Forderungen zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung aus dem Jahre 1977 und setzt sich für Zukunftsinvestitionen ein. Von Bund, Ländern und Gemeinden wird erwartet, daß dafür bis 1995 zusätzlich 50 Milliarden DM bereitgestellt werden. Die IG Metall kritisiert in einem Antrag die unter dem Deckmantel „Operation '82“ zu Lasten der Lohnabhängigen vollzogene Rotstiftpolitik und setzt sich für eine andere Wirtschaftspolitik ein. Dazu heißt es: „Praktische Erfolge im Kampf gegen Arbeitslosigkeit und für Vollbeschäftigung erfordern die schrittweise Einschränkung der alleinigen unternehmerischen Verfügungsgewalt über Produktion und Preise, über Investito-

ren und Arbeitsplätze sowie die zunehmende Verpflichtung der Unternehmer auf soziale und gesellschaftliche Belange.“

An anderer Stelle des gleichen Antrages werden gesellschaftliche Rahmenbedingungen für eine Wirtschaftsordnung verlangt, die den Interessen der arbeitenden Menschen dient:

„Unantastbarkeit der Koalitionsfreiheit, des Streikrechts und der Tarifautonomie,

Ernst Breit

Wenn die Mehrheit der Delegierten des 12. ordentlichen DGB-Kongresses den bisherigen Vorsitzenden der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) als Vetter-Nachfolger wählt, käme nach Böckler, Fette, Freitag, Richter und Rosenberg erstmals ein Beamter an die Spitze des DGB. Der am 20. August 1924 geborene Gewerkschaftsfunktionär stammt aus dem Kreis Dithmarschen in Schleswig-Holstein. Nach dem Besuch der Realschule begann er 1941 als Postinspektor-Anwärter und brachte es – unterbrochen von Rekrutierung in die Hitlerwehrmacht – bis 1968 zum Oberpostrat.

Schon 1946 trat Breit der DPG bei. Ab 1948 wählten ihn seine Kollegen in den Betriebs- bzw. Personalrat. Von 1963 an war Breit Vorsitzender des DPG-Bezirks Kiel und ab 1959 Vorsitzender des Hauptpersonalrats, einer Interessenvertretung für alle Beschäftigten der Deutschen Bundespost. 1965 wurde Ernst Breit Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der DPG, zuständig für Beamte, und ab 1971 erster Vorsitzender dieser 457 000 Mitglieder zählenden Gewerkschaft. Seit 1956 gehört der designierte DGB-Vorsitzende der SPD an. P.

erweiterte betriebliche Mitbestimmung, gleichberechtigte Mitbestimmung im Unternehmen und gesamtwirtschaftliche Mitbestimmung,

volkswirtschaftliche Rahmenplanung und Investitionslenkung,

Überführung von Schlüsselindustrien und marktbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum.“

Mehrere Anträge protestieren gegen die faktische Abschaffung der Montanmitbestimmung durch die sozialliberale Regierungskoalition in Bonn und schlagen vor, eine große Kampagne zur Ausweitung der paritätischen Mitbestimmung zu starten. In den meisten dieser Anträge fehlt allerdings der Zusammenhang zu den konkreten Verschlechterungen der Lebenslage der arbeitenden Klasse.

Bei den Anträgen zur Tarifpolitik verlangen mehrere die Verkürzung der Arbeitszeit auf 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich – darunter auch die von der IG Chemie-Papier-Keramik und vom DGB-Landesbezirk Westberlin. Hervorzuheben sind auch Anträge von der HBV und des DGB-Landesbezirks Hessen, die sich für eine solidarische Tarifpolitik einsetzen (siehe dazu Interview mit dem 2. HBV-Vorsitzenden Dieter Steinborn in dieser Ausgabe, S. 4). Ebenso setzt sich ein Antrag der IG Druck und Papier, der ein gesetzliches Verbot der Aussperrung fordert, für „ein gemeinsames solidarisches Abwehrkonzept“ bei der tarifpolitischen Auseinandersetzung ein.

Groß ist die Zahl der Anträge, die sich mit Forderungen zur Sozial- und Bildungspolitik beschäftigen. Vielfach zeigt sich dabei Kritik an dem Abbau sozialer Leistungen durch die Bundesregierung. U.a. verlangen die Anträge eine Änderung der Arbeitszeitordnung und eine Herabsetzung des Rentenalters. Zur Bildungspolitik beantragt der DGB-Bundeskongreß ein neues umfangreiches Programm, wozu die GEW 20 Abänderungsanträge vorlegt.

Initiativanträge werden vor allem aufgrund des frühen Antragsschlütertermins zum Neue-Heimat-Skandal erwartet. In einer entsprechenden Initiative der HBV heißt es: „Die Unternehmensleitungen und Aufsichtsorgane der gemeinwirtschaftlichen Unternehmen müssen durch ein Höchstmaß von Information und Transparenz sowie durch eindeutige rechtliche Regularien sicherstellen, daß der politisch-moralische Anspruch der Gemeinwirtschaft im geschäftlichen Verhalten der Unternehmen und ihrer maßgebenden Repräsentanten stets eingelöst wird.“

Viel Aufmerksamkeit hat bereits im Vorfeld des Kongresses in der Öffentlichkeit der anstehende Führungswechsel gefunden. Neben Heinz Oskar Vetter, 64, werden die stellvertretende Vorsitzende Maria Weber, 62, und die Vorsitzendemitglieder Gerhard Schmidt, 62,

GTB-Jugend: „Lernen und arbeiten für Frieden und Demokratie“

Unter diesem Motto fand am 26./27. März in der Osnabrücker Stadthalle der 10. Zentrale Jugendtag der Gewerkschaft Textil – Bekleidung statt. 90 Delegierte – mit einer deutlichen Mehrheit von 55 weiblichen zu 35 männlichen Delegierten – berieten an den beiden Tagen insgesamt 84 ordentliche und fünf weitere Initiativanträge. Sie vertraten rund 60 000 jugendliche GTB-Mitglieder. Die gegenüber den Vorjahren leicht rückläufige Mitgliederzahl widerspiegelt nach Angaben des Arbeitsberichts der Abteilung Jugend im GTB-Hauptvorstand die tiefgreifende Textilkrisse, der in den Jahren 1974 bis 1980 mehr als 116 000 Arbeitsplätze der Branche zum Opfer fielen.

Fragen der Jugendarbeitslosigkeit, einer qualifizierten Berufsausbildung und zunehmende Verletzungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes durch die Unternehmer der Textil- und Bekleidungsindustrie standen dann auch neben Problemen bei der Verbesserung der gewerkschaftlichen Jugendarbeit im Mittelpunkt der Diskussionen.

In einer Entschließung forderte der GTB-Jugendtag die Bundesregierung und alle weiteren politischen Kräfte auf, sich mit aller Kraft und vorrangig für die Sicherung des Friedens in Europa und der Welt einzusetzen. Die GTB-Jugend erwarte, daß auf die Stationierung weiterer Mittelstreckenraketen in Europa verzichtet wird und bereits stationierte abgebaut werden. Die Entscheidung des US-Präsidenten für den Bau der Neutronenbombe und Äußerungen von Politikern, nach denen es Wichtigeres als den Frieden gebe, bedeuteten Rückschläge für die Bemühungen um Frieden und Abrüstung. In der Entschließung wird eine europäische Abrüstungskonferenz mit dem Ziel gefordert, eine massenvernichtungswaffenfreie Zone in Europa zu schaffen. Der durch das Voransetzen der Be-

hauptung, die Ereignisse in Afghanistan und Polen hätten der Entspannungspolitik einen schweren Schlag versetzt, „ausgewogen“ gemachte Antrag fand nicht die ungeteilte Zustimmung aller Delegierten, lagen doch weitergehende Anträge mit noch konkreteren Forderungen vor. In anderen Beschlüssen zur Friedensfrage lehnte die Konferenz alle Pläne zur Einbeziehung von Frauen in den Bundeswehrdienst ab und forderte die offizielle Ernennung des 1. September als Antikriegstag zum Gedenktag.

Auch GTB-Vorsitzender Berthold Keller räumte der Friedensfrage in seinem Referat vor den Delegierten einen wichtigen Stellenwert ein und sprach sich für eine Führungsrolle des DGB in der Friedensbewegung aus. Er kritisierte, daß sich der DGB in dieser so wichtigen Frage zu spät gerührt habe. Dies dürfe jedoch kein Grund sein, den DGB-Friedensappell nur schleppend zu unterstützen.

Als einen skandalösen Zustand bezeichnete der GTB-Vorsitzende die anhaltende Massenarbeitslosigkeit, die einen radikalen Ruck nach rechts auslö-

sen könnte und damit lebensgefährlich sei. Eine „konzertierte Aktion gegen Arbeitslosigkeit“ sei deshalb das Gebot der Stunde, wobei es gelte, die Unternehmer handfest und offensiv an die Sozialpflichtigkeit des Eigentums zu erinnern, sagte Keller.

Bereits am ersten Konferenztag gaben Fragen der Verbesserung der GTB-Jugendarbeit Anlaß zu intensiven Diskussionen. Dabei setzte eine Mehrheit der Delegierten entgegen der Empfehlung der Antragskommission die Forderung durch, daß die zentralen GTB-Jugendgremien ein Antragsrecht zum Gewerkschaftstag erhalten. Weiter wurde beschlossen, den Hauptvorstand zu einer personellen Verstärkung der Abteilung Jugend aufzufordern. Zu ausführlicheren Diskussionen kam es auch um den zunehmenden Mißbrauch der Unternehmer mit der Stufenausbildung insbesondere in der Bekleidungsindustrie. Zu einer umfassenden Ablehnung der Stufenausbildung mochte sich die Konferenz jedoch nicht durchringen.

Ebenso unentschieden blieb eine ansatzweise äußerst kritisch geführte Diskussion um Vorstellungen der GTB-Spitze zum „Investivlohn“, wobei das Paradox auftrat, daß die gleiche Bielefelder Kollegin zunächst namens der Antragskommission einen solche Pläne entschieden ablehnenden Antrag zur Überweisung als Material empfahl und sich anschließend namens des antragstellenden Bielefelder Jugendausschusses entschieden für einen zustimmenden Beschuß und gegen die Überweisung aussprach. Eine durch das Auftreten von Berthold Keller und Mitgliedern des Zentralen GTB-Jugendausschusses verunsicherte Konferenzmehrheit stimmte schließlich der Materialüberweisung zu.

In weiteren Beschlüssen setzten sich die Delegierten unter anderem für Novellierungen des BetrVG und des Jugendarbeitsschutzgesetzes zur besseren Sicherung der Rechte Jugendlicher im Betrieb ein und forderten bessere Ausbildungs- und Berufschancen für Mädchen und Frauen. Entschieden forderten sie ein Verbot der Aussperrung und die Beendigung der Bespitzelung von Betriebsräten und Jugendvertretern durch den „Verfassungsschutz“.

Die Konferenz bekannte sich zur internationalen Gewerkschaftssolidarität mit den Völkern Nicaraguas (dazu wurden 675 DM in Osnabrück gesammelt) und der Türkei und folgte in der polnischen Frage der Linie der DGB-Aktion „Solidarität für Polen“. Zugleich warnten die Delegierten in einer Entschließung, die zunächst die Rolle des Militärs in Polen und der Türkei auf eine Stufe stellt, bei der Gewerkschaftsfrage in Polen vor „Beifall von den falschen Rängen“ und bezeichneten die Haltung der US-Regierung als „makabré“, wenn sie einerseits die Geschehnisse in Polen verurteile und auf der anderen Seite die Verhältnisse in der Türkei akzeptiere. Werner Petschick

Joachim Vock

NACHRICHTEN-DOKUMENTATION

Karin Roth (IGM): „... nichts Wichtigeres als den Frieden“

Trotz Regen und Kälte beteiligten sich an den Ostermarschen '82 gegen Atomraketen rund 500 000 Sozialdemokraten, Kommunisten, Christen und Parteilose, darunter zahlreiche Gewerkschafter. Auch auf den Ostermarschkundgebungen erzielten bekannte Gewerkschaftsfunktionäre dem NATO-Raketenbeschluß eine Absage. Stellvertretend für die Redner aus dem Gewerkschaftsbereich dokumentieren wir nachfolgend die Rede von Karin Roth, Abteilungsleiterin im Vorstand der IG Metall, die sie auf der Ostermarschkundgebung vor über 50 000 Teilnehmern auf dem Frankfurter Paulplatz gehalten hat.

„Nichts ist törichter und falscher als das Sprichwort: ‚Wenn du den Frieden willst, so rüste zum Krieg.‘ Wer im Atomzeitalter den Frieden will, der muß den Frieden vorbereiten.“ Mit diesem Appell wandte sich 1964 Otto Brenner, der damalige Vorsitzende der Industriegewerkschaft Metall, gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr und warnte gleichzeitig vor der Illusion, mit Atomwaffen den Frieden sichern zu wollen. Der Kampf der Friedensbewegung damals war nicht umsonst. Daraus schöpfen wir Kraft und Hoffnung für die heutigen Auseinandersetzungen.

Wir, die Teilnehmer an den Ostermarschen 1982, sind Teil der großen Friedensbewegung in Europa und in den USA und haben die große Gewißheit: Millionen sind stärker als Millionäre. Heute haben wir, die Menschen in unserem Land, nicht den tödlichen Glauben, bei einem Atomkrieg überleben zu können. Wir haben Angst vor der totalen Zerstörung der Natur, des menschlichen Lebens, Furcht vor der Entscheidungsgewalt einer Minderheit über Leben und Tod und Wut gegen den Rüstungswahnsinn, der wertvolle Rohstoffe und Ressourcen verschlingt und zwischen 50 und 100 Millionen Menschen direkt oder indirekt mit der permanenten Kriegsvorbereitung be-

schäftigt. Welch eine Verschwendug von gesellschaftlichem Reichtum, von Phantasie, Wissen und Produktivkraft. Und das alles, um gerüstet zu sein für den Tod, den 3. Weltkrieg, den angeblich keiner will. Dafür bezahlen wir den Preis der militärischen Aufrüstung und sozialen Demontage.

Die heutige Situation stellt eine nie gekannte Herausforderung für alle Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter dar, denn die Folgen der militärischen Aufrüstung spüren die abhängig Beschäftigten und ihre Familien unmittelbar. Sie sind in erster Linie die Leidtragenden einer Politik der militärischen Stärke und Expansion nach außen. Deshalb ist die Geschichte der Arbeiterbewegung nicht nur ein Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung, sondern immer auch ein Kampf gegen Rüstung und Krieg.

Dabei stehen Gewerkschaften oft mehr als andere Organisationen im Kreuzfeuer der Kritik, des Angriffs. Sie stehen vor der schwierigen Aufgabe, die beiden Bereiche, nämlich die betriebliche, also ökonomische Ebene des Kampfes für Abrüstung und Völkerverständigung mit der gesellschaftlichen, also politischen Ebene, so konkret miteinander zu verknüpfen, daß daraus ein breites Band der internationalen Solidarität entsteht. Solange es uns nicht gelingt, in den Betrieben eine breite Bewegung für die Umwandlung von Rüstungsproduktion in Friedengüter in Gang zu setzen, solange bleibt Abrüstung nur ein Lippenbekenntnis.

Das ganze Dilemma wird offenbar, wenn wir die derzeitigen Auseinandersetzungen um die U-Boot-Lieferungen in Spannungsgebiete, z. B. Argentinien oder an das faschistische Regime in Chile, denken. Wir sollten die Erfahrungen, die Vorschläge und Ideen von Kolleginnen und Kollegen, auch die aus dem Ausland, mit berücksichtigen. Jeder sollte darüber nachdenken, jeder an seinem Platz, welche konkreten Abrüstungsschritte möglich und zu gehen sind. Denn leicht werden diejenigen, die in den Waffenschmieden ihr tägliches Brot erarbeiten müssen, erpreßbar, wenn es um die Erhaltung der Arbeitsplätze geht.

Rationalisierung, das ist sicher, macht auch vor den Rüstungsbetrieben nicht halt. Gerade in der Rüstungsindustrie werden durch den Einsatz neuester Militärtechnologie massenhaft Arbeitsplätze vernichtet. Rüstungsproduktion sichert keine Arbeitsplätze. Doch wir sollen die Gefahr nicht verkennen, daß in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit nicht mehr danach gefragt wird, um welche Arbeitsplätze es sich handelt, was produziert wird und für wen.

Wir, die Gewerkschafter, stehen vor einer großen Bewährungsprobe, bei der es gilt, noch mehr als bisher diejenigen Kolleginnen und Kollegen mit einzubeziehen, deren Arbeitsplätze direkt oder indirekt von der Rüstungsproduktion abhängen. Es gilt, die wahrhaft menschliche Perspektive der Entwicklung alternativer Fertigung, beispielsweise für Energie und Umwelt, zu eröffnen und aufzuzeigen, daß dadurch nicht nur mehr, sondern den Bedürfnissen der Menschheit nützliche und humane Arbeit möglich wird. Bei der entscheidenden Überlebensfrage darf es uns als Gewerkschafter nicht allein um Arbeitsplätze gehen. Denn was nutzen uns und unseren Kindern Arbeitsplätze in einer Welt, die aussieht wie Hiroshima 1945?

Bleibt die Frage: Welchen Sinn hat dieser Rüstungswahnsinn? Der Unsinn liegt auf der Hand. Während der Sozialstaat, die Bildungsausgaben gekürzt, viele Sozialleistungen wegen der leeren staatlichen Kassen einfach dem Rostift zum Opfer fallen, wird der Rüstungshaushalt pausenlos erhöht und für das Kampfflugzeug „Tornado“ zusätzliche Milliarden Mark locker gemacht. Während die Rüstungsgeschäfte mit den Ländern der dritten Welt blühen, sie sind sowohl ökonomisch als auch politisch ganz profitabel, hungert die Mehrheit der Menschen,

Karl Schwab, 61, und Günter Stephan, 60, aus Altersgründen nicht mehr kandidieren. Für die Wiederwahl bewerben sich: Gerd Muhr, 58 (stellvertretender Vorsitzender), Irmgard Blättel, 53, Alois Pfeiffer, 57, und Gerhard Vater, 58. Nachdem Alois Pfeiffer seine Bereitschaft, als DGB-Vorsitzender zu kandidieren, wegen dem Neue-Heimat-Skandal zurückgezogen hatte, nominierte zwischenzeitlich der Bundesvorstand den bisherigen Vorsitzenden der Deutschen Postgewerkschaft (DPG), Ernst Breit, 57 (siehe Kasten). An Stelle von Maria Weber soll Gustav Fehrenbach, 57, stellvertretender Vorsitzender werden. Er gehört wie seine Vorgängerin Irmgard Blättel der CDU an. Alle anderen ausscheidenden und neu kandidierenden Vorstandsmitglieder sind Mitglieder der SPD. Für die freiwerdenden Plätze im ge-

schäftsführenden DGB-Bundesvorstand sind nominiert worden: die DGB-Landesbezirksvorsitzenden von Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg Siegfried Bleicher, 42, und Lothar Zimmermann, 52, sowie das Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Ilse Brusis, 45. Mit letzterer würde nach Breit und Fehrenbach ein dritter Beamter in das oberste Führungsgremium des DGB gelangen. Dagegen macht sich bei zahlreichen Delegierten Unmut breit. Ferner geben mehrere Gewerkschafter zu bedenken, daß Frau Brusis 1981 als Landesvorsitzende der GEW in Nordrhein-Westfalen kandidiert habe und einem Gegenkandidaten unterlegen sei, so wie auch auf dem Gewerkschaftstag 1980 Dieter Wunder bei der Wahl zum stellvertretenden Vorsitzenden. Werner Petschick

Inhaltsverzeichnis:	
Karin Roth (IGM):	
„... nichts Wichtigeres als den Frieden“	13
Gewerkschaftliche Positionen zum Arbeitskampfrecht	14
Kommunisten und gewerkschaftliche Autonomie	19
Sowjet-Gewerkschaften: Aus der Breschnew-Rede	20
Mitgliederzuwachs hielt auch 1981 an	22

gibt es 800 Millionen Analphabeten und sind 1,5 Milliarden Menschen ohne jede ärztliche Betreuung.

Jedoch das ist nicht alles. Die Verbindung des Unsinns mit dem Sinn, die soziale Demontage mit der militärischen Aufrüstung ist nicht nur eine Frage der Finanzierung. Erst das Aufdecken der politischen Strategie der wirtschaftlich und politisch Mächtigen erklärt den Sinn des herrschenden Systems. Es geht heute um den Kampf ökonomischer Einflußbereiche, um die Bedrohung von wirtschaftlichen Positionen und Profitansprüche. Es geht um die Sicherung von Privilegien der Hauptakteure dieses Wirtschaftssystems, um die Auseinandersetzungen zwischen Kapitalismus und Sozialismus.

Für das Kapital verdüstert sich der Horizont, denn abgesehen von sinkenden Wachstumsraten drohen die 80er Jahre überhaupt zu den Krisenjahren der Wirtschaft zu werden. Deshalb geht es jetzt um die Sicherung der Rohstoffquellen, der Absatzmärkte und Profite. „Mit entsprechendem Profit wird das Kapital kühn. Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv waghalsig; für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß“, schrieb Karl Marx vor über 100 Jahren.

Wir stehen am Scheideweg der berechenbaren Unberechenbarkeit. Berechenbar sind die Interessen. Im Innern heißt das: Lohnabbau, Einschränkung demokratischer Rechte, man denke an die Vorbereitungen zur Liquidierung der Montanmitbestimmung, an die Polizeiaufmärsche bei Demonstrationen und die Einsätze bei Hausbesetzungen, oder an die Überlegungen, Frauen – zunächst freiwillig – in die Bundeswehr einzubeziehen. Unberechenbar bleibt die Atomstrategie der USA, die allein über den Einsatz von Atomwaffen in Europa entscheidet. So wird Europa als Pufferzone und damit als nukleares Schlachtfeld nach dem Motto: „Die Russen kommen!“ einfach preisgegeben.

Doch während in den bisherigen konventionellen Kriegen die Kriegsprofiteure überlebten, können sie sich jedoch bei einem Atomkrieg nicht mehr so sicher sein. Sicher, einige werden ihre hauseigenen Atombunker noch erreichen, aber der Atomtod trifft alle! Und die Überlebenden werden die Toten beneiden. Er trifft alle auf einem Kontinent, auf dem, stellvertretend für die Interessen des amerikanischen Großkapitals, Krieg geführt wird. Was hindert die wirtschaftlich und politisch Mächtigen in der Bundesrepublik daran, zu erkennen, daß sie heute ihr eigenes Todesurteil mit vorbereiten? Haben sie etwa die Hoffnung, im Laufe der Zeit selbst über den Einsatz von solchen Waffen zu entscheiden?

Uns jedenfalls hindert überhaupt nichts daran, zu erkennen: Einen dritten Weg neben Leben oder Tod gibt es nicht! Und es hindert uns auch nichts daran, zu begreifen, daß ohne soziale Veränderungen, ohne Beseitigung der derzeitigen gesellschaftlichen Machtstrukturen es langfristig keinen Frieden auf der Welt gibt. Für Frieden und Abrüstung in Ost und West einzutreten heißt, für uns nicht den Burgfrieden, den inneren Frieden, die Sozialpartnerschaft zu schließen. Der Krieg ist zu verhindern, wenn sich die Arbeiter-, Frauen- und Friedensbewegung zu einem breiten Bündnis zusammenschließen und Berührungsängste überwinden.

Die Geschichte der Menschheit lehrt uns, daß man sich auf die Vernunft der Herrschenden nicht verlassen kann. Behalten wir uns die Fähigkeit vor, zu katastrophalen Entwicklungen einfach nein zu sagen. Wir sagen nein zu Frauen in die Bundeswehr, weil es uns weder freier noch gleichberechtigter macht. Wir sagen nein zur Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen in Europa. Wir brauchen keinen NATO-Doppelbeschluß, weil es für uns nichts Wichtigeres gibt als Frieden. Machen wir den Weg frei für die soziale Aufrüstung, für das Recht auf Arbeit und Bildung, für die Umrüstung von Kriegs- auf Friedensproduktion, aber auch für mehr finanzielle Unterstützung, ohne politische Auflagen, für die Länder der dritten Welt. Es hat nie geheißen: Arbeiter aller Länder zerbombt Euch! Erst wenn den Kindern bei dem Wort Feind überhaupt nichts mehr einfällt, erst dann werden wir Frieden haben. Denn: entweder keiner oder alle, entweder alles oder nichts.

Gewerkschaftliche Positionen zum Arbeitskampfrecht

Am 24. März veranstaltete der DGB-Landesbezirk Hessen im Gewerkschaftshaus in Frankfurt/Main eine zentrale Arbeitstagung zum Thema „Positionen zum Arbeitskampfrecht“. In seiner Eröffnungsrede hatte Jochen Richert, Vorsitzender des DGB-Landesbezirks Hessen, deutlich gemacht, daß der hessische DGB gegen das Willkürmittel der Aussperrung sei. Die bestehenden Grundrechte müßten zuallererst Schutzrechte für die arbeitenden Menschen sein, für die Schwachen, Benachteiligten und Unterprivilegierten in unserer Gesellschaft. Sie dürfen nicht zum Eldorado für die Unternehmer verkommen. Dr. Michael Kittner, Justitiar der IG Metall, sprach dann zu „Aktuellen Fragen des Arbeitskampfrechts“. In vier Arbeitsgruppen wurden Einführungsvorberichte gehalten. Die Thesen Kittners und der vier Referenten dokumentieren wir zum Teil leicht gekürzt.

Michael Kittner (Justitiar der IG Metall)

„Aktuelle Fragen des Arbeitskampfrechts“

1. Jede Form von Recht ist sowohl Regulativ des gesellschaftlichen Lebens als auch Ausdruck der gesellschaftlichen Kräfte. Das gilt in ganz besonderem Maße für das Arbeitskampfrecht. Mit ihm werden die „Spielregeln“ für soziale Konflikte im Arbeitsbereich festgeschrieben. Zugleich ist es der Gradmesser für die Kraftverhältnisse zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeber in einer globalen Sicht. Arbeitskampfrecht ist daher in ganz besonderem Maße Objekt für strategische Auseinandersetzungen. Eine der festen Größen in diesem Ringen ist die Tatsache, daß sich die Arbeitgeber nach wie vor nicht mit der Existenz des Streikrechts abgefunden haben. Sie kämpfen nachhaltig um seine rechtliche und faktische Beschränkung. Umgekehrt ist der Kampf um das Streikrecht für die Gewerkschaften ein Herzstück ihrer Existenz und Betätigungsmöglichkeiten.

2. Die Konfliktlinien zum Arbeitskampfrecht bewegen sich samst und sonders um die Reichweite der gewerkschaftlichen Kampfmöglichkeiten. Sei es, daß versucht wird, diese im Ansatz zu beschränken (Verhältnismäßigkeitsgrundsatz), sei es, daß die Gewerkschaften auf ein eng begrenztes Arsenal ausrechenbarer Kampfformen begrenzt werden sollen (Verbot bzw. Beschränkung von Warnstreiks und Solidaritätsstreiks), sei es, daß die Wirkungen des Streiks mit der Aussperrung völlig zunichte gemacht werden sollen. Dazu kommt im öffentlichen Dienst als besondere Variante das totale Streikverbot für Beamte, neuerdings ergänzt um den Versuch, Beamte als Streikbrecher beim Streik von Arbeitern und Angestellten im öffentlichen Dienst einzusetzen. Diese Problemkomplexe markieren die gegenwärtigen Konfliktfelder in der gerichtlichen und rechtswissenschaftlichen Auseinandersetzung um das Arbeitskampfrecht.

3. Das Arbeitskampfrecht ist in den letzten zehn Jahren deutlich in Bewegung geraten. Ursache hierfür war zum einen die im Gefolge sich verschlechternder wirtschaftlicher Rahmenbedingungen häufige Streiktätigkeit der Gewerkschaften. Zum anderen zeigte sich hier, daß das in den fünfziger Jahren am grünen Tisch konstruierte Arbeitskampfrecht in keiner Weise mehr mit den neuen Realitäten in Einklang zu bringen gewesen war. Die kritische Diskussion des Arbeitskampfrechts, gerade durch die Gewerkschaften, entsprang damit einem logischen Bedürfnis. Ihre Stärke bezog sie dabei nicht zuletzt darauf, daß Rechtsfragen in unmittelbarem Zusammenhang mit der sozialen Bewegung, und das heißt unter Einbeziehung der Betroffenen, thematisiert wurden.

4. Die Bilanz der Diskussion und Auseinandersetzungen um das Arbeitskampfrecht der letzten zehn Jahre ergibt naturgemäß kein einheitliches, durchgängiges Bild. Wenn man freilich die BAG-Rechtsprechung der fünfzig Jahren bis nach ins Jahr 1971 zugrunde legt, konnte es nur besser werden: So müssen insbesondere die Entscheidungen des BAG zur quantitativen Begrenzung der Aussperrung und zu deren Verbot gegenüber einem selektiven Einsatz nur gegen Gewerkschaftsmitgliedern gesehen werden. Dem steht als Rückschlag die Entscheidung des BAG zur kalten Aussperrung gegenüber, die dieses Kampfmittel der Unternehmer verstiftigt und Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates beseitigt hat. Nach dem ersten Urteil zur Zulässigkeit gewerkschaftlicher Warnstreiks noch während laufender Verhandlungen kommt dieses Thema erneut zum BAG. Das gleiche gilt für die Frage der Zulässigkeit von Solidaritätsarbeitsniederlegungen. In beiden Fällen betreiben die Metallarbeiter den Versuch, vorhandene Streikrechte der Gewerkschaften gerichtlich verbieten zu lassen. In der Warnstreikfrage haben bislang alle Gerichte erster Instanz für IG Metall entschieden. Zum Solidaritätsstreik existiert bislang in zweiter Instanz die positive Entscheidung des LAG Hamm. Für den öffentlichen Dienst hingegen haben die Verwaltungsgerichte das Streikverbot für Beamte insbesondere anlässlich von Arbeitsniederlegungen der GEW im Schulbereich erneut bestätigt.
5. Die laufende Auseinandersetzung zeigt den unvermeidlich hohen Stellenwert rechtlicher Rahmenbedingungen für gewerkschaftliche Aktivitäten. Gleichzeitig wird offenkundig, daß die Frage der Gewerkschaftsrechte und insbesondere des Arbeitskampfrechtes Gegenstand stetiger Auseinandersetzungen ist. Gewerkschaften können sich niemals darauf ausruhen, daß sie in einem demokratischen Sozialstaat von selbst und ohne weiteres Zutun auch ihren rechtlichen Platz hätten. Dazu bedarf es des steten Engagements der ganzen Gewerkschaftsbewegung.

Hans Janßen (Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der IG Metall)

„Neue Beweglichkeit“

1. In der Tarifbewegung 1980/81 hat die Industriegewerkschaft Metall erstmals in einer bundesweiten Auseinandersetzung um Verbesserung der Löhne und Gehälter die sogenannte Neue Beweglichkeit praktiziert. Dieser Begriff ist in einer Klausurtagung des Vorstandes der IG Metall im Frühjahr 1979 geprägt worden. Diese neue Kampf- und Aktionsform der Gewerkschaft ist Ergebnis der Bemühungen der IG Metall, sich angesichts geänderten Arbeitgeberverhaltens neue Handlungsspielräume in der tarifpolitischen Auseinandersetzung und neue Aktionsmöglichkeiten zur Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen und Arbeitnehmerinteressen zu schaffen.

2. Die unter dem Begriff „Neue Beweglichkeit“ zusammengefaßten Aktivitäten umfassen gewerkschaftlich organisierte Warnstreiks, Demonstrationen und vielfältige Aktionen sonstiger Art, die mit dem Ziel durchgeführt werden, öffentlichen, politischen und – in begrenztem Umfang – auch wirtschaftlichen Druck auf die Arbeitgeber auszuüben, die Kampfentschlossenheit und Kampfbereitschaft der organisierten Arbeitnehmer zu demonstrieren und somit Druck auf die Arbeitgeberverbände auszuüben, damit sie am Verhandlungstisch einem annehmbaren Kompromiß zur Lösung einer Tarifauseinandersetzung zustimmen. Die unter dem Begriff „Neue Beweglichkeit“ zusammengefaßten gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen sind zu unterscheiden und abzugrenzen einmal von sogenannten spontanen Arbeitsniederlegungen, die in einer Tarifauseinandersetzung spontan von Arbeitnehmern in einem oder mehreren Betrieben während der Dauer der Friedenspflicht ohne Wissen und ohne Organisation durch die Gewerkschaft durchgeführt werden; zum anderen von dem nach Urabstimmung in einem oder mehreren Tarifgebieten ausgerufenen Flächenstreik.

3. Die unter dem Stichwort „Neue Beweglichkeit“ zusammengefaßten gewerkschaftlichen Aktivitäten sind Ausdruck der

grundgesetzlich garantierten Koalitionsfreiheit und Wahlfreiheit in den Arbeitskampfmitteln nach Auslaufen der gesetzlich oder vertraglich verankerten Friedenspflicht. Die IG Metall hat sich die Möglichkeit dazu durch die Kündigung des alten und den Abschluß eines neuen Schlichtungsabkommens mit Wirkung vom 1. 1. 1980 erschlossen. Rechtlich konnte sie sich dabei auf ein Urteil des Bundesgerichts aus dem Jahre 1976 stützen. Dieses Urteil gesteht der Gewerkschaft den Einsatz von Warnstreiks als „milden Druck“ zu, mit dem Ziel, die Arbeitgeber zur Kompromißbereitschaft am Verhandlungstisch zu bewegen.

Die Aktivitäten im Rahmen der Neuen Beweglichkeit unterscheiden sich kategorial vom sogenannten Erzwingungsstreik (Flächenstreik nach Urabstimmung), weil sie von vornherein zeitlich begrenzt angesetzt werden. Der Erzwingungsstreik hingegen wird grundsätzlich ohne vorhergehende zeitliche Begrenzung nach Urabstimmung ausgerufen und erst nach einer erneuten Urabstimmung über ein vorgelegtes Ergebnis, das den Arbeitgebern durch den Flächenstreik abgerungen wurde, beendet.

Materiell sind die Aktivitäten im Rahmen der Neuen Beweglichkeit nichts anderes als die Wiederbelebung alter Traditionen der Arbeiterbewegung und damit die Wiedergewinnung alter Handlungs- und Durchsetzungsmöglichkeiten der organisierten Arbeitnehmerschaft, mit anderen Worten: eine neue Bewegungsfreiheit für alte Kampfformen. Da die Metallarbeiter politisch nicht gegen die „Neue Beweglichkeit“ erfolgreich waren, haben sie auf juristischer Ebene versucht, die neu gewonnene gewerkschaftliche Handlungsmöglichkeit wieder zunehme zu machen. Ziel der Arbeitgeberklagen gegen die Neue Beweglichkeit ist das Verbot sämtlicher Arbeitskampfmaßnahmen vor ergebnisloser Beendigung einer Schlichtung. Damit soll durch Richterspruch praktisch jener Zustand wiederhergestellt werden, den zu ändern erklärte Absicht der IG Metall bei den Verhandlungen über ein neues Schlichtungsabkommen war. Die bisher vorliegenden Urteile in erster Instanz haben die Klagen der Metallarbeiter abgewiesen und unseire Positionen bestätigt.

4. Nach der herrschenden Meinung sind die Gewerkschaften verpflichtet, bis zur Beendigung eines Tarifvertrages die Friedenspflicht einzuhalten, d. h. nicht zu Arbeitskampfmaßnahmen und zu Maßnahmen, die den Arbeitskampf vorbereiten (z. B. Urabstimmung), aufzurufen. Unbeschadet des Standpunkts zu dieser Verpflichtung können die Tarifvertragsparteien auf jeden Fall im Rahmen der Tarifautonomie eine Fortdauer der Friedenspflicht vereinbaren. Aufgrund eines Schlichtungsabkommens aus dem Jahre 1964 war die Industriegewerkschaft Metall bis zum 31. Dezember 1979 verpflichtet, die Friedenspflicht auch nach Ablauf des Tarifvertrages praktisch bis zur Beendigung eines vereinbarungsgemäß geregelten Schlichtungsverfahrens einzuhalten. Erst nach ergebnisloser Durchführung einer Schlichtung, auf die sich einzulassen die IG Metall gezwungen war, wenn die Arbeitgeberseite sie wollte, konnte die IG Metall zu Arbeitskampfmaßnahmen aufrufen.

5. Aufgrund der absehbaren Verschärfung der tarifpolitischen Auseinandersetzungen und der zunehmenden Verhärtung des Arbeitgeberlagers im Zeichen der beginnenden wirtschaftlichen Krise wollte die IG Metall über die bestehenden Regelungen hinaus zusätzliche tarifpolitische Handlungsmöglichkeiten gewinnen (...).

Seit Mitte der siebziger Jahre gingen die Arbeitgeberverbände in immer stärkerem Maße dazu über, die Gewerkschaften, allen voran die Industriegewerkschaft Metall, vor die Alternative „Kapitulation oder Streik“ zu stellen: Die organisierte Arbeitnehmerschaft sollte entweder vor den Arbeitgeber-Ultimaten kapitulieren oder durch Streiks, die mit willkürlicher Aussperrungspraxis beantwortet wurden, finanziell ausgeblutet und politisch geschwächt werden.

6. In dieser Situation sah sich die Industriegewerkschaft Metall auf dem Gewerkschaftstag 1977 in Düsseldorf veranlaßt, das zu diesem Zeitpunkt geltende Schlichtungsabkommen, das die gewerkschaftlichen Handlungsmöglichkeiten einschränkte, zu kündigen. Nach der Kündigung wurde ein neues

Schlichtungsabkommen ausgehandelt, das die Beendigung der Friedenspflicht auf einen Zeitpunkt vier Wochen nach Ablauf des Tarifvertrages festsetzte und das zwangswise Einlassen auf die Schlichtung, sobald sie von einer der beiden Tarifvertragsparteien angerufen wurde, aufhob. Damit war ab 1. Januar 1980 für die IG Metall die Möglichkeit geschaffen, neue gewerkschaftliche Kampfformen zu praktizieren und die von den Arbeitgebern gewollte Alternative „Kapitulation oder Streik“ zu vermeiden.

7. Die in der Tarifbewegung 1980/81 praktizierte „Neue Beweglichkeit“ ist tarifpolitisch und organisationspolitisch ein Erfolg. Sie ist ein tarifpolitischer Erfolg, weil die IG Metall mit dieser Kampfform die von den Arbeitgebern gewollte „Wende in der Lohnpolitik“ (produktivitätsorientierte Lohnpolitik) eindeutig verhindert hat, und am Verhandlungstisch ein Ergebnis erzielt hat, das in allen regionalen Tarifkommissionen zum Teil einstimmig, zum Teil mit äußerst großen Mehrheiten angenommen worden ist. Sie ist organisationspolitisch ein Erfolg, weil dadurch die Fähigkeit der IG Metall, die Mitgliedschaft im ganzen Bundesgebiet für ihre tarifpolitischen Ziele und Forderungen zu mobilisieren, eindeutig unter Beweis gestellt wurde. Die neue Beweglichkeit, an der sich während einer fast achtwöchigen Dauer fast 3 Millionen Arbeitnehmer aus der Metallindustrie beteiligt hatten, hat ein hohes Maß an gewerkschaftlicher Disziplin, an gewerkschaftspolitischer und politischer Einsichtsfähigkeit, an Opferbereitschaft und Einsatzbereitschaft der Mitglieder und Funktionäre der IG Metall unter Beweis gestellt (...).

8. Noch stärker als bei der Sicherung und Verbesserung der Einkommen der Arbeitnehmer wird die IG Metall in den kommenden Jahren bei der Durchsetzung ihrer tarifpolitischen Ziele

- Verkürzung der Arbeitszeit,
- Humanisierung der Arbeitsbedingungen und
- Verwirklichung neuer Entlohnungsgrundsätze und Entlohnungsrelationen

auf die zusätzlich gewonnenen tarifpolitischen Handlungsmöglichkeiten angewiesen sein. Dabei soll und wird die Neue Beweglichkeit weder Streikersatz noch auch nur Vor- und Begleitform zum Flächenstreik sein. Der gewerkschaftliche Flächenstreik in einem oder mehreren Tarifgebieten nach Urabstimmung (Erzwingungsstreik) ist und bleibt das letzte Mittel zur Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen, zur Verwirklichung von Arbeitnehmerinteressen und zur Abwehr unternehmerischer Willkür. Die Neue Beweglichkeit soll aber auch nicht nur als Vorstufe zu einem Streik oder als Begleitform zu einem Flächenstreik in einem Tarifgebiet angesehen und praktiziert werden. Sie ist – dies haben die Erfahrungen der zurückliegenden Tarifbewegung gezeigt – ein selbständiges Instrument, eine eigenständige tarifpolitische Handlungsmöglichkeit zur Durchsetzung von Arbeitnehmerinteressen und gewerkschaftlichen Forderungen.

9. Die Neue Beweglichkeit setzt ein hohes Maß an gewerkschaftlicher Disziplin, Opfer- und Einsatzbereitschaft sowie Einsicht in politische und gewerkschaftspolitische Zusammenhänge voraus. Die Beteiligung von fast 3 Millionen Arbeitnehmern an den nahezu acht Wochen dauernden Aktivitäten hat bewiesen, daß Mitglieder und Funktionäre der IG Metall über die genannten Fähigkeiten verfügen. Über den unmittelbaren tarifpolitischen Erfolg hinaus verändert die Praxis der Neuen Beweglichkeit das politische Bewußtsein der Arbeitnehmer. Tarifauseinandersetzungen finden nicht in Verhandlungen zwischen „anonymen Verbandsfunktionären“ beider Seiten statt; die Mitglieder werden unmittelbar in die Tarifauseinandersetzung einbezogen und identifizieren sich sichtbar mit den Zielen und Forderungen ihrer Gewerkschaft. Damit trägt die Neue Beweglichkeit mittelfristig dazu bei, gewerkschaftspolitisches Bewußtsein zu verändern und gewerkschaftliches Handeln zu verbessern.

Dr. Henner Wolter (Justitiar der IG Druck und Papier):

„Gewerkschaftliche Aktionen“

1. Die Aussperrungsurteile des BAG vom 10. Juni 1980 schließen Vernichtungsaussperrungen nicht aus.

2. Die Gewerkschaften müssen deshalb weiterhin auf einem ausdrücklichen gesetzlichen Aussperrungsverbot bestehen. Solange die Aussperrung noch nicht ausdrücklich verboten ist, kommt es darauf an, den Unternehmern das Aussperren so schwer wie möglich zu machen und soweit wie möglich zu verleidern.

3. In der Arbeitskampftaktik und in der gewerkschaftlichen Betriebsarbeit sind deshalb bei künftigen Tarifkonflikten von den betroffenen Gewerkschaften vor allem die folgenden Maßnahmen zu ergreifen:

a) Die Mitgliedschaft ist auf den sich abzeichnenden Tarifkonflikt langfristig vorzubereiten durch Arbeitskampfschulungen und durch praktischen Erfahrungsaustausch über bereits stattgefundene betriebliche Auseinandersetzungen. Außerdem ist die jeweilige Tarifforderung genau zu begründen und in der Mitgliedschaft fest zu verankern.

b) Vor einer Aussperrung kommt es im Tarifkonflikt vor allem darauf an:

- die Auseinandersetzung zu politisieren und die Betroffenen zu mobilisieren;
- die Rechte aus dem einzelnen Arbeitsvertrag koordiniert und vollständig auszuschöpfen;
- die Rechte aus dem BetrVG voll zu nutzen;
- befristete Warn- und Proteststreiks durchzuführen;
- statt der Taktik des „befestigten Teilstreiks“ die breiteste Anwendung der Taktik des Wechselstreiks zu folgen.

c) Während einer Aussperrung ist auf folgendes zu achten:

- die Solidarität der Betroffenen untereinander und mit Gewerkschaftern, Gewerkschaften und Institutionen außerhalb des gewerkschaftlichen Bereiches zu sichern;
- unter Umständen eine Betriebsbesetzung als Antwort auf eine Aussperrung durchzuführen;

– in der Öffentlichkeitsarbeit die Aussperrung massiv als moralisches Unrecht zu geißeln und die Öffentlichkeit auf diesen Skandal aufmerksam zu machen.

d) Nach einer Aussperrung kommt es darauf an:

– nicht zur Tagesordnung überzugehen und so zu tun, als sei nichts gewesen; der politisch-moralische Skandal der Aussperrung hat eine vom Unternehmer zu verantwortende lang andauernde Störung des Betriebsfriedens zur Folge;

– deshalb sind auch keinerlei Geschenke an den Unternehmer angebracht; die Rechte aus dem einzelnen Arbeitsvertrag und aus dem BetrVG sind soll auszuschöpfen;

– in der betrieblichen und gewerkschaftlichen Öffentlichkeit ist die Aussperrung als das zu geißeln, was sie ist.

4. Für sämtliche Aktionen und Phasen des Kampfes gilt:

– es ist die stärkstmögliche Verknüpfung von Tarifpolitik und gewerkschaftlicher Betriebsarbeit durchzusetzen; ein Tarifkonflikt muß Sache der ganzen Organisation werden; die Mitgliedschaft muß auf das genaueste in das Tarifgeschehen einbezogen werden;

– nicht nur die Mobilisierung der Betroffenen ist zu gewährleisten, sondern die Auseinandersetzung muß politisiert werden;

– die Aktionen sind dezentral und je nach den örtlichen Gegebenheiten phantasievoll und schöpferisch bei gleichzeitiger größtmöglicher zentraler Koordination und Folgebereitschaft durchzuführen, etwa nach dem „ABC der Aktionen“;

– es ist eine umfassende Öffentlichkeitsarbeit zu leisten, die nicht nur die Mitgliedschaft in der eigenen Gewerkschaft, sondern auch die der anderen Gewerkschaften und der Öffentlichkeit ganz allgemein einbezieht und der Unternehmerpropaganda entgegtritt;

– mit Hilfe dieser Öffentlichkeitsarbeit ist die Verbindung zu Einzelpersonalkeiten, politischen Parteien, Organisationen (Kirchen usw.) je nach den örtlichen und regionalen Besonderheiten herzustellen;

– im eigenen Organisationsbereich sind die Familien sowie alle Gewerkschaftsgliederungen einzubeziehen;

– der gesamte Konflikt ist auf das genaueste zu protokollieren;

– es hat ein umfassender Erfahrungsaustausch innerhalb der betroffenen Gewerkschaft und mit anderen Gewerkschaften stattzufinden.

5. Insbesondere wichtig ist die Taktik des befristeten Wechselstreiks, je nach den betrieblichen und örtlichen Besonderheiten und in Abstimmung mit der zentral verantwortlichen Streikleitung.

Herbert Mai (stellv. Landesbezirksvorsitzender der Gewerkschaft ÖTV)

„Arbeitskampfrecht im öffentlichen Dienst“

1. Arbeiter und Angestellte im öffentlichen Dienst haben die uneingeschränkte Koalitionsfreiheit und damit das Streikrecht. Dieses Recht ist verfassungsmäßig nach Artikel 9 Abs. 3 Grundgesetz garantiert. Arbeiter und Angestellte im öffentlichen Dienst haben keinen besonderen Charakter ihres Arbeitsverhältnisses. Es ist privatrechtlich gestaltet. Für sie ergibt sich damit kein Unterschied zum privaten/gewerblichen Bereich. Die Beschränkungen des Arbeitskampfrechts beziehen sich nur im Rahmen der allgemeinen Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts.

2. Die „herrschende Lehre“ und die bisherige Rechtsprechung verneinen das Streikrecht der Beamten. Es wird argumentiert, daß Beamte nach Artikel 33 Abs. 4 und 5 ein besonderes Dienst- und Treueverhältnis eingegangen seien. Aufgrund dieses besonderen Rechtsverhältnisses würden Beamte zu ihrem Arbeitgeber Staat eine gesonderte Treuepflicht haben, die das Streikrecht ausschließt. Artikel 33 des Grundgesetzes mit den formulierten hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtenums habe Vorrang vor Artikel 9 (Koalitionsfreiheit) und Artikel 5 (Meinungsfreiheit). Beamte können daher nach dieser Auffassung durch Arbeitskampf ihre sozialen Bedingungen nicht verbessern und entsprechende Forderungen auch auf diesem Wege nicht durchsetzen. Ihre Bedingungen sollen sich nach der Rechtsprechung nur einseitig durch Gesetz festlegen lassen. Die „Alimentierung“ würde den Beamten garantieren, daß sie eine angemessene Bezahlung und angemessene Arbeitsbedingungen erhalten. Die herrschende Lehre und die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts beziehen diese Auffassung auch auf streikähnliche Aktionen, da sie die Funktionsfähigkeit des Berufsbeamtenums behinderten.

3. Zunehmend bestehen Ansätze in der Wissenschaft, die dieser Lehre widersprechen. Diese Auffassung geht davon aus, daß Artikel 9 Abs. 3 Vorrang vor Artikel 33 Abs. 5 Grundgesetz habe. Die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtenums

können in keinem Fall aufgrund der Zielsetzung des Grundgesetzes ein Streikverbot für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes im Beamtenverhältnis bedeuten. Die Koalitionsfreiheit sei ein Grundrecht, welches nicht eingeschränkt werden dürfe. Die klassische Abgrenzung, Beamte seien nur in hoheitlichen Funktionen tätig, könne im übrigen so nicht mehr vorgenommen werden. Die Entwicklung des öffentlichen Dienstes habe dazu beigetragen, daß es eine klare Abgrenzung zwischen hoheitlichen Funktionen und reinen Dienstleistungsfunktionen in vielen Bereichen nicht mehr gibt. Damit sei auch die Gesamtgrundlage der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtenums nicht mehr existent. Beamte müßten ebenso wie alle übrigen Arbeitnehmer ein Recht darauf haben, soziale Regelungen notfalls durch Arbeitskampfmaßnahmen zu erstreiten. Untermauert wird diese Auffassung durch Artikel 6 Abs. 4 der Europäischen Sozialcharta, die allen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ein Streikrecht gibt. Die Europäische Sozialcharta ist vom Bundestag ratifiziert worden, wenn auch in diesem Punkt unter Vorbehalt.

4. Unzulässig ist in jedem Fall der Streikbrechereinsatz von Beamten. Damit würde das uneingeschränkte Koalitionsrecht der Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes unterlaufen. Beamte besitzen in diesem Fall ein Widerstandsrecht, wenn sie zu Streikbrecherarbeiten herangezogen werden sollen.

5. Die Frage des Arbeitskampfes im öffentlichen Dienst kann nicht nur rechtlich betrachtet werden. Ein Arbeitskampf bzw. ein Streik ist immer auf ein Ziel ausgerichtet. Es ist das letzte Mittel, berechtigte Forderungen der Arbeitnehmer durchzusetzen. Soziale Konflikte zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern treten auch im öffentlichen Dienst wie in allen übrigen Bereichen auf. Die Interessen der Arbeitnehmer an optimalen sozialen Bedingungen stehen den Interessen der Arbeitgeber an Gewinnen oder kostengünstigen Abläufen ohne Rücksicht auf die Arbeitnehmer entgegen. Dieser permanent bestehende Konflikt geht einmal mehr im Interesse der Arbeitnehmer und einmal mehr im Interesse der Arbeitgeber aus, je nachdem, wie die Machtverhältnisse verteilt sind. Da die Arbeitnehmer als einzige Waffe nur die Verweigerung ihrer Arbeitskraft haben, dies gilt auch für den Bereich des öffentlichen Dienstes, sind sie gezwungen, notfalls zur Durchsetzung ihrer Interessen zu streiken. Ist dieses Streikrecht eingeschränkt, ist ihre einzige Waffe stumpf, und die Arbeitgeber setzen sich durch. Auf diesem Hintergrund muß auch die Frage des Beamtenstreiks diskutiert werden. In letzter Zeit mehren sich Diskussionen der Arbeitgeber, unterstützt von konservativen Politikern, allen Arbeitnehmern im öffentlichen Dienst das Arbeitskampfrecht zu nehmen oder zu beschneiden (...).

Lorenz Schwegler (Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der Gewerkschaft HBV)

„Gemeinsames Vorgehen gegen Unternehmerinteressen“

1. Zur Sicherung des materiellen Lebensstandards der Arbeitnehmer, zur Verteidigung von Arbeitsplätzen sowie zur Weiterentwicklung der Arbeitsbedingungen sind die Gewerkschaften angesichts einer anhaltenden wirtschaftlichen Krise und einer damit verbundenen Verschärfung des Verteilungskampfes stärker noch als in früheren Jahren auf die Waffe des Streiks angewiesen. Demgegenüber unternehmen die Arbeitgeber – veranlaßt und begünstigt durch die Krisensituation – verstärkte Anstrengungen, durch Massenaussperrungen sowie durch Verbotsprozesse gegen Warn- und Sympathiestreiks das gewerkschaftliche Streikrecht zu untergraben. Damit wollen sie die Arbeitnehmer entwaffnen und die Lasten der Krise möglichst weitgehend auf die Arbeitnehmer abwälzen.

2. Verteidigung und Ausbau des Streikrechts sind unverzichtbare Voraussetzungen für gewerkschaftliche Erfolge; der Kampf um das Streikrecht muß deshalb gemeinsame Sache aller DGB-Gewerkschaften sein. Ebenso sind Aussperrungen – auch wenn sie auf einzelne Tarifbereiche beschränkt bleiben – ein Angriff auf die Existenz der Gewerkschaften insgesamt.

Dies gilt insbesondere im Zeichen der verstärkten Zentralisierung der Tarifpolitik durch die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und der damit verbundenen Blockadepolitik, die sich zum jeweiligen Thema gegen alle Gewerkschaften richtet. Aussperrungen sind deshalb von allen Gewerkschaften durch gemeinsame Aktionen solidarisch zu bekämpfen.

3. Die entscheidende Kraft im Kampf um das Streikrecht und gegen die Aussperrung müssen die Gewerkschaften selbst sein. Gerichtliche Auseinandersetzungen und die Einwirkung auf politische Parteien mit dem Ziel des Verbots oder der Einengung der Aussperrung sind zwar notwendig; bei realistischer Betrachtung steht jedoch fest, daß die rechtliche Achtung der Aussperrung unter gegenwärtigen Bedingungen von den politischen und staatlichen Instanzen nicht in dem erforderlichen Umfang zu erwarten ist. Die rechtliche Achtung kann deshalb nicht die Voraussetzung, sondern nur das Ergebnis der politischen Überwindung der Aussperrung sein.

4. Im politischen Kampf der Gewerkschaften für Streik und gegen Aussperrung gibt es keine schnell und einfach wirkenden Wundermittel. Notwendig ist, mit langem Atem und unter möglichst breiter Aktivierung den Kampf um Streik und Aussperrung konkret zu führen: Der Kampf um das Streikrecht ist nur dann zu gewinnen, wenn Solidarität mit konkreten Streiks, ihren Zielen und den gewählten Kampfmitteln besteht. Die Aussperrung ist generell nur dann zu überwinden, wenn im konkreten Fall eine breite Ablehnung nicht nur der „Aussperrung an sich“, sondern der konkreten Aussperrungsaktion und des konkreten Aussperrungsziels erreicht werden kann.

5. Streik- und aussperrungs„verdächtige“ Tarifbewegungen sind im Zeitalter der BDA-Zentralisierungs- und -Aussperrungsstrategie von den zuständigen Gewerkschaften von vornherein so anzulegen, daß im Zeitpunkt möglicher Aussperrungen die Solidarität nicht nur im jeweiligen Tarifbereich, sondern in dem erforderlichen Gesamtumfang sichergestellt ist; bei größeren Auseinandersetzungen macht dies von Anfang an eine Einbeziehung der Gesamtorganisation erforderlich. Es muß bei der unmittelbar kämpfenden Gewerkschaft ebenso wie in den nicht unmittelbar betroffenen Gewerkschaften das Verständnis bestehen, daß es im konkreten Konflikt um eine stellvertretende Auseinandersetzung der Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit geht. Daraus folgt:

a) notwendige frühzeitige Information des DGB und der anderen DGB-Gewerkschaften über die anstehenden Auseinandersetzungen durch die zuständige Gewerkschaft;

b) ggf. Abstimmung innerhalb des DGB unter politischen und kampftaktischen Gesichtspunkten über die Auswahl des Streikbereichs; dies muß vor allem für Vorreiter-Auseinandersetzungen gelten – z. B. um Arbeitsbedingungen und Arbeitszeitregelungen;

c) Sicherung der Solidarität durch frühzeitige und breite Information nicht nur der arbeitskampfbetroffenen Gewerkschaft, sondern der Gesamtorganisation über die verfolgte tarifpolitische Zielsetzung, ihre Berechtigung und ihre Bedeutung für die betroffenen Arbeitnehmer sowie für die Arbeitnehmer der anderen Tarifbereiche; außerhalb des engeren Tarifbereiches muß bewußt sein, daß die im Arbeitskampf stehenden Gewerkschafter stellvertretend für viele, wenn nicht sogar für alle Arbeitnehmer fordern, kämpfen und ggf. auch Einbußen hinnehmen.

d) Kein öffentliches Austragen von gewerkschaftlichen Meinungsverschiedenheiten über Forderungen und Kampftaktik während der Auseinandersetzung; statt dessen Abstimmungsdiskussionen vorher und kritische Aufarbeitung anschließend.

6. Wichtiger noch als Unterstützung bei Streik und Aussperrung ist die „vorbeugende“ Entwicklung solidarischen Drucks zur Verhinderung von Aussperrungen; wenn die Arbeitgeberverbände wissen, daß nicht nur die Aussperrung „an sich“, sondern auch das konkrete Aussperrungsziel auf den geschlossenen und aktiven Widerstand aller Gewerkschaften

stößt, ist für sie das mit Aussperrungen stets verbundene politische Risiko (Zerstörung sozialpartnerschaftlicher Vorstellungen / Verstärkung der prinzipiellen Kritik an der kapitalistischen Wirtschaft) größer, als wenn es ihnen gelingt, die kämpfende Gewerkschaft zumindest in der Sache zu isolieren oder Teile der Gewerkschaftsbewegung in der Auseinandersetzung zu neutralisieren. „Differenzierte Stellungnahmen“, wie es sie bei zurückliegenden Auseinandersetzungen gegeben hat (Mißbilligung der Aussperrung bei gleichzeitiger Infragestaltung des Streikziels) sind im politischen Kampf der Gewerkschaften keine weiterführende Unterstützung.

7. In der Arbeitskampfsituation muß es Aufgabe der nicht unmittelbar betroffenen Gewerkschaften sein, finanzielle, publizistische und organisatorische Unterstützung zu leisten.

a) Als Formen finanzieller Unterstützung kommen in erster Linie – was die materielle Wirksamkeit betrifft – in Betracht:

– Aufstockung des DGB-Solidaritätsfonds;

– unmittelbare Unterstützungsleistungen von Gewerkschaftsvorstand zu Gewerkschaftsvorstand.

Beide Formen können eine erhebliche Hilfe sein, werden jedoch bei langwierigen und breiten Aussperrungsaktionen nicht ausreichen, um ein finanzielles Ausbluten abzuwenden; der solidarische Kampf gegen die Aussperrung erfordert deshalb zusätzliche Formen der Unterstützung. Weniger materielle Wirksamkeit, dafür aber eine erhebliche politische Mobilisierungsfunktion, hat die Durchführung von Solidaritätssammlungen unter den Mitgliedern der sich solidarisierenden Gewerkschaften sowie ggf. auch in der Öffentlichkeit. Als Aktivierungsinstrument sind entsprechende Formen der finanziellen Unterstützung in jedem Fall breit anzuwenden.

b) Die publizistische Unterstützung streikender bzw. von der Aussperrung betroffener Gewerkschaften muß bereits im Vorfeld des Arbeitskampfes beginnen; in der Arbeitskampfsituation ist diese Informationsarbeit des DGB und aller Einzelgewerkschaften nachhaltig zu vertiefen; Gewerkschaftspresse, öffentliche Erklärungen und Aktionen sowie Flugblätter sind hierfür die wesentlichen Instrumente.

Neben den Informationen der streikenden Gewerkschaft und den in aller Regel von dieser Gewerkschaft selbst für die „Öffentlichkeit“ erstellten Flugblättern, sind sehr viel stärker als bisher praktiziert, Solidaritäts-Schriften sowie -Informationen der nicht unmittelbar streikenden bzw. ausgesperrten Gewerkschaften des DGB erforderlich.

c) Als Mittel der organisatorischen Unterstützung sind zunächst in aller Breite zu nutzen:

– alle gewerkschaftlichen Informations- und Verteilwege zur Verdeutlichung des gewerkschaftlichen Standpunkts zu Streik und Aussperrung sowie vor allem zu dem aktuellen Gegenstand der Auseinandersetzung;

– Betriebs- und Personalversammlungen / Leserbriefe / Resolutionen;

– Befragung von Bundestags- und Landtagsabgeordneten, von Bundes-, Landes- und Ortsgeschäftsstellen der Parteien zum Thema „Streik und Aussperrung“ ebenso wie zur konkreten Auseinandersetzung;

– Durchführung von Sympathiedemonstrationen, -Kundgebungen und -Streiks.

Alle diese Instrumente dienen letztlich dem Kampf um die öffentliche Bewertung des Arbeitskampfes; sie sind insofern zwar eine wichtige Unterstützung, bedeuten jedoch keine Maßnahme, um die Arbeitgeber zur Aufhebung der Aussperrung zu zwingen; dafür wären weitergehende Aktionen erforderlich.

8. Der Solidaritätsstreik wurde in der Bundesrepublik bisher lediglich als Warnstreik praktiziert. Erfahrungen mit einem Solidaritätserzwangsstreik liegen nicht vor (...).

Kommunisten und gewerkschaftliche Autonomie

Das IMSF veranstaltete am 27./28. Februar 1982 eine Tagung zu den historischen Quellen und aktuellen politischen Problemen der Einheitsgewerkschaft (vgl. Bericht in NACHRICHTEN 4/82). Die Referate dieser Tagung von Prof. Josef Schleifstein (zu den historischen Quellen und politischen Grundlagen der Bildung von Einheitsgewerkschaften nach 1945), von Prof. Frank Deppe (Die Funktion der Einheitsgewerkschaft und der Kampf um eine gesellschaftliche Neuordnung nach 1945) und von Ludwig Müller / Präsidium der DKP / und Klaus Pickshaus / IMSF (Aktuelle Probleme der Einheitsgewerkschaft und gewerkschaftlicher Klassenpolitik) werden im vollen Wortlaut zusammen mit einer umfangreichen Dokumentation und Bildern im NACHRICHTEN-Verlag bis zur Buchmesse erscheinen. Angesichts der aktuellen gewerkschaftlichen Orientierungsdiskussion dokumentieren wir aus dem Referat von L. Müller / K. Pickshaus einige Aussagen zur Haltung der Kommunisten zu gewerkschaftlicher Autonomie und neuen Anforderungen an eine Klassenpolitik.

Der Kern der inhaltlichen Auseinandersetzungen um die Gewerkschaftsgeschichte dreht sich letztendlich immer um die Frage, ob eine auf Sozialpartnerschaft mit dem Kapital oder auf eine selbständige und konsequente Vertretung der Klasseninteressen gerichtete Politik die richtige und auf Dauer erfolgversprechende ist. Das ist auch die Kernfrage, vor der angesichts der neuen Herausforderungen durch die Krisenpolitik die Gewerkschaften heute stehen.

Interessierte antikommunistische Kreise versuchen in den letzten Jahren, den Beitrag von Kommunisten und anderen klassenorientierten Gewerkschaftern an der Entwicklung der Einheitsgewerkschaft und der Erarbeitung einer autonomen Klassenpolitik als Taktik der „Unterwanderung“ zu diffamieren, bzw. der Einheitsgewerkschaft von vornherein eine sozialpartnerschaftliche Grundlage zu unterschieben. Wenn wir unsere grundsätzliche Position zum Verständnis von gewerkschaftlicher Autonomie darlegen, so ist das als ein Beitrag zur Lösung der heutigen Aufgaben aufzufassen. Unter anderem gehört dazu folgender Gesichtspunkt:

Autonome Klassenpolitik unter den heutigen Bedingungen schließt ein, daß gewerkschaftliche Interessenvertretung nicht auf Lohnfragen beschränkt bleiben kann. Gewerkschaften sind schon längst keine „Lohnmaschinen“ mehr, sondern eine wirtschaftliche, soziale und auch politische Bewegung, ohne daß sie – wie dies von reaktionärer Seite oft unterstellt wird – damit zu einer „Ersatzpartei“ werden. Die Vertretung der Arbeits- und Lebensinteressen erfordert unter den heutigen gesellschaftlichen Bedingungen, den Strukturen des staatsmonopolistischen Kapitalismus, neben tarifpolitischen Aktivitäten auch die Einflußnahme auf staatliche Entscheidungen. Lohnentwicklung und Arbeitsbedingungen werden durch die Wirtschafts- und Technologiepolitik ebenso beeinflußt, wie die allgemeinen Lebensbedingungen durch die Sozialpolitik, den Umweltschutz und andere staatliche Maßnahmen. Nicht zuletzt der staatliche Sozialabbau und die Bedrohung der Montanmitbestimmung erfordern zur Wahrnehmung der ureigenen gewerkschaftlichen Aufgaben das politische Eingreifen, die Entwicklung von Gegenmacht und den Kampf um die Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse.

Aber nicht schon die Aufstellung umfangreicher Forderungsprogramme auf all diesen Gebieten durch die Gewerkschaften, deren klassenmäßiger Inhalt zumal oft unbestimmt bleibt, charakterisiert eine autonome Politik. Dies etwa zeigt das Schicksal der Forderungen des DGB nach beschäftigungspolitischen Maßnahmen, bei denen sich die „Durchsetzungsinstru-

mente“ mehr oder weniger auf „vertrauliche Gespräche“ mit Parteien und Regierung und auf Pressekonferenzen beschränken. Entfaltung von Autonomie würde bedeuten, daß die Gewerkschaften auch eigenständige, an den Klasseninteressen orientierte politische Konzeptionen entwickeln und ihre Kraft zu deren Durchsetzung auch gegenüber dem Staat einzusetzen.

Während viele Politiker der CDU/CSU, wie z. B. Norbert Blüm, der sich zumeist als Gewerkschaftsfreund gibt, in dieser Entwicklung eine drohende gewerkschaftliche „Allzuständigkeit“ sehen oder sogar einen „Gewerkschaftsstaat“ beschwören, hat eine autonome Klassenpolitik dieser objektiven politischen Funktionserweiterung der Gewerkschaften Rechnung zu tragen. Herbert Mies sagt dazu in der Schrift „DKP und Gewerkschaften“: „Wir verstehen unter gewerkschaftlicher Autonomie nicht nur die Unabhängigkeit von Parteien, Staat und Unternehmen, sondern auch – im Vergleich zu früheren historischen Perioden betrachtet – eine Funktionserweiterung der Gewerkschaften, die sich aus den heutigen gesellschaftlichen Strukturen ergibt. In diesem Sinne sind wir Kommunisten dafür, daß die Gewerkschaften eine eigenständige, eine noch größere Rolle als politische Kraft in der Wahrnehmung ihrer gesellschaftlichen Gestaltungsfunktion einnehmen – ohne jämmerliche Gängelung und Bevormundung durch politische Parteien oder die Regierung“ (Seite 15/16).

Trotz der spezifischen Aufgaben, die im politischen und ideologischen Bereich politische Parteien wahrnehmen und trotz der weitergehenden gesellschaftspolitischen Ziele, die eine kommunistische Partei verfolgt, kann auf dieser Grundlage das Verhältnis zwischen Parteien und Gewerkschaften offensichtlich nicht das einer traditionellen „Arbeitsteilung“ zwischen ökonomischen und politischen Aufgaben sein, wie dies für frühere Perioden der Arbeiterbewegung typisch war. Nicht also eine „kurze“ oder „lange“ Leine – wie Heinz Oskar Vetter behauptete –, sondern ein „partnerschaftliches Zusammenspielen der gewerkschaftlichen mit der politischen Arbeiterbewegung“ streben die Kommunisten an (DKP-Programm). Daran kann auch ihre Praxis gemessen werden ...

Probleme der Gegenwehr

Angesichts der neuen Herausforderungen für die Gewerkschaften steht im Vordergrund der oft kontroversen Diskussion die Frage nach den Gegenstrategien der Klassenorganisation. Kernpunkt ist die Entscheidung, ob die Suche nach einer neuen Grundlage für den sozialpartnerschaftlichen Kompromiß das wichtigste Ziel sein soll oder die kämpferische Betonung der Klasseninteressen unabhängig von den Profitbedürfnissen des Kapitals und der hieran orientierten staatlichen Politik, also eine autonome Gewerkschaftspolitik. Das Grundsatzprogramm des DGB gibt hierauf viele Antworten. Es ist jedoch nicht zu übersehen, daß eine der neuen Lage entsprechende Strategie der Gewerkschaften erst in Ansätzen vorhanden ist. Man kommt dabei auch nicht herum, die politischen Widerstände zu benennen.

Dazu gehören sicherlich die nicht wirkungslos gebliebenen Kampagnen der Unternehmerverbände und der bürgerlichen Presse, mit der inszenierten Scheindiskussion über eine angebliche „kommunistische Unterwanderung“ von den eigentlich realen und brennenden Problemen abzulenken und die klassenorientierte Strömung in den Gewerkschaften zu schwächen.

Dazu gehören auch die Versuche, den Gewerkschaften eine Sozialpartnerschaft neuer Art anzubieten. Ergebnis einer solchen Sozialpartnerschaft wäre allerdings – im Gegensatz zu den materiellen und sozialpolitischen Verbesserungen der 50er und 60er Jahre – die Hinnahme von Massenarbeitslosigkeit, Reallohnabbau und sozialer Demontage. Die Mißachtung der Mitgliederinteressen muß also als „Sachzwang“ akzeptiert werden. Daß eine solche „Sozialpartnerschaft auf schmälerer Basis“ von Kräften im DGB akzeptiert wird, liegt zum Teil sicherlich an dem Bestreben, die SPD-geführte Bundesregierung zu schonen, um der herrschenden Klasse keinen Anlaß zu deren Sturz zu liefern.

Eine Gegenstrategie zur Krisenpolitik erfordert unter den heutigen Bedingungen die Bereitschaft zur politischen Mobilisierung. Wollen die Gewerkschaften nicht wie am Ende der Weimarer Republik die staatliche Sozialdemontage tolerieren, so ist der politische Widerstand und die Verteidigung der sozialen Lebensinteressen eine unabdingbare Notwendigkeit. Demonstrationen wie die der 70 000 in Stuttgart im Herbst 1981 zeigen die Möglichkeit einer solchen breiten Mobilisierung.

Auch auf lohnpolitischem Gebiet sind Erfolge in der Krise, wenn der ökonomische Kampf in die Defensive gedrängt wird, nur noch möglich, sofern die Gewerkschaften die sozialen Auseinandersetzungen – wie zum Teil bei der „neuen Beweglichkeit“ der IG Metall geschehen – stärker politisieren. Ein besonderes Gewicht wird die beschäftigungspolitische Strategie der Gewerkschaften erhalten, die mit dem Kampf gegen alle Arbeitsplatzvernichtungsmaßnahmen beginnt, die konsequente Vertretung der Arbeitslosen durch die Gewerkschaften und die enge Zusammenarbeit mit Arbeitsloseninitiativen einschließt und sich auf den Kampf um gesellschaftlich wirkungsvolle beschäftigungspolitische Maßnahmen – in erster Linie einer Arbeitszeitverkürzung – konzentrieren sollte. Da gerade bei krisenhaften Entwicklungen nicht die Interessen einzelner Gruppen, sondern die grundlegenden Interessen aller abhängig Beschäftigten im Mittelpunkt stehen müssen, kann die Forderung nach der allgemeinen 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich der Kristallisierungspunkt einer autonomen Gewerkschaftspolitik der 80er Jahre sein.

Die bisherigen Erfahrungen auf allen diesen Kampfgebieten zeigen, daß echte Erfolge heute nicht mehr möglich sind, wenn eine Politisierung der Lernprozesse in den Auseinandersetzungen unter Einschluß der gesellschaftlichen Konsequenzen, eine Entwicklung zu höheren Stufen der Verallgemeinerung der Interessen und deren Umsetzung im konkreten Kampf blockiert wird.

Die Stellung gegenüber der Politik der Bundesregierung ist derzeit einer der umstrittensten Konfliktpunkte in der gewerkschaftlichen Strategiediskussion. Nach Meinung der FAZ sind „die Gewerkschaften nach wie vor des Kanzlers zuverlässigste Stützen. Sie helfen ihm sogar, bei den Themen Nachrüstung und Kernenergie.“ Nach Ansicht vieler Gewerkschafter ist es doch nicht die Aufgabe gewerkschaftlicher Politik, Stütze irgendeiner Regierung, sondern eine zuverlässige Stütze für die Verteidigung der Interessen der Arbeiter und Angestellten zu sein. Während manche bei der Kritik an den sozialreaktionären und entspannungsfreindlichen Tendenzen in der Regierungspolitik die „Kirche im Dorf“ lassen wollen, ist die Formierung des Widerstandes auf vielen Ebenen unübersehbar.

Das Bestreben, wirksamen kämpferischen Druck auf die Regierung zu vermeiden, um die Koalition nicht zu gefährden, macht vor allem die Gewerkschaften zunehmend erpreßbar. Die Herausforderungen, die mit der unternehmerischen Strategie der 80er Jahre verbunden sind, können nicht angenommen werden, solange die einzige wirksame Kampfinstrumente der Gewerkschaften – die Mobilisierung der Mitglieder – aus politischen Gründen nicht konsequent eingesetzt werden.

Einheit der Widerstandskräfte zur Krisenpolitik ist notwendig

Zur Verteidigung der gewerkschaftlichen Einheit und der Autonomie sind die Gewerkschaften angesichts der neuen Kampfbedingungen gezwungen, bisherige Inhalte und Muster ihrer Politik neu zu überdenken. Das trifft in erster Linie auf die Entwicklung autonomer Positionen gegenüber der Regierung zu sowie allgemein auf das Verhältnis zu den „bestehenden Besitz- und Machtverhältnissen“ in der Bundesrepublik, die offensichtlich die Krisen produzieren. Dies trifft aber auch auf das praktische Verhältnis der Gewerkschaftsbewegung zu den inzwischen zahlreichen und starken sozialen wie politischen Protestbewegungen zu, in denen wichtige Lebensinteressen der arbeitenden Bevölkerung aufgegriffen und verteidigt werden.

Würden sich die Gewerkschaften an die Politik der Bonner Parteien in ihrer bisherigen Form binden, würde dies auf keinem wichtigen Kampffeld mehr die konsequente Verteidigung der Interessen der Lohnabhängigen erlauben. Dies bringt die Gewerkschaftsbewegung darüber hinaus in die Gefahr, sich von den angesprochenen Kämpfen für demokratischen und sozialen Fortschritt außerhalb des betrieblichen Bereichs zu isolieren. Dieses Problem stellt sich derzeit am schärfsten bei der Frage Krieg oder Frieden, bei dem Verhältnis von Gewerkschaften und Friedensbewegung.

Zur Zeit geht von den außerparlamentarischen Massenbewegungen auf den Gebieten der Friedens-, Energie- und Ökologiepolitik, aber zunehmend auch in der Abwehr der staatlichen Rotstiftpolitik, eine große politische Dynamik aus, die das politische Klima verändert und auch wichtige Impulse in die Gewerkschaftsbewegung gibt. Weder aus historischer Sicht noch angesichts der komplizierten neuen Anforderungen gibt es für die Gewerkschaften irgendeinen Grund, einen Standpunkt der Distanzierung einzunehmen oder den neuen sozialen und politischen Bewegungen schulmeisterlich gegenüberzutreten.

Zweifellos ist bei zahlreichen, vor allem jugendlichen Anhängern der neuen Bewegung eine kritische Distanz oder sogar Ablehnung der Gewerkschaften zu beobachten. Dies ist aber auch eine Reaktion darauf, wie sich die offizielle Gewerkschaftspolitik diesen Problemen stellt. Verbote für die DGB-Jugend, sich am Friedensmarsch in Bonn zu beteiligen oder die jüngst erlebten Vorgänge bei der gewerkschaftseigenen „Neuen Heimat“, die eine Unterscheidung zu den üblichen Praktiken kapitalistischer Konzerne schwer macht, sind nicht geeignet, unter den Jugendlichen einschließlich der Arbeiterjugend die Attraktivität der Gewerkschaften zu erhöhen.

Ein noch größeres und konsequentes Engagement von Arbeitervertretern und Gewerkschaften in der Friedensbewegung hingegen entspräche nicht nur den politischen Notwendigkeiten, es würde auch die erforderliche Zusammenarbeit aller Kräfte gegen den Rüstungskurs fördern. In dem Maße, in dem die Gewerkschaften sich als Kraftzentrum in Aktionen für die Friedenssicherung, gegen den Sozialabbau und zur Verteidigung der Lebensinteressen erweisen, wächst auch ihre Ausstrahlungskraft.

Wir wissen aus der Geschichte, daß von außerparlamentarischen Massenbewegungen wie der Anti-Notstands-Kampagne und der Ostermarschbewegung, an denen ja immer viele Gewerkschafter beteiligt waren, auch wichtige politische Impulse für die Gewerkschaftsbewegung ausgingen, und daß andererseits das selbständige Auftreten der Arbeiterklasse in Aktionen wie z. B. 1969 in den Septemberstreiks die Lernprozesse der Jugend- und Studentenbewegung maßgeblich beeinflußt haben.

Eine Bündelung und Zusammenführung der sich vielerorts zeigenden Kampfbereitschaft wird die Aufgabe klassenorientierter Politik der nächsten Zeit sein. Es zeigt sich auch, daß die Einstellung auch der Gewerkschaften auf die neuen Anforderungen und Widersprüche ein komplizierter Lernprozeß ist, der sich nicht ohne Konflikte vollzieht. Wollen die Gewerkschaften ihren Anforderungen gerecht werden, kann die Alternative nur die Stärkung einer autonomen, klassenorientierten Politik sein.

Sowjet-Gewerkschaften: Aus der Breschnew-Rede

Der vom 16. bis 20. März 1982 in Moskau stattgefundene XVII. Kongreß der Gewerkschaften der UdSSR hat in aller Welt große Beachtung gefunden. Fast totgeschwiegen hat dieses Ereignis von mehr als 130 Millionen Gewerkschaftern die gesamte DGB-Presse, obwohl der Chefredakteur der „Welt der Arbeit“

Dieter Schmidt, im Kreml-Palast dem Kongreß beiwohnte. NACHRICHTEN informierten in der April-Ausgabe schon über die neuen Abrüstungsinitiativen, die Breschnew in seiner Rede auf dem Gewerkschaftskongreß bekanntgab. In dieser Ausgabe dokumentieren wir Hinweise von Breschnew zur Verbesserung der Gewerkschaftsarbeit und einen einstimmig beschlossenen Friedensappell an die Gewerkschaften der ganzen Welt.

... Die Gewerkschaften haben eine wichtige Stellung im politischen System der sozialistischen Gesellschaft inne. Sie sind ein machtvolleres Mittel zur Entwicklung der Demokratie, zur Einbeziehung der Werktätigen in den Aufbau des Kommunismus. So stand die Frage auch auf dem XXVI. Parteitag. Mit Genugtuung möchte ich feststellen, daß die sowjetischen Gewerkschaften bei der Lösung der vielseitigen Aufgaben, vor die unsere kampferfüllte, bewegte Zeit uns stellt, eine immer größere – ja man kann direkt sagen – unersetzbliche Rolle spielen. So muß es auch sein.

Ohne in irgendeiner Weise dem Rechenschaftsbericht des Zentralrats der Sowjetgewerkschaften und der bevorstehenden Aussprache vorzugreifen, möchte ich Ihnen einige Gedanken darlegen, die mit der Gewerkschaftsarbeit, mit den Aufgaben der Gewerkschaften zu tun haben. Alle kennen die Worte W. I. Lenins über die Gewerkschaften als Schule der Verwaltung, Schule des Wirtschafts, Schule des Kommunismus.

Das sind sehr präzise, gehaltvolle, akut bleibende Worte. Sie enthalten die Quintessenz der Leninschen Konzeption der Gewerkschaftsbewegung unter den Bedingungen des Sozialismus. In den Jahren der Sowjetmacht sind mehrere Generationen der Werktätigen durch diese Schule gegangen. Und mit jeder Generation verknüpfte sich in der Praxis der Gewerkschaften die Sorge um das Wachstum der gesellschaftlichen Produktion immer enger mit der Sorge um die Arbeits- und Lebensbedingungen jedes schaffenden Menschen, um den Schutz seiner Rechte, um die Hebung seines Wohlstands...

Das Arsenal der Mittel, mit denen die Gewerkschaften auf die sozialen Prozesse, die Entwicklung der Wirtschaft und die Erziehung der Massen einwirken können, ist groß und vielgestaltig. Wird es aber hinreichend effektiv genutzt? Offenbar nicht. Davon wurde viel in Gewerkschaftsversammlungen und -konferenzen, auf Gewerkschaftskongressen der Produktionszweige und Republiken gesprochen. Es wäre gut und nützlich, wenn dieses sachliche, selbstkritische Klima, das in der Berichts- und Wahlkampagne hinreichend deutlich zutage trat, auf dem Kongreß der Sowjetgewerkschaften nicht nur verankert würde, sondern auch neuen Auftrieb erhielte.

Die Aufgabe läuft darauf hinaus, schneller, energischer die Arbeit der Gewerkschaftsorganisationen entsprechend den Erfordernissen des heutigen Tages umzustellen. Die Gewerkschaften müssen sich kühner mit den neuen ökonomischen und sozialen Problemen auseinandersetzen, sich ausgiebiger auf die Ergebnisse der Wissenschaft stützen, die fachliche Eignung ihres Aktivs ununterbrochen verbessern. Kompetenz, verschärfter Sinn für das Neue, engste Verbundenheit mit den Massen, Aufmerksamkeit für die Menschen, Menschenkenntnis – das ist es, was den Gewerkschaftsfunktionär von heute kennzeichnen muß...

Auf den Gewerkschaftskongressen wurden immer lebenswichtige, aktuelle Fragen behandelt, die die Interessen aller Werktätigen, des ganzen Volkes berühren. Eine dieser Fragen ist heute die Frage der Nahrungsmittel, Partei und Regierung sind sich über die gegenwärtigen Schwierigkeiten sehr wohl im klaren und tun alles, um sie zu überwinden. Auf dem Plenum des ZK der KPdSU soll ein Nahrungsmittelprogramm behandelt werden, in dem die Mittel und Wege zur kardinalen Lösung dieses Problems festgelegt sind. Dabei gibt es aber in der Landwirtschaft wie auch in den mit ihr zusammenwirkenden Industriezweigen eine Unzahl dringender Aufgaben, die keinen Aufschub dulden, die man unverzüglich in Angriff nehmen kann und muß, um die Lebensmittelversorgung zu verbessern.

Hier gibt es ein riesiges Betätigungsfeld für die Energie der Gewerkschaften. Ihre unmittelbare Aufgabe ist, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf eine bessere Lagerung von Erzeugnissen, auf den Kampf gegen Verluste auszurichten. Die Gewerkschaftsorganisationen der Staatsgüter und Kollektivwirtschaften müssen die Fragen der Nutzung der örtlichen Möglichkeiten zur Verarbeitung der Erzeugnisse mit aller Schärfe aufwerfen und lösen. Weder die Hilfswirtschaften der Betriebe noch die persönlichen Hilfswirtschaften dürfen der Aufmerksamkeit der Gewerkschaften entgehen. Die Gewerkschaften sind berufen, nach konkreten Mitteln zur Entfaltung der Initiative, der Aktivität aller Organisationen und Funktionäre zu suchen, die mit der Lebensmittelversorgung zu tun haben. Ich bitte Sie, sich das zu überlegen...

In unlöslicher Verbindung mit der Sorge um die Entwicklung der Wirtschaft steht die Sorge um eine Verbesserung der Lebensqualität der Werktätigen. Wachstum des Wohlstands kann ohne entsprechende Entwicklung der Produktion nicht herbeigeführt werden. Gleichzeitig wird auch die Entwicklung der Produktion als solche desto erfolgreicher sein, je besser die Arbeits- und Lebensbedingungen sind. Das ist ein Axiom der sozialistischen Lebensweise. Und je reicher unsere Gesellschaft wird, desto größeres Augenmerk können und müssen wir den tagtäglichen Belangen der Werktätigen schenken – der Wohnung, Ernährung, Dienstleistungssphäre, dem Gesundheitsschutz und Bildungswesen, ja allem, was sowohl das Wohlergehen als auch die Stimmung des Menschen bedingt...

Die Gewerkschaften müssen gegenüber allen erdenklichen Abweichungen von den Rechtsvorschriften, der Arbeitsgesetzgebung unversöhnlich sein. Das genügt aber nicht. Die Tätigkeit der Gewerkschaften soll eine Atmosphäre schaffen, in der die bloße Möglichkeit einer Verletzung der Rechte des arbeitenden Menschen ausgeschlossen ist, in der jegliche Erscheinungen von Überheblichkeit und Gleichgültigkeit, die sich einzelne Funktionäre immer noch leisten, undenkbar werden.

Auch der Bürokratismus muß ständig im Zielfeuer der Gewerkschaften bleiben. Ich hoffe, Sie nehmen es mir nicht übel, wenn ich die Vermutung äußere, daß auch manche Gewerkschaftsfunktionäre gegen dieses Gebrechen nicht immun sind...

Die Hauptsache ist aber, daß sich die Funktionäre des Gewerkschaftsapparates mehr unter den Menschen und weniger inmitten der Papiere befinden. Daß sie sich besser auf das Gewerkschaftsaktiv, auf die initiativreichen, energischen, einfachen Gewerkschaftsmitglieder stützen. Mit anderen Worten ist auch hier, im Kampf gegen den Bürokratismus, die weitgehende Entwicklung der sozialistischen Demokratie das beste Heilmittel. Die Gewerkschaften müssen sowohl die ganzen Arbeitskollektive als auch jeden Menschen mit seinen individuellen Merkmalen und Eigenschaften in ihrem Gesichtsfeld haben. Sie müssen sich ständig um die Schaffung einer Atmosphäre, eines soziopsychologischen, sittlichen Produktionsklimas kümmern, bei denen die besten Züge des sowjetischen Charakters, die besten Qualitäten des sowjetischen Menschen am ausgiebigsten zur Geltung kommen...

Die Feinde des Sozialismus – Ideologen der Bourgeoisie, Reformisten, Revisionisten – spekulieren schon lange auf eine Loslösung der Gewerkschaften von den marxistisch-leninistischen Parteien und tun alles, um der Theorie einer „Neutralität“ der Gewerkschaften Nachdruck zu verleihen. Hinter all dem verbergen sich jedoch in Wirklichkeit Versuche, die Gewerkschaften auf die Bahn einer bürgerlichen Politik, auf die Bahn des Verrats an den Interessen der Arbeiterklasse hinzuzulösen. Die Partei, der Staat, die Gewerkschaften unseres Landes erfüllen ihre jeweiligen Aufgaben in enger, abgestimmter Zusammenarbeit. Diese Koordinierung, diese Einheit ist das Unterpfand für die Erfolge der Sache des Kommunismus. Und diese Einheit kann niemand erschüttern!... (Auszug aus der Presse zur Verfügung gestellten Rede.)

Appell an die Gewerkschaften der Welt

Als Ausdruck des Willens der sowjetischen Werktätigen, den Frieden zu verteidigen und das Grundrecht des Menschen – das Recht auf Leben – zu schützen, richtet der XVII. Kongreß der sowjetischen Gewerkschaften an die arbeitenden Menschen und an die Gewerkschaften aller Länder den dringenden Appell, mit der ganzen Macht ihrer Arbeitersolidarität dem unheilvollen Wettrüsten den Weg zu verbauen und gemeinsame entschlossene Aktionen gegen die Kräfte der Aggression und des Militarismus zu unternehmen, die die Menschheit an den Rand einer weltweiten nuklearen Katastrophe zu bringen drohen.

Starke Beunruhigung und tiefe Besorgnis der Werktätigen rufen die Aktivitäten des amerikanischen Imperialismus und seiner NATO-Verbündeten hervor. Die Weigerung, den SALT-2-Vertrag zu ratifizieren, die Pläne zur Stationierung neuer amerikanischer Raketen auf dem europäischen Kontinent, die Verkündung der Doktrin eines „begrenzten“ Kernwaffenkrieges, die Entscheidung über die Aufnahme der Serienproduktion der Neutronenwaffe, das Programm einer „chemischen Umrüstung“ sowie die beispiellose Eskalation der Rüstungsausgaben und der militärischen Aktivitäten – das sind friedensgefährdende Schritte, die in den letzten Jahren von den imperialistischen Mächten unternommen wurden. Sie resultieren aus eigennützigen Interessen des Großkapitals und vor allem des militärisch-industriellen Komplexes und keinesfalls aus einer angeblichen „sowjetischen militärischen Bedrohung“.

Die Gewerkschaften, in denen Hunderte von Millionen Werktätige unseres Planeten zusammengeschlossen sind, können sich nicht damit abfinden, daß das Wettrüsten ein gewaltiges Arbeitsvermögen und immense materielle Ressourcen bindet und Milliarden Dollar verschlingt. Diese Mittel für das Aufbauwerk verwenden, hieße zur Schaffung von Millionen Arbeitsplätzen, zur Beseitigung von Hunger, Elend, Krankheiten und Analphabetentum sowie zur sozialökonomischen Entwicklung der Länder beitragen, die das koloniale Joch abgeschüttelt haben.

Der XVII. Kongreß der sowjetischen Gewerkschaften erklärt: Es gibt nichts Wichtigeres als den Frieden, und der Weg zum Frieden führt nicht über Konfrontation und Wettrüsten, sondern über Zusammenarbeit und politischen Dialog zwischen den Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, über aufrichtige und ehrliche Bemühungen um gegenseitig annehmbare Lösungen. Gerade davon geht das vom Genossen L. I. Breschnew unterbreitete sowjetische Friedensprogramm für die 80er Jahre aus. In der Verwirklichung dieses Programms, in den konstruktiven Friedensinitiativen der UdSSR erblicken die sowjetischen Werktätigen einen realen Weg zur Vorbeugung eines neuen Krieges.

Die Gewerkschaften können und müssen zur Sache der Erhaltung und Entwicklung der Entspannung ihren Beitrag leisten. Es ist unsere gemeinsame Pflicht, ein gewichtiges „Nein“ zur militaristischen Psychose zu sagen, auf die Einstellung des Wettrüstens und auf die Friedensfestigung hinzuwirken. Die sowjetischen Gewerkschaften unterstützen den Vorschlag des X. Weltgewerkschaftskongresses, den 1. September – den Tag, an dem der Zweite Weltkrieg begann, zum Tag der Gewerkschaftsaktionen für den Frieden zu erklären und ihn jedes Jahr durch umfassende Antikriegsaktionen zu begehen. Mögen gemeinsame Aktionen, neue konkrete Initiativen zur Abrüstung und Entspannung, zur Beseitigung der militärischen Bedrohung ein gemeinsamer Beitrag der internationalen Gewerkschaftsbewegung zum Kampf für den Frieden werden.

Wir rufen die Werktätigen und Gewerkschaften aller Länder auf:

- den Ränken des Militarismus eine entschiedene Abfuhr zu erteilen;
- die Aktionseinheit der Antikriegsbewegung aktiv anzustreben;
- den Kampf für die Einstellung des Wettrüstens zu verstärken;
- den Kernwaffenkrieg zu ächten;
- die internationale Arbeitersolidarität im Namen eines festen Friedens auf Erden zu festigen und zu entwickeln!

Mitgliederzuwachs hielt auch 1981 an

Gewerkschaft	Arbeiter			Angestellte			Beamte			Gesamt		Insgesamt m. u. w.	in Prozent	Zu-/Abnahme gegenüber Vorj.	
	männlich	weiblich	Gesamt	männlich	weiblich	Gesamt	männlich	weiblich	Gesamt	männlich	weiblich				
IG BSE	480 652	13 180	493 832	36 845	7 060	43 905	–	–	517 497	20 240	537 737	6,8	+ 4 683		
IG BE	322 753	1 423	324 176	41 849	5 536	47 385	188	–	364 790	6 953	371 749	4,7	+ 4 031		
IG ChPK	442 162	92 090	534 252	88 765	31 615	120 381	–	–	500 928	123 705	654 633	8,2	- 6 340		
IG DruPa	98 295	24 133	122 428	19 771	9 597	29 368	–	–	118 066	33 730	151 796	1,9	+ 7 826		
GdED	190 934	11 230	202 164	6 886	4 336	11 222	184 238	4 335	188 573	382 058	19 901	401 953	5,1	- 4 631	
GEW	–	–	–	16 833	27 747	44 580	75 565	67 322	142 887	92 398	95 063	187 467	2,4	+ 3 674	
GLF	32 901	4 035	36 936	2 394	484	2 878	2 783	21	2 804	38 078	4 540	42 618	0,5	+ 422	
HBV	36 068	16 170	52 238	127 455	185 785	313 240	–	–	163 523	201 955	365 478	4,6	+ 14 150		
GHK	130 464	18 509	148 973	8 237	2 830	11 067	–	–	138 701	21 339	160 040	2,0	+ 2 898		
GK	–	–	–	39 277	7 795	47 072	–	–	39 277	7 795	47 072	0,6	+ 1 820		
GL	29 189	22 268	51 457	2 587	971	3 558	–	–	31 776	23 239	55 015	0,7	- 674		
IGM	1 950 913	283 334	2 234 247	294 248	93 574	387 822	–	–	2 245 161	376 908	2 622 069	33,0	- 198		
NGG	151 775	60 187	211 962	28 352	22 800	51 152	–	–	180 127	82 987	263 114	3,3	+ 10 113		
ÖTV	491 371	93 423	584 794	288 708	216 130	504 838	81 538	10 290	91 828	861 617	319 843	1 181 460	14,8	+ 31 771	
GdP	6 338	2 744	9 082	9 326	7 175	16 501	140 551	2 557	143 108	12 476	168 691	2,1	+ 2 791		
DPG	88 598	53 958	142 556	10 694	30 258	40 952	226 481	47 616	274 097	325 773	131 832	457 605	5,7	+ 7 404	
GTB	104 151	157 330	261 481	16 603	10 925	27 528	–	–	120 754	168 255	289 009	3,6	- 4 757		
DGB-Gesamt	4 556 564	854 014	5 410 578	1 038 831	664 618	1 703 449	711 344	132 141	843 485	6 306 739	1 650 773	7 957 512	100		
	84,2%	15,8%	100%	61%	39,0%	100%	84,3%	15,7%	100%	79,3%	20,7%	100%			
Vergleichszahlen	4 538 128	838 326	5 376 454	1 029 387	628 734	1 658 121	718 738	129 214	847 952	6 286 253	1 596 274	7 882 527			
31. 12. 1980	84,4%	15,6%	100%	62,1%	37,9%	100%	84,8%	15,2%	100%	79,7%	20,3%	100%			
	68,2%			21,0%				10,8%							

Die Abkürzungen der Gewerkschaften bedeuten: IG BSE = IG Bau, Steine, Erden; IG BE = IG Bergbau und Energie; IG ChPK = IG Chemie-Papier-Keramik; IG DruPa = IG Druck und Papier; GdED = Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands; GEW = Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft; GGLF = Gewerkschaft Gartenbau-Land- und Forstwirtschaft; HBV = Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen; GHK = Gewerkschaft Holz und Kunststoff; GK = Gewerkschaft Kunst; GL = Gewerkschaft Leder; IGM = IG Metall; NGG = Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Freizeit; ÖTV = Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr; GdP = Gewerkschaft der Polizei; DPG = Deutsche Post Gewerkschaft; GTB = Gewerkschaft Textil-Bekleidung; Gaststätten; OTV = Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr; GdP = Gewerkschaft der Organisation für eine Verhinderung der neuen Zumutbar-

BSE-Angestelltenkonferenz mit kämpferischem Verlauf

An der 9. Bundes-Angestelltenkonferenz der IG Bau – Steine – Erden, die am 27. und 28. März in der Böblinger Kongresshalle stattfand, nahmen 205 stimmberechtigte Delegierte teil. Das Durchschnittsalter betrug 45 Jahre, der Durchschnittsbeitrag 36,60 DM. 67 Anträge und drei Initiativanträge wurden verabschiedet. Das für die Angestelltenarbeit verantwortliche Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstandes, Jürgen Jöns, sprach zu dem Thema „Angestelltenpolitik unter veränderten Bedingungen“.

Scharf ging Jöns mit den Bauunternehmern ins Gericht. Unverblümmt forderte der Hauptvorstand der Deutschen Bauindustrie die Einführung von drei Karenztagen bei Krankheit und die Kürzung des Arbeitslosengeldes. Zur Vermögenspolitik seiner Gewerkschaft bemerkte er, daß heute kaum noch jemand über das politische Ziel der Vermögensumverteilung spreche. Die Bundesregierung erklärte, daß die Forderung der Geldvermögensbildung keine zeitgemäße Subvention mehr sei. Höhere Abschreibungsmöglichkeiten, Steuervergünstigungen für Betriebe, Investitionshilfen und der Ruf nach mehr Gewinnen für Investitionen habe zu einer weiteren Kapitalbildung in den Händen weniger geführt.

Jöns hob hervor, daß heute die Ansichten seiner Gewerkschaft und der Bauunternehmer wollten die künftigen Bauaufgaben mit einer kleinen Stammbelegschaft erledigen. Die Arbeitsspitzen wollten sie durch Überstunden bzw. durch das Hinzuziehen billiger Arbeitskräfte aus einem Reservetopf bewältigen. Die Gewerkschaft sei der Meinung, wenn die Arbeit nicht mehr für 40 Stunden in der Woche für alle reiche, sei eine kürzere Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich erforderlich. Zur Lohnpolitik sagte Jöns, daß es nicht einsichtig sei, daß die Beschäftigten der Bauwirtschaft geringere Lohnzuwächse haben sollten als die diejenigen in anderen Branchen.

Wurde schon zum Geschäftsbericht lebhaft diskutiert, so erlebte Bundesminister Ehrenberg sein blaues Wunder. Seine überlange Rede wurde immer wieder von Protesten unterbrochen. Er wurde insbesondere wegen der Zumutbarkeitsanordnung auf das heftigste attackiert, allen voran vom Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstandes Erwin Kastleiner. Die Mitglieder, sagte Kastleiner, hätten für so etwas kein Verständnis. Diese Anordnung sei unmenschlich.

In einem Initiativantrag wird der Bundesvorstand aufgefordert, sich mit der gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik verträgt sich dann nicht mehr mit dem Reformziel, die

Wochenarbeitszeit, der Lebensarbeitszeit, der Arbeitszeit für ältere Arbeitnehmer und durch Verlängerung des Urlaubs auf 30 Tage. Da durch die ständige Inflation die Kaufkraft der Zusatzversorgungskassen-Renten gemindert werden, sollen sie dynamisiert werden.

Auf den Gesetzgeber soll eingewirkt werden, das Rentenalter der witterungsabhängig Beschäftigten in der Bauwirtschaft auf 60 Jahre herabzusetzen, und bei allen flexiblen Altersruhegeldarten soll der Rentenbeginn um drei Jahre vorverlegt werden.

Professor Jürgensen aus Hamburg sprach zur wirtschaftlichen Situation der Bauwirtschaft. Außer einer Verteuerung der Mieten, und zwar in einem außerordentlichen Umfang, sowie einigen Witzchen hatte der nicht auf gewerkschaftlichen Positionen stehende Wissenschaftler nichts zu bieten.

In einem Initiativantrag wurde die Ostermarschbewegung unterstützt sowie die Initiativen der DGB-Jugend begrüßt, die Osteraktionen durch eigene machtvolle Veranstaltungen zu unterstützen.

Der kämpferische Gehalt von Reden, Diskussionsbeiträgen und Anträgen deutet darauf hin, daß die IG Bau – Steine – Erden, die in den sechziger Jahren auf sozialpartnerschaftlichen Positionen stand, beginnt, sich davon fortzubewegen. Heinz Schäfer

Für die inzwischen vorgelegte 8. Fassung der hessischen Rahmenrichtlinien für Gesellschaftslehre konstatieren die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) eine völlige Abkehr von den ursprünglichen Reformvorstellungen im Bildungsbereich. Sie sieht die Gefahr einer „Erziehung zur Unmündigkeit oder politische Bildung als Denkverbot“. Unter dieses Motto stellen der hessische DGB und die GEW auch eine Podiumsveranstaltung Ende März in Frankfurt, um ihre Ablehnung der Rahmenrichtlinien zu begründen und bildungspolitisch offensiv zu werden. Denn den Zielvorstellungen der Gewerkschaften wird dieser Entwurf in keiner Weise gerecht. Von einer demokratischen Unterrichtsform, von der Erziehung zu demokratischem Engagement und zu Konfliktfähigkeit, von der Bereitschaft zu sozialem Handeln, ist nichts mehr übriggeblieben.

Nach Ansicht der Gewerkschaften kommt vielmehr in der 8. Fassung der Rahmenrichtlinien eine obrigkeitliche Untertanengesinnung zum Ausdruck. Der gegenwärtige Status quo wird als Endzustand der Geschichte gefeiert. Eine solche Darstellung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundes

Versäumnisse des DGB korrigiert durch „Abstimmung mit den Füßen“

Unter dem Motto „Arbeitsplätze statt neue Atomwaffen! Gegen Sozialabbau – Stoppt den Rüstungswettlauf in West und Ost!“, führte die nordrhein-westfälische Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) am 24. April in Essen ihren ersten Friedenstag durch. Motivation war, verstärkt in die Friedensdiskussion einzutreten, um entsprechend eines Gewerkschaftstagsbeschlusses dazu beizutragen, den NATO-Beschluß rückgängig zu machen. Angesichts von 2 Millionen Arbeitslosen, so hieß es in der Einladung, sei der aufgeblähte Rüstungsetat nicht nur friedensgefährdend, sondern auch unsozial und unmenschlich.

Christian Götz, Mitglied des geschäftsführenden HBV-Hauptvorstandes, überbrachte eine Grußadresse der 162 Delegierten des Bezirks Main-Taunus. Diese Konferenz hessischer HBV-Delegierter hat ebenfalls einen Antrag auf Durchführung eines hessischen Friedenstages beschlossen. In seinen weiteren Ausführungen ging das geschäftsführende HBV-Hauptvorstandsmitglied auf einen Ausspruch Heinz Oskar Vettters anlässlich des Antikriegstages 1981 ein, daß die Gewerkschaften Verbündete aller Menschen seien, „die gleich uns ehrlich den Frieden ersehnen und bereit sind, für ihn zu kämpfen“.

Aus dieser Aussage Vettters zog Götz die Schlußfolgerung, daß sich die Gewerkschaften verstärkt in die „große und wachsende Friedensbewegung“ einreihen sollten. An die Adresse der Friedensbewegung gewandt, erklärte der HBV-Funktionär, daß sie nur dann mehrheitlich würde, wenn sie mit der organisierten Arbeiterbewegung zusammenwirke. Und dazu bestehe innerhalb der Friedensbewegung durchaus die Bereitschaft.

Kritik übte Christian Götz daran, daß die „notwendigen Signale“ von der DGB-Führung ausgeblieben seien. Dabei verwies er auf den 10. Oktober. Von der DGB-Spitze sei damals eine falsche politische Entscheidung getroffen worden. „Die Chance, diesen Fehler durch einen offiziellen Aufruf zur Beteiligung an den Ostermarschen zu korrigieren, wurde auch nicht genutzt.“ In beiden Fällen jedoch hätten zahlreiche Gewerkschafter die Versäumnisse ihrer Führung durch eine „Abstimmung mit den Füßen“ korrigiert. Es müsse der Führung einer Massenorganisation doch zu denken geben, wenn sie mit ihren Entscheidungen so oft neben der praktizierten Haltung der engagierten Mitgliedschaft läge. Götz äußerte die Erwartung, daß dieses Problem ein Thema des 12. ordentlichen DGB-Bundeskongresses sein werde.

Scharfe Kritik richtete das HBV-Hauptvorstandsmitglied an die Allparteienkoalition für Sozialabbau in Bonn. Die-

die Europa eines Tages in eine atomare Wüste verwandeln könnte.“

Mit dem NATO-Doppelbeschuß setzte sich auch General a.D. Gert Bastian auseinander. In Wirklichkeit, so führte er aus, handele es sich nicht um eine Nachrüstung wie von den Raketenbefürwortern vorgegeben, sondern um eine nukleare Aufrüstung. Die angebliche Lücke der NATO zur sowjetischen SS-20 sei eine bewußte Irreführung, und die von Reagan und Schmidt propagierte Null-Lösung soll bei 1 zu 0 liegen, zugunsten der NATO. Auch das vorgebliche Ziel, daß Pershing II und Cruise-Missiles den Frieden sicherer machen, sei eine bewußte Irreführung der Bevölkerung.

Das Argument, daß durch Umstellung von Rüstungs- auf Friedensproduktion die Arbeitslosenzahl weiter steigen werde, zerplückte der Betriebsrat von MAK Kiel, Werner Zereckte. In diesem Betrieb, der zum Krupp-Konzern gehört und Teile für den Panzer Leopard herstellt, hat sich ein Arbeitskreis alternativer Produktion gebildet. Ausgehend von konkreten Rechnungen wies Zereckte nach, daß eine Umstellung von Rüstungs- auf Friedensproduktion durchaus möglich sei. Für eine gleiche Summe Geldes könnten im zivilen Bereich weitaus mehr Arbeitsplätze als in der Rüstungsproduktion geschaffen werden. G. M.

se zeige keine Bereitschaft, die Rüstungsausgaben zugunsten sozialer Leistungen einzuschränken. Wieder einmal lautet die Parole „Kanonen statt Butter“. Die Antwort der Gewerkschaften sollte dazu in einer konsequenten Politik der Gegenmacht bestehen. Götz rief die Friedensbewegung auf, sich nicht auseinanderdividieren zu lassen. Der sogenannte kleinste gemeinsame Nenner, der der Friedensbewegung immer wieder vorgehalten werde, sei in Wirklichkeit riesengroß: „Es geht um den Stopp des Rüstungswahnsinns und die Beendigung einer Politik,

DGB: Medienpolitik koordinieren

„Hundert Medienexperten bei Gießen / die fürchten, daß Kabel bald sprühen / zwar: das will Kapital / doch fürs Volk wär's fatal / noch mehr Springer ist nicht zu genießen.“ Mit diesem Limerick faßte ein Landesbezirksvorstandsmittel des DGB Hessen die medienpolitische Tagung seiner Organisation in Gießen-Allendorf am 24. April zusammen, auf der rund 90 Gewerkschaftler über die Folgen der neuen Medien diskutierten. Erfreulich die Tatsache, daß Fragen der Auswirkungen neuer Medientechnologien auf Anzahl und Qualität der Arbeitsplätze im Vordergrund standen.

Bereits in seiner Eröffnungsansprache war Jochen Richert, DGB-Landesbeiratsvorsitzender, auf die Arbeitsplatzproblematik eingegangen: „Hüten wir uns vor dem Zauberwort „Verkabelung schafft Arbeitsplätze“. Die Rechnung dürfte plus/minus Null ausgehen.“ Herr Jettenberger von der „Rheinpfalz“, der Zeitung, die angetreten ist, in Ludwigshafen als erste im Auftrag des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) privates Fernsehen zu realisieren, kam mit dem Lockmittel, seiner Prognose vom Zuwachs an Arbeitsplätzen, nicht durch. Dagegen warnte Det-

lef Hensche, geschäftsführendes Hauptvorstandsmittel der IG Druck und Papier, vor Illusionen. „Eine ausgeglichene Arbeitsplatzbilanz wird es nicht geben.“ Bei 90 Prozent des Einsatzfeldes neuer Medien gehe es um Rationalisierung. Von Hensche angesprochen und in einer der Arbeitsgruppen diskutiert wurden in diesem Zusammenhang Auswirkungen auf die berufliche Qualifikation, auf die Arbeitsbedingungen und die Möglichkeit der Überwachung der Beschäftigten mittels elektronischer Kommunikations- und Personalüberwachungssysteme.

Wichtige Voraussetzung für eine aktive Interessenvertretung durch Betriebsräte und Vertrauensleute – so ein Ergebnis der Tagung – ist eine realistische Informationspolitik, die die Strategien der Unternehmerseite durchleuchtet. Darüber hinaus gelte es, die traditionellen Mittel gewerkschaftlicher Politik, von der Ausnutzung aller Mitbestimmungsmöglichkeiten nach dem Betriebsverfassungsgesetz über Vereinbarungen auf betriebs- und tarifvertraglicher Ebene über Abgruppierungs- und Gesundheitsschutz bis zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche, konsequent auszunutzen. B. K.

Transmissioner

Wer als Gewerkschalter wissen möchte, was am rechten Flügel der SPD diskutiert wird und was diese Flügelmänner in die Gewerkschaften hineintransmissionieren wollen, der muß lesen, was Hermann Rappe so schreibt. Als langjähriger SPD-Bundestagsabgeordneter und Fraktionsvorstandsmittel ist er auch als stellvertretender Vorsitzender der IG Chemie-Papier-Keramik bei allem, was er sagt und schreibt, immer ganz Parteipolitiker.

Ob er Christian Götz (HBV) wegen seiner Kritik an der NATO-Rüstungspolitik attackiert (Umschau, 5/6 1981). Prof. Löwenthal's rechte Thesen über SPD und „Randgruppen“ rechtfertigt, wobei diese sich im Originalton Rappe aus „Aussteigern, Alternativen, Grünen und Friedensbewegten“ rekrutieren (Umschau, 1/2 1982), oder ob er zu den Ursachen der SPD-Wahlniederlage in Niedersachsen das „Herumnögeln“ von Gewerkschaftsfunktionären an der Bonner Regierungsarbeit zählt (IG-Chemie-Presseidienst vom 26. März) – immer nutzt er seine gewerkschaftliche Position, um Transmissionsriemen, für seine Partei zu spielen.

Das ist um so augentälliger, als gerade Hermann Rappe nicht müde wird, zu predigen, daß die Einheitsgewerkschaft sich nicht „mißbrauchen“ lassen dürfe von Leuten, die die Gewerkschaften nur als Transmissionsriemen einer Partei sehen. Wann endlich wird er sich an seinen eigenen Grundsatz halten? Sb.

GDBA gegen Mitgliedergewerkschaft

Die rund 9000 Mitglieder umfassende Genossenschaft Deutscher Bühnen-Angehöriger (GDBA) in der Gewerkschaft Kunst (GK) hielt am 27./28. April in Hamburg ihren Genossenschaftstag ab. Die Delegierten verabschiedeten u. a. Anträge zum Erhalt der Theaterkultur in der Bundesrepublik, zur Tarifpolitik und zu Frieden und Abrüstung. Hans Herlein wurde erneut zum GDBA-Vorsitzenden gewählt. Mit überwältigender Mehrheit lehnte der Genossenschaftstag das in der GK diskutierte Organisationsmodell einer Mitgliedergewerkschaft ab, da damit u. a. das über 70 Tarifverträge umfassende Tarifwerk und die Versorgungsgerichte des Verbandes gefährdet würden. Im Gegensatz dazu tritt die Rundfunk-Fernseh-Film-Union (RFFU), mit 20.000 Mitgliedern größter GK-Verband, für die Mitgliedergewerkschaft ein, als Voraussetzung für den Beitritt der GK zu einer künftigen Mediengewerkschaft.

berufliche Bildung übertrage, werde geradezu zwangsläufig deutlich, daß eine aktuelle Pflicht des Sozialstaates besteht, auch diesem Teil seiner Bürger zur grundsätzlichen Möglichkeit eines Ausbildungsplatzes zu verhelfen. Der Staat müsse „seine Kinder alle gleich liebhaben“, erklärte Kittner. Es könne nicht länger hingenommen werden, daß zwar für den Bereich der akademischen Ausbildung diese Rechtsgrundsätze zum Tragen kommen, daß der Staat jedoch für den überwiegenden Teil der Bevölkerung die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen dem wirtschaftlichen Auf und Ab und dem Belieben der Unternehmen belasse.

Als Konsequenz aus alledem könne festgestellt werden, daß der Staat in der augenblicklichen Situation dazu verpflichtet sei, für ein quantitativ und qualitativ ausreichendes Ausbildungsplatz-Angebot zu sorgen, erklärte Kittner. Dabei stehe es ihm frei, wie er diese sozialstaatliche Pflicht praktisch umsetze. Die eigentlich am nächsten liegende Lösung wäre die Einführung einer Rechtspflicht aller Unternehmen, in einem ausreichenden Umfang Ausbildungswilligen Jugendlichen die Chance erhalten, einen Ausbildungsplatz zu bekommen“. Er verwies auch auf die erste Numerus-clausus-Entscheidung.

Das Bundesverfassungsgericht habe, so Kittner, in seiner Entscheidung zum Ausbildungsplatzförderungsgesetz erklärt, daß der Staat von den Unternehmen erwarten müsse, „daß grundsätzlich alle ausbildungswilligen Jugendlichen die Chance erhalten, einen Ausbildungsplatz zu bekommen“. Er verwies auch auf die erste Numerus-clausus-Entscheidung. Wenn man die allgemeinen Grundsätze des Bundesverfassungsgerichts auf die

berufliche Bildung übertrage, werde geradezu zwangsläufig deutlich, daß eine aktuelle Pflicht des Sozialstaates besteht, auch diesem Teil seiner Bürger zur grundsätzlichen Möglichkeit eines Ausbildungsplatzes zu verhelfen. Der Staat müsse „seine Kinder alle gleich liebhaben“, erklärte Kittner. Es könne nicht länger hingenommen werden, daß zwar für den Bereich der akademischen Ausbildung diese Rechtsgrundsätze zum Tragen kommen, daß der Staat jedoch für den überwiegenden Teil der Bevölkerung die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen dem wirtschaftlichen Auf und Ab und dem Belieben der Unternehmen belasse.

Als Konsequenz aus alledem könne festgestellt werden, daß der Staat in der augenblicklichen Situation dazu verpflichtet sei, für ein quantitativ und qualitativ ausreichendes Ausbildungsplatz-Angebot zu sorgen, erklärte Kittner. Dabei stehe es ihm frei, wie er diese sozialstaatliche Pflicht praktisch umsetze. Die eigentlich am nächsten liegende Lösung wäre die Einführung einer Rechtspflicht aller Unternehmen, in einem ausreichenden Umfang Ausbildungswilligen Jugendlichen die Chance erhalten, einen Ausbildungsplatz zu bekommen“. Er verwies auch auf die erste Numerus-clausus-Entscheidung.

Das Bundesverfassungsgericht habe, so Kittner, in seiner Entscheidung zum Ausbildungsplatzförderungsgesetz erklärt, daß der Staat von den Unternehmen erwarten müsse, „daß grundsätzlich alle ausbildungswilligen Jugendlichen die Chance erhalten, einen Ausbildungsplatz zu bekommen“. Er verwies auch auf die erste Numerus-clausus-Entscheidung. Wenn man die allgemeinen Grundsätze des Bundesverfassungsgerichts auf die

berufliche Bildung übertrage, werde geradezu zwangsläufig deutlich, daß eine aktuelle Pflicht des Sozialstaates besteht, auch diesem Teil seiner Bürger zur grundsätzlichen Möglichkeit eines Ausbildungsplatzes zu verhelfen. Der Staat müsse „seine Kinder alle gleich liebhaben“, erklärte Kittner. Es könne nicht länger hingenommen werden, daß zwar für den Bereich der akademischen Ausbildung diese Rechtsgrundsätze zum Tragen kommen, daß der Staat jedoch für den überwiegenden Teil der Bevölkerung die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen dem wirtschaftlichen Auf und Ab und dem Belieben der Unternehmen belasse.

Als Konsequenz aus alledem könne festgestellt werden, daß der Staat in der augenblicklichen Situation dazu verpflichtet sei, für ein quantitativ und qualitativ ausreichendes Ausbildungsplatz-Angebot zu sorgen, erklärte Kittner. Dabei stehe es ihm frei, wie er diese sozialstaatliche Pflicht praktisch umsetze. Die eigentlich am nächsten liegende Lösung wäre die Einführung einer Rechtspflicht aller Unternehmen, in einem ausreichenden Umfang Ausbildungswilligen Jugendlichen die Chance erhalten, einen Ausbildungsplatz zu bekommen“. Er verwies auch auf die erste Numerus-clausus-Entscheidung.

Das Bundesverfassungsgericht habe, so Kittner, in seiner Entscheidung zum Ausbildungsplatzförderungsgesetz erklärt, daß der Staat von den Unternehmen erwarten müsse, „daß grundsätzlich alle ausbildungswilligen Jugendlichen die Chance erhalten, einen Ausbildungsplatz zu bekommen“. Er verwies auch auf die erste Numerus-clausus-Entscheidung.

Das Bundesverfassungsgericht habe, so Kittner, in seiner Entscheidung zum Ausbildungsplatzförderungsgesetz erklärt, daß der Staat von den Unternehmen erwarten müsse, „daß grundsätzlich alle ausbildungswilligen Jugendlichen die Chance erhalten, einen Ausbildungsplatz zu bekommen“. Er verwies auch auf die erste Numerus-clausus-Entscheidung.

Junge Journalisten protestieren beim BDZV

Auf einem gemeinsamen Ausbildungskongress am 26. April in Köln und mit einer Demonstration vor dem dortigen Pressehaus, dem Sitz des Präsidenten des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger (BDZV), und vor dem Westdeutschen Rundfunk protestierten rund 400 Volontäre und Jungredakteure aus Zeitungs- und Rundfunkredaktionen gegen die miserablen Ausbildungsvorstellungen für Journalisten.

Gefordert wurden von den Teilnehmern, organisiert in der Deutschen Journalisten-Union in der IG Druck und Papier, dem Deutschen Journalisten-Verband und der Rundfunk-Fernseh-Film-Union, die Wiederaufnahme der vom BDZV vor einem halben Jahr unterbrochenen Verhandlungen über einen Ausbildungstatvertrag mit verbindlichen Regelungen sowie – an die eigene Adresse – mehr gemeinsame Aktionen auf örtlicher Ebene zur Durchsetzung dieses Ziels.

Ebenso einmütig lehnten die Journalisten die von der BDZV-Delegiertenversammlung in der Woche zuvor beschlossenen, angeblich bindenden Grundsätze für das Redaktionsvolontariat ab, deren vollständiger Wortlaut vorläufig noch Geheimnis des BDZV ist, von denen allerdings inhaltlich nichts Neues zu erwarten sei.

DGB beschloß Veranstaltungen

Auf seiner April-Sitzung hat der DGB-Bundesvorstand beschlossen, zusammen mit den 17 Einzelgewerkschaften Veranstaltungen zum 50. Jahrestag der Machtergreifung durch das faschistische Terror-Regime durchzuführen. Insbesondere sollen damit den jungen Menschen die Ereignisse ins Bewußtsein gerufen werden, die zur Zerschlagung der Gewerkschaften und zum Krieg führten.

Ruhrfestspiele 1982 im Zeichen des Friedens

Die diesjährigen Ruhrfestspiele vom 1. Mai bis Juli in Recklinghausen stehen in diesem Jahr ganz im Zeichen des Friedens. Das feste Ensemble, das es erstmals bei den Ruhrfestspielen gibt, zeigt seine große Produktion „Von einem der auszog, den Frieden zu suchen“. Dem großen Thema Frieden untergeordnet ist der Friedensmarkt am 12. und 13. Juni. Für jeden gibt es etwas auf diesem Markt, der unter dem Motto steht „Frieden – oder wie wir in

Zukunft leben wollen“: Informations- und Diskussionsveranstaltungen, Theater, Spaß, Musik, Ausstellungen und vieles mehr runden das Programm ab.

Zu den Ruhrfestspielen werden in diesem Jahr über 100 000 Besucher erwartet.

GdED führt bundesweite Kampagne durch

In einer unbefristeten Aktion hatte Mitte April die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) die Bevölkerung aufgerufen, gegen die weitere Schrumpfung des Nahverkehrs zu protestieren. Konkreter Anlaß ist die Streichung von 1365 Zügen an Werktagen zum Fahrplanwechsel am 23. Mai. GdED-Vorsitzender Ernst Haar betonte, die Einschränkung des Personennahverkehrs werde vorgenommen, obwohl die Bahnkunden innerhalb eines guten Jahres offenbar nach dem Motto „immer weniger, immer schlechter, immer teurer“ dreimal und recht spürbar zur Kasse gebeten worden seien.

Für mehr Mitbestimmung der Personalräte

Anfang April übergab eine Delegation der nordrhein-westfälischen DGB-Gewerkschaften Landesinnenminister Schnoor einen Gesetzentwurf zur Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes. Insbesondere werden erweiterte Mitbestimmungsrechte der gewählten betrieblichen Interessenvertreter bei Rationalisierungen, Veränderungen der Arbeitsorganisation und bei Einführung neuer technischer Anlagen verlangt.

Dorf junger Arbeitsloser mit vielen Aktionen

Am 1. Mai eröffnete die beim Frankfurter DGB angesiedelte Arbeitsloseninitiative das Dorf junger Arbeitsloser. Mit zahlreichen Aktionen soll die Bevölkerung über die Probleme informiert und die Unternehmer als Ausbildungsbereitwillige angeprangert werden. Auf dem Programm steht neben Rock gegen Jugendarbeitslosigkeit und vielen Diskussionen auch eine Schnitzeljagd zu verschiedenen Betrieben. Die Schnitzel sind zerrissene Bewerbungsschreiben und Absagen. Zu dem Dorf, das vom 1. bis 4. Mai aufgebaut ist, werden Vertreter von Arbeitsloseninitiativen aus der ganzen Bundesrepublik erwartet.

PERSONALIEN

Werner Dick, 45, seit September 1980 Tarifsekretär in der Hauptverwaltung der Gewerkschaft Leder (GL), ist vom Beirat seiner Gewerkschaft zum Nachfolger des aus Altersgründen zum Jahresende ausscheidenden Mitglieds des geschäftsführenden Hauptvorstandes, **Erwin Kaiser**, 62, vorgeschlagen worden. Die Wahl soll auf einem außerordentlichen Gewerkschaftstag in Frankfurt im Dezember erfolgen.

Ernst L. Eelmae, Redakteur der Main-Spitze in Rüsselsheim, wurde über Nacht nach Mainz strafversetzt. Die IG Druck und Papier vermutet, daß die engagierte Berichterstattung gegen den Bau der Startbahn West von Eelmae der Grund für diese Disziplinierungsmaßnahme ist. Die Gewerkschaft hat dagegen Protest erhoben.

Reinhard Hahn, 25, Fernmeldehandwerker aus Hamburg, seit sechs Jahren in der Hauptjugendvertretung bei der Post und ab 1980 deren Vorsitzender, wurde vom Bundesjugendausschuß der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) neu in dieses Gremium und zugleich zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Ende März wurde er ehrenamtlicher Beisitzer im Hauptvorstand. Hahn löste damit **Günther Ott** ab, der eine neue Aufgabe im DPG-Bezirk München übernommen hat.

Thomas Heyll, mit angeblichen Enthüllungen über die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) bei ZDF-Löwenthal 1979 spektakulär von der HBV zur berufsständischen Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) übergewechselt, hat sich jetzt in Brühl bei Köln als freier Unternehmensberater niedergelassen. Der Mitarbeiter des DAG-Bundesvorstandes war 1980 maßgeblich an der Kampagne mit der „komunistischen Unterwandlung“ der HBV im Zusammenhang mit der Kündigung des Oldenburger HBV-Sekretärs **Horst Albers** beteiligt, der auch zur DAG übertrat. Heylls Rolle in diesen Auseinandersetzungen war selbst in der DAG umstritten.

Walter Quartier, 53, seit 1979 stellvertretender Bundesvorsitzender der Deutschen Angestelltengewerkschaft (DAG) und vordem langjähriger Landesvorsitzender seiner Gewerkschaft in Nordrhein-Westfalen, gehört als Kandidat zur Kernmannschaft von CDU-Präsidentenmitglied Walter Leisler Kiep für einen künftigen Senat der Freien Hansestadt Hamburg. Im Falle eines Wahlsiegs der CDU soll der DAG-Politiker und prominentes CDU-Mitglied Senator für Soziales werden. Quartier ist schon seit 1952 hauptamtlich für die DAG tätig.

SPD-Parteitag fordert: Opfer sollen gebracht werden

Vom 19. bis 23. April fand in der Münchener Olympiahalle der SPD-Parteitag statt. Er stand unter dem Motto: „Arbeit schaffen – Frieden sichern – Freiheit bewahren“. Sollte ursprünglich die Friedenssicherung Hauptthema des Kongresses sein, so wurde kurzfristig die Beschäftigungspolitik an die erste Stelle gerückt. Im Hinblick auf die letzten Wahlergebnisse erschien es der SPD-Führung angebracht, hervorzuheben, daß sie eine Partei der wirtschaftlich Schwachen sein wolle.

Der Parteivorsitzende Willy Brandt hob in seiner Rede hervor, daß die SPD daran gemessen werde, ob sie sich als Partei der Arbeit und „als Partei der Arbeiter“ bewähren werde. Bundesgeschäftsführer Peter Glotz verwies darauf, daß der SPD über 90 000 Betriebs- und Personalräte angehören. Dies heißt, „daß gewerkschaftliche Arbeit zu einem ganz erheblichen Teil von den Sozialdemokraten bestimmt wird“. Helmut Rohde, der Vorsitzende der AfA, stellte im Hinblick auf die auf gewerkschaftlichen Einheitslisten gewählten Betriebsratskandidaten fest, daß die sozialdemokratischen Kandidaten ein großes Vertrauen erhielten. „Keine andere Partei konnte dies erreichen.“

Wenngleich während des gesamten Parteitages immer wieder versucht wurde, sich als arbeiterfreundlich hinzustellen und in den Beschlüssen auch manche gewerkschaftlichen Vorstellungen wiederzufinden sind, so war jedoch nicht zu überhören, daß die SPD ihre politischen Vorstellungen finanzieren will, indem sie alle, das heißt im Klartext, alle Arbeiter, Angestellten und Beamten, zur Kasse bitten will. In der vom Parteivorstand verabschiedeten „Münchener Erklärung“ heißt es allgemein: „Zur Konsolidierung der sozialen Sicherheitssysteme sind wir unter Bedingungen bereit, die das Prinzip Gerechtigkeit wahren.“

Was ist darunter zu verstehen? Willy Brandt, der das Netz der sozialen Sicherheit zwar in seinen Kernbereichen erhalten wissen will, meinte, daß jedoch damit zu rechnen sei, „daß die Leistungsgesetze noch mehrfach abgekippt“ würden. Dies sei unvermeidlich. Helmut Schmidt wollte zwar nicht von „Blut und Schweiß und Tränen“ reden, sagte aber: „Erhebliche materielle Opfer bleiben notwendig.“ Dieses Problem wurde von verschiedenen Rednern variiert. Wolfgang Roth, der im Arbeitskreis I „Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik“ referierte, will kurzfristig den Verbrauchsanteil am Sozialprodukt vermindern und den älteren Mitbürgern sagen, daß die bisherige Rentenberechnungsformel „nicht mehr aufrechterhalten werden“ könnte. In den Gewerkschaften werde die Bereitschaft „zu vernünftigen Lohnabschlüssen“ benötigt.

Staatssekretärin Anke Fuchs, die kurz nach dem Parteitag zur Ministerin avancierte, erklärte, daß die SPD nicht die Absicht habe, mit dem Kapitalismus zu brechen. Man wolle ihm nur die Gifzähne ziehen. Darauf zu verweisen ist wichtig, um den Inhalt des bedeutsamen wirtschaftspolitischen Antrages zu begreifen, in den auch einige Forderungen aufgenommen wurden, die aus dem gewerkschaftlichen Bereich kommen.

So wird eine vorausschauende Technologie- und Strukturpolitik gefordert, jedoch keine grundlegende demokratische Reform wie die „Vergesellschaftung der Schlüsselsektoren der Volkswirtschaft“, wie dies die Anträge 414

und 415 forderten. Große Hoffnungen setzt die SPD wieder auf die Vermögenspolitik. Willy Brandt sagte, daß über sie Mittel beschafft werden sollen für notwendige Investitionen. Helmut Schmidt verwies darauf, daß Vorschläge „Arbeitnehmer stärker am Zuwachs des Produktionsvermögens zu beteiligen... nicht die ungeteilte Zustimmung aller Gewerkschaften bekommen“ würden. Abweichend vom schriftlichen Redetext meinte er: „Jetzt noch nicht.“

Der strukturelle und technologische Wandel soll durch die Steuergesetzgebung, über die Infrastrukturausstattung, durch die Förderung von Forschung und Entwicklung, von Qualifizierung und Innovation, durch die Gestaltung des Umwelt- und Sozialrechts beeinflußt werden, das heißt vor allem über das private Kapital. Zur Arbeitszeitpolitik werden die tarifpolitischen Zielsetzungen der Gewerkschaften zur Verkürzung der Arbeitszeit in ihren verschiedenen Formen unterstützt. Die Parteiführung favorisiert jedoch die Verkürzung der Lebensarbeitszeit, vor allem über die sogenannte Tarifrente.

Anträge zur sozialen Sicherung wurden, soweit ihre Verwirklichung materielle Auswirkungen hätten, ausnahmslos an die Bundestagsfraktion überwiesen. Der Antrag des Unterbezirks Wiesbaden, der das Verbot der Aussperrung forderte, wurde in der Form angenommen, daß die SPD jeden geeigneten Weg gehen wolle, „um die Aussperrung aus der gesellschaftlichen Wirklichkeit zu verdrängen“.

In seiner Begrüßungsrede hatte der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter, nachdem er versucht hatte, Übereinstimmung mit der Zielstellung der SPD hervorzuheben, in einigen Fragen Kritik an der FDP angemeldet. „Teile der Regierung“ hätten die beschäftigungspolitischen Vorschläge des DGB nicht ernst genommen. Die SPD kritisierte er wegen der neuen Zumutbarkeitsregelung. Ansonsten versuchte er, dem immer wieder beschworenen sozialen Konsens zu entsprechen. Er berichtete, daß der DGB wegen der hohen Arbeitslosigkeit „in einer Reihe von Gesprächen“ – man bedenke – die „direkte Auseinandersetzung mit den Verantwortlichen“ gesucht habe.

Vetter will sich nicht Lohnverzicht mit einer falsch angelegten Vermögenspolitik versüßen lassen und wandte sich gegen weitere Einsparungen bei den Sozialleistungen. Frieden und Abrüstung waren für ihn kein Thema.

Bei den Wahlen in den Parteivorstand ist zu vermerken, daß von den kandidierenden Gewerkschaftsfunktionären der stellvertretende Vorsitzende der IG Chemie-Papier-Keramik, Werner Vitt, erst im zweiten Wahlgang den Sprung schaffte. Elfriede Hoffmann vom Hauptvorstand der Gewerkschaft HBV und Ulrike Mascher, Betriebsratsvorsitzende bei der Allianz-Versicherung, blieb auch dies versagt. Heinz Schäfer

Vom Ostermarsch 1982 bis zum Antikriegstag

Das laufende Jahr 1982 stellt an die friedliebenden Menschen in der Bundesrepublik ganz besondere Anforderungen hinsichtlich ihrer Verantwortung und Aktivität für atomaren Rüstungsstopp, Abrüstung und Friedenssicherung. Nach dem Höhepunkt der Bewegung am 10. Oktober 1981 in Bonn sind es in diesem Jahr gleich mehrere Anlässe zu unverminderter Aktivität: die Ostermarsche, der 1. Mai, der Reagan-Besuch im Juni in Bonn und der traditionelle Antikriegstag am 1. September. Daneben wird es viele örtliche, regionale und auch zentrale Aktionen und Manifestationen gegen Rüstungswahn und Sozialabbau geben. Der DGB-Kongress Mitte Mai sollte dazu gehören.

Zweifellos haben die nach 14jähriger Pause unter dem Zwang der Entwicklung wiederbelebten Ostermärsche allen verantwortlichen Politikern im Lande signalisiert, daß der Elan der Friedensbewegung nicht erlahmt, sondern stärker geworden ist. Fast eine halbe Million Menschen, die ungeachtet aller Unbillen des Wetters von Karfreitag bis Ostermontag über Landstraßen und Asphalt demonstrierten, sind ein ernstzunehmendes Zeichen des Volkswillens.

Solange in der Bundesrepublik über 50 Milliarden DM jährlich verpulvert werden, sagte Detlef Hensche vom geschäftsführenden Hauptvorstand der IG Druck und Papier vor 8000 Kundgebungsteilnehmern in Stuttgart, „so lange sind Sparhaushalte mit Abstrichen am Sozialat, so lange ist die Weigerung, ein wirksames Beschäftigungsprogramm aufzunehmen, ein sozialer und politischer Skandal“. In Nürnberg rief der dortige IG-Metall-Vorsitzende, Horst Klaus, rund 12 000 Ostermarschierern zu: „Die militärische Aufrüstung führt geradewegs in die soziale Demontage!“ Große Kundgebungen und Beteiligungen gab es in vielen Städten, so in Hamburg mit 50 000, Bremen mit 12 000, Bielefeld mit 12 000, Frankfurt mit 60 000, Kaiserslautern mit 7500 und München mit 10 000.

Zehntausende unter den Ostermarschierern waren Gewerkschafter, die so dazu beitrugen, die Abrüstungs- und Friedensbeschlüsse ihrer Organisationen und des DGB mit Leben zu erfüllen. Jedoch hatten die demonstrierenden Gewerkschafter zu ihren Osteraktionen nicht den „Segen“ des DGB-Bundesvorstandes erhalten. So war denn das verantwortungsvolle Handeln der halben Million Bundesbürger der „Welt der Arbeit“ (15. April) nur 23 mit Spitzen gegen die DKP und die Sowjetunion gespickte Zeilen wert.

Die DGB-eigene Friedensveranstaltung der Gewerkschaftsjugend in der Dortmunder Westfalenhalle mit 4500 Teil-

nehmern kommt mit einem längeren Bericht erheblich besser weg. Die Versuche, als „wirkliche“ Friedensfreunde nur gelten zu lassen, wer auch „Solidarnosc“ zufreut, wirken etwas deplaciert. Beifall bekam DGB-Bundesjugendsekretär Hanns Brauser dann schließlich an der richtigen Stelle, als er ausrief: „Keine neuen Atomwaffen in Europa. Weg mit der Nachrüstung. Weg mit allen Atomraketen!“ Genau darum geht es. Und dafür demonstrierten auch die 480 000 Ostermarschierer.

Ein weiteres Datum des Protestes gegen das Vollstopfen der Bundesrepublik und anderer Länder Europas mit

ber
ent-
sp
beitsamt verzichten oder ohne Hilfe des Arbeitsamtes einen Ausbildungsort suchen, fallen unter den Tisch.

neuen Generationen amerikanischer Atomwaffen, das unausweichlich entsprechende Reaktionen der UdSSR hervorrufen müßte, steht schon fest: Am 10. Juni, wenn Präsident Reagan in der Bundesrepublik weilt, werden 150 000 Gegner des Wettrüstens in Bonn sein, um laut und vernehmlich „nein“ zu sagen. Der Koordinierungsausschuß für die Protestveranstaltung teilte am 28. April mit, daß schon 300 Organisationen und Gruppen seinen Aufruf unterschrieben haben.

Wieder werden Sonderzüge aus allen Teilen der Bundesrepublik in die Bundeshauptstadt rollen. „Aufstehen für den Frieden!“ lautet die Lösung des Aufrufs, „Den Widerstand verstärken. Keine neuen Atomraketen in Europa!“ Es blieb den „Grünen“ vorbehalten, die mit zu den Initiatoren der Veranstaltung zählen, sich „immerhin Respekt“ des Hochfinanz-Sprachrohrs „Frankfurter Allgemeine“ zu verdienen. Das Blatt lobte ihre Repräsentanten dafür, daß sie es fertiggebracht haben, dem Aufruf eine Präambel anzufügen, in der die Atomraketenfrage mit den aktuellen Lieblingsthemen des Antikommunismus verquickt sind: Kirchenopposition in der DDR, Solidarnosc und CSSR-Dissidenten. „Es läuft diesmal besser als im Oktober“, folgerte am 29. 4. die FAZ zufrieden. Indessen: Man wird davon ausgehen können, daß die Friedensbewegung nicht über jeden Knüppel stolpert, den man ihr zwischen die Beine wirft.

beitsamt verzichten oder ohne Hilfe des Arbeitsamtes einen Ausbildungsort suchen, fallen unter den Tisch.

Den größten Rückgang an Ausbildungsplätzen gab es im Bereich Industrie und Handel, hier sank die Zahl der abgeschlossenen Lehrverträge um 8,3 Prozent. Deutlich wird hier, daß in Zeiten der Zuspitzung der Massenarbeitslosigkeit vor allem auch Großbetriebe dazu übergehen, Lehrstellen abzubauen. So wurden zum Beispiel im Stahlkonzern Peine & Salzgitter im vergangenen Jahr 110 Ausbildungsplätze gestrichen.

Die Bundesregierung hatte im März 1981 eine Steigerung des Ausbildungspotenzials im öffentlichen Dienst um 11 Prozent angekündigt. Die nur geringfügige Steigerung um 2,4 Prozent zeigt, daß dieses Versprechen mehr ein Lippenbekenntnis war.

Der Berufsbildungsbericht wird erneut die Verschlechterung der Ausbildungssituation für benachteiligte Gruppen festgestellt. Junge Frauen, ausländische Kolleginnen und Kollegen, Behinderte und Jugendliche mit niedrigem oder keinem Schulabschluß haben besondere Schwierigkeiten, einen Ausbildungsplatz zu finden.

In seiner Stellungnahme macht der DGB eine Berufsbildungsbilanz auf, in der die Zahl der Jugendlichen, die 1981 versorgt werden müssen, der Zahl der versorgten Jugendlichen gegenübergestellt wird. Der DGB kommt zu dem Ergebnis, daß 273 900 Jugendliche 1981 ohne Berufsausbildung geblieben sind. In einer Prognose für 1982 befürchtet der DGB, daß sich diese Zahl auf 332 000 vergrößern wird.

Zu ähnlichen Ergebnissen kommt die Abteilung Berufsfortbildung beim Vorstand der IG Metall. Sie fordert zu der vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft für 1982 angekündigten „Ausbildungsinitiative“, daß „die Unternehmer auf die Beseitigung der Mängelsituation zu verpflichten“ sind. „Zu den notwendigen staatlichen Eingriffen in das Angebots- und Verfügungsmonopol der Unternehmer gehört eine Ausbildungsverpflichtung der Betriebe“.

Sie Ansätze zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit bieten die Beschlüsse der 11. DGB-Bundesjugendkonferenz vom November 1981. Dort wurde ein Sofortprogramm mit konkreten Schritten zur Behebung der Jugendarbeitslosigkeit gefordert. Und auch der bevorstehende 12. ordentliche DGB-Bundeskongreß vom 16. bis 22. Mai in Westberlin wird sich mit dem Problem der Jugendarbeitslosigkeit und dem Ausbildungspotenzial beschäftigen. Entsprechende Anträge zu diesem Problem liegen vor. S. E.

Nach fünftägiger Besetzung 115 Arbeitsplätze gesichert

Nach fünftägiger Nonstopbesetzung der Werkstore kann die rund 350köpfige Belegschaft von Rockwell Golde in Frankfurt, einem Zweigbetrieb des US-Multis Rockwell International, vorerst befreit aufatmen: Die 115 angekündigten Entlassungen werden nicht vorgenommen. Das sieht eine am 21. April nach zähen Verhandlungen zwischen Betriebsrat und Geschäftsleitung erzielte Vereinbarung vor. Darüber hinaus einigte man sich auf folgende Punkte:

- Die durch Streik und Betriebsbesetzung verursachten Ausfallzeiten werden voll bezahlt.
 - Es wird keine Maßregelung für die an Streik und Besetzung Beteiligten geben.
 - Die Einführung neuer Produktionen wird geprüft.

Einen großen Stellenwert hatte die Solidarität von Mitgliedern anderer Gewerkschaften und Organisationen. Die Besetzer wurden mit Essen und heißen Getränken versorgt. Die durch die Schließung von VDM arbeitslos gewordenen Kollegen bestärkten die Rockwell-Besetzer in der Absicht, keinen Zentimeter breit nachzugeben. In einem Solidaritätsschreiben erklärten sie: „Bleibt im Werk! Kämpft um jeden Arbeitsplatz! Ihr könnt gewinnen!“ Dieses Schreiben und andere Solidaritätsbekundungen wurden am Werkstor angebracht. Auch die IG-Metall-Ortsverwaltung hatte Verständnis für die um die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze kämpfenden, denn, so IG-Metall-Sekretär Costarelli: „Wenn jemand getreten wird, muß er sich wehren können.“

Es fehlte nicht an Versuchen, die Besetzer, darunter auch zahlreiche ausländische Kollegen, vor allem Türken, zum Aufgeben zu bringen. Alle Aufforderungen des Geschäftsführers Blankenburg, an die Arbeit zurückzugehen, wurden jedoch mit einem klaren Nein beantwortet. Gerüchte über einen bevorstehenden Polizeieinsatz und die Einschaltung des türkischen Konsulats blieben ohne Wirkung. „Die Kollegen würden uns doch erschlagen, wenn wir jetzt aufgeben“, erklärte der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende Hermann Sorg. Und IG-Metall-Sekretär Costarelli schätzte die Lage so ein, daß die Belegschaft „notfalls auch auf mehrere Wochen Streik eingerichtet“ sei.

Schließlich konnte Betriebsratsvorsitzender Heinz Göppner am Abend des 20. April nach stundenlangen Verhandlungen mit dem Geschäftsführer Blankenburg, der sich inzwischen bei der europäischen Konzernzentrale mit Sitz in England neue Instruktionen geholt hatte, das obengenannte Ergebnis bekanntgeben. Dieser Erfolg wird nicht ohne Auswirkungen bleiben. Immerhin kämpfen in 14 Frankfurter Betrieben – darunter bei Mannesmann-Demag, wo 140 Arbeitsplätze vernichtet werden sollen – Belegschaften um die Erhaltung ihrer Existenz. Und nicht ohne Grund sprechen Gewerkschafter von einer „Vitaminspritze“, die ihnen die Rockwell-Belegschaft verabreicht hätte.

Draستisch gekürzt: Sozialhilfe – Leben am Rande der Armut

Heftige Proteste hat die Kürzung oder völlige Streichung des Zusatztaschengeldes für die Bewohner der Alten- und Pflegeheime ausgelöst. In Niedersachsen beispielsweise sollten dadurch Heimbewohner im Höchstfall nur noch 87 DM statt bisher 157 DM pro Monat erhalten. Wobei die Bezeichnung „Taschengeld“ für diese Leistung irreführend ist. Denn dieses Geld können die Heimbewohner keineswegs in Kaffee, Kuchen, Rauchwaren und Spirituosen umsetzen, sondern müssen davon ihre Körperpflege, den Friseur, Fahrt-, Porto- und Telefonkosten und vieles andere bestreiten. Mit Recht haben die Heimbewohner sich energisch und mit Erfolg gegen die Kürzung dieser Sozialhilfe zur Wehr gesetzt.

Doch die geplanten Einschränkungen beim Taschengeld der Heimbewohner sind nur eine von den umfangreichen Rotstiftmaßnahmen bei den Sozialhilfen (s. Sozialdemontagen im Jahr 1982, Nachrichten 2/1982). Schon seit Jahren haben Bundes-, Landes- und Kommunalpolitiker immer wieder Kürzungen bei den Sozialhilfen gefordert. Allen voran der CDU-Ministerpräsident Schleswig-Holsteins, Stoltenberg, der selbst über ein Jahresgehalt von rund 200 000 DM verfügt. Mit der Haushaltsoperation '82 hat diese unsoziale Mafia eines ihrer Ziele erreicht: Auch das „unterste Netz der sozialen Sicherungen“ wurde vielfach durchlöchert!

Um für diese schändliche Sozialdemontage Stimmung zu machen, wurde versucht, in den Augen der Arbeiter und Angestellten die Sozialhilfeempfänger madig zu machen. Süchtige und Arbeitsscheue, so heißt es, lebten auf Kosten der Steuerzahler wie die Made im Speck. Es ist der alte Trick der Herrschenden, eine Gruppe der Arbeitnehmer gegen die andere auszuspielen: die noch in Arbeit Stehenden gegen die Arbeitslosen und Rentner, die deutschen gegen die ausländischen Kollegen, die Kollegen gegen die Kolleginnen, die nicht auf Sozialhilfe Angewiesenen gegen die Sozialhilfeempfänger usw. usw.... Denn der weitaus größte Teil der Sozialhilfeempfänger gehört zur Arbeiterschaft! Und bei anhaltender Massenarbeitslosigkeit müssen zunehmend auch mehr jüngere Arbeiter und Angestellte Sozialhilfe in Anspruch nehmen. Von der älteren Generation aber nimmt die Hälfte der Anspruchsberichtigten die ihnen zustehende Sozialhilfe gar nicht wahr, statt sie zu „mißbrauchen“.

Für die 2,1 Millionen Sozialhilfeempfänger wurden 1980 brutto 13,3 Milliarden aufgewendet. Davon wurden 3,3 Milliarden DM von anderen Sozialleistungsträgern zurückgestattet. Der Gesamtaufwand für die Sozialhilfe machte 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts aus, während 3 Prozent der Gesamtbevölkerung Sozialhilfeempfänger waren. 67

schaffungen und Reparaturen, beträgt jetzt im Bundesdurchschnitt für den Haushaltungsvorstand 338 DM. Für Ehegatten und Kinder kommen pro Person 152 bis 304 DM dazu. Da die Sozialhilfe bedarfsdeckend und die Führung eines Lebens ermöglichen soll, das „der Würde des Menschen entspricht“, gibt es für einige Empfänger Mehrbedarfszuschläge – so für Ältere (ab 65), Erwerbsunfähige, Personen, die zwei oder drei Kinder zu erziehen haben – in Höhe von bisher 30 Prozent des Regelsatzes. Wenn es trotz der niedrigen Sozialhilfesätze Arbeiter und Angestellte, vor allem mit mehreren Kindern, gibt, die nach Abzug der Wohnkosten weniger als Sozialhilfeempfänger zum Lebensunterhalt haben, dann nicht, weil die Sozialhilfen zu hoch, sondern die Arbeitsverdienste angesichts der steigenden Lebenshaltungskosten zu niedrig sind!

1980 haben Experten festgestellt, daß die Sozialhilferegelsätze um 25 Prozent erhöht werden müßten, um sie an die heutigen Lebensverhältnisse anzupassen. Doch mit der Haushaltsoperation '82 wurden die Regelsätze für 1982 mit 3 Prozent nur um die Hälfte der durchschnittlichen jährlichen Teuerungsrate angehoben. Das macht im Höchstfall 10 DM mehr im Monat aus! Die gleiche minimale Erhöhung ist auch für 1983 festgelegt. Zugleich aber wurde ab April dieses Jahres der Mehrbedarfzuschlag um ein Drittel, von 30 auf 20 Prozent des Regelsatzes, gekürzt. Einem älteren Alleinstehenden bleiben damit für den laufenden Lebensunterhalt im Monat bundesdurchschnittlich nur noch 406 DM, das sind 21 DM weniger als im Jahr 1981, und einem älteren Ehepaar nur noch 730 DM und damit 38 DM weniger als 1981! Damit werden die Sozialhilfeempfänger unter die Grenze der Armut gedrückt. Von einem Leben, das der Würde des Menschen entspricht, kann dabei nicht die Rede sein.

Arthur Böpple

Prozent aller Sozialhilfeausgaben entfielen auf Hilfen in besonderen Lebenslagen, überwiegend für Personen, die in Heimen untergebracht sind. Dieser relativ hohe Aufwand aber ist nicht von den Heimbewohnern, sondern von den extrem gestiegenen Heimkosten verursacht. So ist in den letzten zehn Jahren der durchschnittliche Alterspflegesatz von 20 auf 70 DM pro Tag erhöht worden. Im Monat müssen also durchschnittlich 2100 DM für einen Heimplatz gezahlt werden. Bei Intensivpflege wurden schon 1979 bis zu 4600 DM Monatskosten ermittelt. Da langt auch eine in fünf Jahrzehnten durch Arbeit und Beitragszahlung erworbene gute Rente nicht! Mehr als 90 Prozent aller Pflegeheimbewohner sind deshalb auf Sozialhilfe angewiesen. Und jedem, der heute noch arbeitet, kann es im Alter genauso ergehen, wenn er nicht schon früher, als Arbeitsloser, Sozialhilfeempfänger wird!

Noch nie konnten Sozialhilfeempfänger wie die Made im Speck leben. Der Regelsatz für die Bestreitung aller Lebenshaltungskosten im Monat, ohne Ausgaben für Wohnung, größere An-

Krankenstand nicht erhöht

Seit Einführung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall hätten die Krankheitszeiten bei Arbeitern zugenommen. Diese Verleumdung wird von Unternehmerverbänden und -institutionen immer wieder verbreitet. Damit soll die Forderung nach Kürzung des Krankenlohnes und -geldes und nach noch höheren Zahlungen zu den Krankheitskosten begründet werden.

Der Verband deutscher Hausärzte (BPÄ) hat jetzt jedoch auch den Vorwurf zurückgewiesen, daß die Ärzte zu schnell krank schreiben. Er hat nachgewiesen, daß seit Einführung der Lohnfortzahlung für Arbeiter 1970 die Fehlzeiten aus Krankheitsgründen konstant geblieben sind. Sie sind sogar leicht zurückgegangen, von 5,6 Prozent

1970 auf 5,5 Prozent 1980 und 5,2 Prozent Krankenstand 1981. Der Landesverband Niedersachsen der Allgemeinen Ortskrankenkassen registrierte sogar einen erheblichen Rückgang des Krankenstandes, von 6,08 Prozent am 1. Februar 1981 auf 4,78 Prozent am 1. Februar 1982. Diese Entwicklung ist jedoch nicht ein Zeichen für eine Besserung des Gesundheitszustandes der abhängig Beschäftigten. Sie ist vielmehr ein Ergebnis des rücksichtslosen Ausleseprozesses in Betrieben und Verwaltungen, bei dem die Kollegen mit angeschlagenener Gesundheit auf der Strecke bleiben, und der Furcht älterer Arbeiter und Angestellten, bei Krankmeldungen den Arbeitsplatz zu verlieren.

A. B.

AUS DEM ARBEITS- UND SOZALRECHT

DGB-Friedensappell und die Folgen

Die Gestaltung des Schwarzen Bretts gehört zu den klassischen Rechten von Gewerkschaften und Vertrauensleuten. Gerichtliche Auseinandersetzungen, was im einzelnen am Schwarzen Brett hängen darf, gibt es relativ selten. Zu diesen seltenen Ausnahmen gehört der DGB-Friedensappell „Frieden durch Abrüstung“. Er wurde Gegenstand eines Verfahrens zwischen der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) und dem Düsseldorfer Metro-Großmarkt. Ein Gewerkschaftsmitglied hatte das Plakat „Antikriegstag 1981“ und den DGB-Appell an das Schwarze Brett angebracht. Der Personalchef der Metro veranlaßte die Entfernung der Materialien.

Die HBV beauftragte daraufhin beim Arbeitsgericht (ArbG) Düsseldorf den Erlass einer einstweiligen Verfügung. Die Metro sollte verpflichtet werden, die Plakate wieder aufzuhängen und sie nicht wieder zu entfernen. Das ArbG wies die Anträge ab. Die eingelegte Berufung wurde vom Landesarbeitsgericht (LAG) Düsseldorf ebenfalls abgewiesen (Urteil v. 3.11.1981 – 18 Sa 1087/81).

Die ersten Seiten der Begründung lesen sich allerdings recht vielversprechend: Der Frieden „ist eines der höchsten Güter der Gesellschaft. Daher ist es nur zu begrüßen, wenn sich gesellschaftliche Gruppen mit Nachdruck für den Frieden und seine Erhaltung einsetzen. Zu diesen gesellschaftlichen Gruppen gehören auch die Gewerkschaften.“ Diese hätten im Betrieb das Recht auf Selbstdarstellung. Auch politische Fragen – im weitesten Sinne – ließen sich aus dem betrieblichen Geschehen nicht ausklammern.

Nun gibt es aber den § 74 Abs. 2 S. 3 Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG), wonach sich Unternehmer und Betriebsrat jeglicher parteipolitischer Betätigung im Betrieb zu enthalten haben. Ausgenommen davon ist „die Behandlung von Angelegenheiten tarifpolitischer, sozialpolitischer und wirtschaftlicher Art, die den Betrieb oder seine Arbeitnehmer unmittelbar betreffen“. Zutreffend geht das LAG davon aus, daß das Verbot parteipolitischer Betätigung eng auszulegen sei. Gegen eine Friedenswerbung der Gewerkschaft lasse sich grundsätzlich nichts einwenden.

Es müsse aber „in der pluralistischen Gesellschaft“ alles ausgegrenzt werden, „was zu einer Polarisierung im Betrieb führen kann“. Das Antikriegsplakat bilde mit dem Friedensappell

eine Einheit. Letzterer enthalte jedoch auch Stellungnahmen zu außenpolitischen Fragen. „Daraus aber ergibt sich Parteipolitik mit ihrer Polarisierung, durch die eine Gefährdung des Betriebsfriedens zu befürchten ist.“ Zur angeblich betriebsfriedensgefährden Wirkung des DGB-Friedensappells heißt es in der Urteilsbegründung weiter:

„Außerdem rivalisieren verschiedene Friedensbestrebungen miteinander. Bekannt ist der Krefelder Aufruf, der von dem des DGB abweicht... Es ist durchaus denkbar, daß, trotz des generellen Konsenses bezüglich des Friedens und seiner Erhaltung, über den Weg zur Verwirklichung verschiedene Auffassungen bestehen und Arbeitgeber wie Arbeitnehmer verschiedene Wege zur Verwirklichung für richtig halten und daher zwar der einen Auffassung folgen, sich aber gegen eine andere Auffassung wenden.“ Das Aufhängen der Plakate sei eine weder durch das BetrVG noch durch das Grundgesetz gedeckte politische Maßnahme gewesen.

Der DGB-Friedensappell gehe über „eine Selbstdarstellung der Gewerkschaft in sozial- und koalitionspolitischer Hinsicht hinaus, so daß... ein Arbeitgeber, der sich möglicherweise eine andere Verwirklichung des Friedensappells vorstellt, eine betriebliche Polarisierung befürchten kann. Er ist daher berechtigt, die Gewerkschaft zu bitten, ihr entsprechendes Schriftgut vom Schwarzen Brett zu entfernen.“ Allerdings hätten die Plakate nicht eigenmächtig abgerissen werden dürfen. Vielmehr hätte die Metro eine einstweilige Verfügung gegen die HBV beantragen müssen.

Das Urteil ist rechtskräftig, da es in einstweiligen Verfügungsverfahren keine Revision gibt. Ferner hat die HBV die Klage im Hauptsacheverfahren zurückgenommen, was allerdings nicht unter jedem Gesichtspunkt überzeugt. Es liegt auf der Hand, daß das LAG Düsseldorf einen schweren Eingriff in gewerkschaftliche Handlungsfreiraume vorgenommen hat. Dies hat nichts mit mangelndem Fingerspitzengefühl (DGB-Friedensappell kann Betriebsfrieden gefährden!) zu tun. Die Bedeutung des Urteils liegt insoweit darin, daß es als eine Art juristischer Vorbeugemaßnahme gegen Diskussionen bzw. gegen die Gefahr von Diskussionen über grundlegende Zusammenhänge zwischen Rüstung einerseits und Wirtschafts- und Sozialpolitik andererseits eingesetzt werden kann.

H. F.

In diesen Tagen finden in den Dienststellen des Bundes, bei Bahn und Post die Personalratswahlen nach dem Bundespersonalvertretungsgesetz statt. Die mit dem Vertrauen ihrer Kollegen gewählten Personalräte werden schwierige Aufgaben zu bewältigen haben.

Zu dieser Aufgabenerfüllung gehört auch eine exakte Kenntnis der rechtlichen Möglichkeiten. Ein Kommentar zum PersVG, der sich einzig einer aktiven Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten verschrieben hat, sollte zum Rüstzeug jedes Personalrats gehören. Ein solcher Kommentar ist der von Rolf Geffken und Rosemarie Busch in unserem Verlag erschienen. Das „Signal“, Zeitschrift für Funktionäre der GdED, schrieb: „... Der Preis weist dieses Buch als den einzigen fortschrittlichen Kommentar der Personalvertretungsgesetze aus, der auch erschwinglich ist. Mit der Vielzahl von konkreten Hinweisen für die tägliche Praxis, die dieser Kommentar enthält, bedeutet er eine unentbehrliche Hilfe für die Interessenvertretung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst.“ Gegen Vorüberweisung von 27 DM und 2 DM für Versandkosten auf unser Postscheckkonto ist der in 2. Auflage neu kommentierte Gesetzesentwurf direkt vom Verlag beziehbar. Die Angabe der Bestell-Nr. 022 genügt.

Ein solches Bestellverfahren bietet sich auch für den Bezug von Büchern an, die wir in der vierseitigen Werbebeilage in dieser Ausgabe anbieten. Übrigens entfällt dann bei Bestellungen über 30 DM der sonst obligatorische Versandkostenanteil. Sicher lohnenswert für jeden Gewerkschafter dürfte angesichts der Diskussionen um und der Angriffe auf die Einheitsgewerkschaft unser Buch zu diesem Thema sein, das sich mit den historischen Quellen, politischen Grundlagen und aktuellen Problemen der Einheitsgewerkschaften beschäftigt. Darüber hinaus werden eine Fülle von Dokumenten aus der Entstehungsgeschichte der Einheitsgewerkschaft aufgenommen. Unser Subskriptionsangebot von 18 DM (späterer Ladenpreis 25 DM) soll Anreiz sein für den NACHRICHTEN-Leser, das Buch jetzt schon vorzubestellen.

Ausdrücklich hinweisen wollen wir noch auf die neuesten Ausgaben der nachrichten-reihe. Ab der nächsten Ausgabe (nr. 21) tritt hier eine Preisänderung ein: Das Einzelheft wird dann 6 DM kosten zuzüglich Versandkosten bei Bestellung über den Verlag. Günstiger dran sind da die Abonnenten, die jedes Heft für 5 DM inklusive Porto und Verpackung sofort nach Erscheinen, also noch druckfrisch, zugesandt bekommen. jaco

VERLAGSINTERNES

FDGB-Kongreß: „Herausforderungen der 80er Jahre werden gemeistert“

„Es gibt nichts Wichtigeres als den Frieden.“ Wie ein roter Faden zog sich diese Feststellung durch den 10. Kongreß der DDR-Einheitsgewerkschaft FDGB vom 21. bis 24. April in Berlin. Ob in der Rede Erich Honeckers, im Bericht des Bundesvorstandes, der vom FDGB-Vorsitzenden Harry Tisch erstaltet wurde, in allen Diskussionsreden oder in der angenommenen Willenserklärung, immer wieder wurde deutlich, daß der Kampf um den Frieden in der DDR als eine Grundfrage verstanden wird, als eine unabdingbare Voraussetzung für jede erfolgreiche Vertretung von Arbeiterinteressen.

Erich Honecker unterstrich vor allem die Verhandlungsbereitschaft und die konstruktiven Vorschläge der Sowjetunion, der DDR und der anderen sozialistischen Länder. „Im Kampf für die Abrüstung“, so betonte er, „geht es nicht nur um das Überleben, sondern auch darum, besser zu leben.“ Er erinnerte an den Hunger in der Welt, an die Rotstiftpolitik in vielen Ländern, an fehlende Mittel, um wachsende Armut und Elend erfolgreich zu bekämpfen.

Eine weitere Normalisierung der Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland, für die die DDR eintritt, würde günstigen Einfluß auf die Sicherung des Friedens haben, betonte der Generalsekretär des ZK der SED. Als zentrale Fragen nannte er: „Die Nichtstationierung neuer Arten von nuklearen und chemischen Waffen in Europa, die baldigste Wiederaufnahme der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über die Begrenzung strategischer Rüstungen, das Einfrieren der atomaren Aufrüstung, das Inkrafttreten eines Moratoriums für Mittelstreckenwaffen, ja bis hin zur Schaffung eines atomwaffenfreien Europas.“

In einer Willenserklärung „Zum Kampf für die Sicherung und Erhaltung des Friedens“ setzt sich der FDGB entschieden für die Verhinderung des NATO-Raketenbeschlusses, für Abrüstungsverhandlungen, für die Beendigung des Wettrüstens ein, damit die Rüstungsmilliarden dem sozialen Fortschritt in der Welt zugute kommen, für die Überwindung von Hunger, Krankheiten und Analphabetentum“.

Der FDGB zeigte sich auf dem 10. Kongreß als starke, selbstbewußte und kämpferische Klassenorganisation, die erfolgreich ihre Schutz- und Gestaltungsfunktion wahrnimmt. 3249 in geheimen Abstimmungen gewählte Delegierte vertreten 9 122 965 Gewerkschaftsmitglieder. Auffällig war der hohe Anteil an Frauen und Jugendlichen. Jeder dritte Delegierte war nach 1945 geboren, jeder zweite eine Frau.

66 Delegationen ausländischer Gewerkschaftsorganisationen sowie von vier internationalen Gewerkschaftsvereinigungen waren Ausdruck der Wertschätzung,

Löhne für 5,2 Millionen Beschäftigte angehoben. Lohnerhöhungen gab es vor allem für untere Einkommen sowie für Arbeiten unter erschwerten Bedingungen. Im Ergebnis stieg das durchschnittliche monatliche Bruttoarbeits-einkommen je vollbeschäftigtem Arbeiter in der volkseigenen Industrie von 947 Mark auf 1055 Mark im Jahre 1981. Gleichzeitig erhöhten sich die jährlichen Prämien im gleichen Zeitraum von 1086 auf 1233 Mark. Es gab höhere Lehrlingslöhne, verbesserte Stipendien, eine generelle Ausbildungsbeihilfe für alle Schüler der 11. und 12. Klassen sowie Kindergelderhöhungen für das dritte und jedes weitere Kind.

Das Angebot an preisgünstigen gewerkschaftlichen Ferienreisen stieg von 3 Millionen 1977 auf 4,6 Millionen 1981, also um mehr als 50 Prozent. 1,1 Millionen Arbeitsplätze wurden neu- oder umgestaltet, vor allem um die Arbeit zu erleichtern und sicherer zu machen. Die Unfallhäufigkeit konnte um 13 Prozent gesenkt werden.

Sowohl im Bericht von Harry Tisch wie in allen Diskussionsbeiträgen wurde deutlich, daß diese Erfolge nur möglich waren, weil die Arbeiterklasse der DDR und ihre Einheitsgewerkschaft unter sozialistischen Eigentums- und Machtverhältnissen auch die Wirtschaftspolitik zu ihrer eigenen Sache gemacht haben.

Aus der Erkenntnis, daß die Stärkung des Sozialismus die entscheidende Voraussetzung für die Meisterung der Herausforderung der 80er Jahre, für die Absicherung des Erreichten, für die weitere Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen wie für die Sicherung des Friedens ist, nahm der Erfahrungsaustausch, die Orientierung auf den sozialistischen Wettbewerb, auf weiteres wirtschaftliches Wachstum, auf höhere Effektivität und Qualität der Produktion, also die Gestaltungsfunktion der Gewerkschaften, einen breiten Raum in den Beratungen ein.

Der Kongreß erteilte all jenen eine Absage, die einen Keil zwischen politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung der DDR treiben möchten. Wenn in einem Brief an den Generalsekretär der SED, Erich Honecker, das Kampfbündnis zwischen SED und FDGB, die führende Rolle der Partei der Arbeiterklasse und das Bekenntnis der Gewerkschaften zum sozialistischen Staat bekräftigt wurden, so entspricht das, wie der Kongreß betonte, den realen Erfahrungen wirksamer gewerkschaftlicher Interessenvertretung.

Die 240 neu gewählten Bundesvorstandsmitglieder des FDGB wählten Harry Tisch erneut zum Vorsitzenden und Johanna Töpfer zur stellvertretenden Vorsitzenden. Als Sekretäre des FDGB-Bundesvorstandes wurden gewählt: Frank Bochow, Harald Bühl, Werner Heilemann, Horst Heintze, Bärbel Ritter, Fritz Rösel und Kurt Zahn. Günther Blum

Gelähmter EGB zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Mit dem Appell des neu gewählten Präsidenten, Georges Debumne (Belgien), endlich zur Zusammenarbeit und zur gemeinsamen Aktion zu kommen, ging am 23. April 1982 in Den Haag (Holland) der 4. ordentliche Kongreß des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) zu Ende. Inhaltlich bildeten die Suche nach Mitteln zur Überwindung der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit sowie der Kampf der Gewerkschaften für Frieden Schwerpunkte der fünfjährigen Beratungen. Gegenstand der Erörterungen war aber auch der Zustand der Organisation, der sich – eigentlich schon seit der Gründung – in unzureichender Solidarität und mangelndem Handlungsvermögen äußert.

Der EGB hat in 19 Ländern Europas 34 Mitgliedsorganisationen, die zusammen rund 40 Millionen Mitglieder zählen. Diese wurden von 171 Delegierten – ausnahmslos hauptamtliche Funktionäre – vertreten. Der bisherige Präsident, Wim Kok (Holland), stellte sich nicht zur Wiederwahl, um sich intensiv der Zusammenführung aller holländischen Gewerkschaften zu einem einheitlichen Bund widmen zu können. Wahrscheinlich ist auch Resignation mit im Spiel. Generalsekretär Hinterscheid wurde einstimmig wiedergewählt, wie überhaupt alle personellen Entscheidungen einstimmig getroffen wurden. Der von der DGB-Spitze abtretende Heinz Oskar Vetter ließ sich in Den Haag für drei Jahre zu einem der EGB-Vizepräsidenten wählen.

Der Kongreß verabschiedete nach schwierigen Beratungen im Resolutionsausschuß und häufigen Änderungen eine Entschließung für „Frieden und Abrüstung: jetzt“. Waren in dem Sekretariatsentwurf Polen, Afghanistan, Türkei und El Salvador in einem Atemzug genannt worden, so ist in der verabschiedeten Fassung keine direkte Erwähnung mehr enthalten. Zum Thema Polen bzw. Türkei wurden jeweils eigene Entschließungen angenommen.

„Arbeitnehmer in ganz Europa fordern die Senkung von Militärausgaben, damit mehr Finanz- und andere Mittel für den sozialen Fortschritt in Europa und insbesondere in den Entwicklungsländern zur Verfügung stehen“, heißt es in der Friedensentschließung.

Gefordert werden „das Verbot der Herstellung, der Stationierung, der Weitergabe, der Entwicklung und der Anwendung nuklearer, chemischer, bakteriologischer und sonstiger Vernichtungsmittel sowie neuer Waffentechnologien mit dem Ziel einer fortschreitenden kontrollierten Abrüstung“.

Die Suche nach einem Ausweg aus Krise und Massenarbeitslosigkeit beherrschte vom ersten bis zum letzten Tag die Diskussion. Dabei wurde aber auch die Aussichtslosigkeit der bisherigen

EGB-Praktiken deutlich. Forderungen allein mit Entschließungen und in Verhandlungen mit den Organen der EG und EFTA durchsetzen zu wollen. Mehrere Versuche von Wim Kok seit dem Münchener Kongreß 1979, Aktionstage des EGB gegen Arbeitslosigkeit zu proklamieren, waren an der mangelnden Bereitschaft einflußreicher Mitgliedsbünde – auch des DGB –, die eigene Regierung und die „Europäische Gemeinschaft“ unter Druck zu setzen, im Sande verlaufen. Hinzu kommt noch ein weiterer Aspekt, den Mathias Hinterscheid beim Namen nannte: „Die Schwächen und die Ohnmacht der bestehenden europäischen Institutionen sind so augenfällig, daß man sich die Frage stellen muß, ob von ihnen noch eine Lösung für unsere Probleme erwartet werden kann.“

Dieser Europäische Gewerkschaftsbund könnte für die Verteidigung und Durchsetzung der sozialen und gesellschaftlichen Interessen der Lohnabhängigen eine sehr schlagkräftige Waffe sein, die er zur Zeit nicht ist. Denn dazu wäre es dringend erforderlich, daß sich seine bestimmenden Kräfte zu einer gewerkschaftspolitisch eigenständigen Position und Aktion entschließen könnten, statt immer nur Anhänger der EG-Organisation zu sein und Rücksichten auf die Politik der nationalen Regierungen zu nehmen. Solange man sich aber aus den Denkbahnen und „Sachzwängen“ der kapitalistischen Wirtschaftsabläufe nicht zu lösen vermag, dürfte der EGB weiterhin ohnmächtig bleiben – wie bisher.

Für den EGB und seine Gewerkschaften ist darum wichtig, was in Ansätzen auf dem Kongreß bereits an Selbstkritischem gedacht und gesagt wurde: Die „gleichzeitig in allen Ländern und allen Wirtschaftsbereichen durchzuführende gewerkschaftliche Direktaktion“ zur Durchsetzung der berechtigten Forderungen müsse alternativ zur bisherigen Verhandlungspraxis „in unseren Denkprozeß“ einbezogen werden. Diese Überlegung von Mathias Hinterscheid wurde ähnlich auch von dem neuen Präsidenten des EGB, Georges Debumne, angestellt. Nun fehlen nur noch die Taten.

In einem Acht-Punkte-Katalog werden konkret u. a. gefordert: 35-Stunden-Woche, Senkung des Rentenalters, mindestens sechs Wochen Urlaub plus Bildungsurlaub, Vollzeitschulpflicht bis zum 16. Lebensjahr und Einschränkung – später Abschaffung – von Überstunden. Die EGB-Mitgliedsländer erklären ausdrücklich: „Auf nationaler und sektoraler Ebene werden die Gewerkschaften Parallelaktionen zur Erreichung dieser Ziele unternehmen.“

Kritik von mehreren Vertretern der westeuropäischen Gewerkschaftsbewegung mußte sich der DGB der Bundesrepublik anhören. Ausgehend von der Tatsache, daß der DGB im Herbst vergangenen Jahres mit einer Austrittsdrohung die Aufnahme der von ihm als „kommunistisch“ bezeichneten „Arbeiterkommissionen“ in Spanien und des Gewerkschaftsbundes „Intersindical“ in Portugal verhindert hatte, wandten sich die Redner gegen Reglementierung und Monopolbildung durch eine Minderheit. Der Vorsitzende der christlichen CSL Belgiens, Houthuys, verlangte, Schluß zu machen mit der Praktik, daß eine einzige Organisation ein Veto einlegen könne. Es sei nicht im Sinne der EGB-Gründer, „daß eine Minderheit von 40 Prozent oder sogar noch weniger ihre Meinung für alle Ewigkeit gegenüber der Mehrheit durchsetzt“, sagte Generalsekretär Hinterscheid. Debumne forderte nach seiner Wahl zum Präsidenten, die Aufnahmeproblematik „demokratisch“ zu entscheiden.

Dieser Europäische Gewerkschaftsbund könnte für die Verteidigung und Durchsetzung der sozialen und gesellschaftlichen Interessen der Lohnabhängigen eine sehr schlagkräftige Waffe sein, die er zur Zeit nicht ist. Denn dazu wäre es dringend erforderlich, daß sich seine bestimmenden Kräfte zu einer gewerkschaftspolitisch eigenständigen Position und Aktion entschließen könnten, statt immer nur Anhänger der EG-Organisation zu sein und Rücksichten auf die Politik der nationalen Regierungen zu nehmen. Solange man sich aber aus den Denkbahnen und „Sachzwängen“ der kapitalistischen Wirtschaftsabläufe nicht zu lösen vermag, dürfte der EGB weiterhin ohnmächtig bleiben – wie bisher.

Für den EGB und seine Gewerkschaften ist darum wichtig, was in Ansätzen auf dem Kongreß bereits an Selbstkritischem gedacht und gesagt wurde: Die „gleichzeitig in allen Ländern und allen Wirtschaftsbereichen durchzuführende gewerkschaftliche Direktaktion“ zur Durchsetzung der berechtigten Forderungen müsse alternativ zur bisherigen Verhandlungspraxis „in unseren Denkprozeß“ einbezogen werden. Diese Überlegung von Mathias Hinterscheid wurde ähnlich auch von dem neuen Präsidenten des EGB, Georges Debumne, angestellt. Nun fehlen nur noch die Taten.

Sowjetgewerkschaften haben bestimmenden Einfluß

Der Einfluß der Sowjetgewerkschaften im politischen, ökonomischen und sozialen Leben im ersten sozialistischen Land unseres Erdballs ist in den letzten Jahren weiter gewachsen. Das widerspiegeln sich auf dem XVII. Kongreß der Sowjetgewerkschaften vom 15. bis 20. März im Moskauer Kreml-Palast. Höhepunkt des Kongresses war die Ansprache des Generalsekretärs der KPdSU, Leonid Breschnew. Weltweite Beachtung fanden die von ihm verkündeten neuen Friedensinitiativen seines Landes.

Wie bereits in der Aprilausgabe dargelegt, gab Breschnew bekannt, daß seine Regierung im europäischen Teil der Sowjetunion Kernwaffen mittlerer Reichweite einfrieren und die Ersetzung von älteren Raketen durch die modernen SS-20 gestoppt wird. Dieses Moratorium entspricht auch den Vorstellungen des DGB, wie sie in dem bekannten Aufruf „Frieden durch Abrüstung“ enthalten sind. Nicht minder bedeutungsvoll waren die Empfehlungen Breschnews zur Verbesserung der Gewerkschaftsarbeit im Interesse des arbeitenden Volkes. Auszüge dieses Teils seiner Rede sind im Einheft wiedergegeben.

Gegenüber dem DGB, der unter den Bedingungen des Kapitalismus wirkt, bestehen zu den Sowjetgewerkschaften quantitative und qualitative Unterschiede. Zunächst einmal sticht die enorme Größe ins Auge. Mit 130 Millionen Mitgliedern haben die dortigen Gewerkschaften 16mal soviel wie der DGB. Dementsprechend gab es auch eine große Zahl von Delegierten, nämlich 5025, die die vergangene Arbeit kritisch unter die Lupe nahmen und auf die Aufgaben für die nächsten fünf Jahre orientierten. Übrigens waren 2106 Delegierte bzw. 42 Prozent weiblich, und in drei Sowjetrepubliken – Armenien, Turkmenistan und Usbekistan – steht eine Frau an der Spitze des jeweiligen Zentralrates der Gewerkschaften.

Von größerer Bedeutung sind jedoch die qualitativen Unterschiede zum DGB. Mit der Beseitigung des privatkapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln und der Herausbildung eines sozialistischen Staates nach der Oktoberrevolution im Jahre 1917 wurde die einst ausgebeutete Arbeiterklasse zur führenden Kraft dieses großen Landes. Es war möglich, die Volkswirtschaft planmäßig – frei von kapitalistischen Krisen und Widersprüchen – zu entwickeln. In diesem System erhielten die Gewerkschaften im Unterschied zu denen in den kapitalistischen Ländern völlig neue Aufgaben. Objektiv sind ihre Mitglieder an der ständigen Steigerung der Produktion und Produktivität interessiert, weil die Ergebnisse ihrer Arbeit nicht mehr einer kleinen

Minderheit von Kapitalbesitzern, sondern dem ganzen Volk zugute kommen und die Arbeit nicht mehr auf den Profit, sondern auf die Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen ausgerichtet ist.

Unter diesen Prämissen betrachtet, befinden sich die Sowjetgewerkschaften weder im unversöhnlichen Widerspruch zum Staat und seinen Organen noch zur Partei der Arbeiterklasse, der KPdSU. Vielmehr besteht zwischen Partei und Gewerkschaft ein enges Bündnis, das letztlich auf die Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung ausgerichtet ist. Je schneller der vom XXVI. Parteitag der KPdSU im März 1981 beschlossene 11. Fünfjahrplan (1981 bis 1985) verwirklicht wird, um so mehr wird es dem ganzen Volk zugute kommen.

Nur bei Beachtung dieser Zusammenhänge wird begreiflich, warum der Gewerkschaftskongreß der Sowjetgewerkschaften zum Motto hatte: „Erfüllt die Beschlüsse des XXVI. Parteitages der KPdSU mit Leben.“ Damit ist die Selbständigkeit der Gewerkschaften keineswegs in Frage gestellt. Ohne aktive Mitwirkung der größten Massenorganisation des Landes kann faktisch nichts laufen.

Dies untermauerten auch die Aussagen auf dem Kongreß. Der neue Vorsitzende des Zentralrates, Stepan Schalajew – er war wenige Wochen vor dem Kongreß an Stelle des zurückgetretenen Alexej Schibajew vom Zentralrat gewählt worden – konnte im Rechenschaftsbericht auf beachtliche Erfolge der Gewerkschaften hinweisen. So haben sich gegenüber 1975 die Realeinkommen pro Kopf der Bevölkerung um 18 Prozent erhöht, im Vergleich zu 1965 haben sie sich sogar verdoppelt. Im laufenden 5-Jahr-Plan soll die durchschnittliche Entlohnung der Arbeiter und Angestellten um 14,5 Prozent steigen und die gesellschaftlichen Konsumtionsfonds – die sogenannte zweite Lohntüte – um 25 Prozent steigen.

Schalajew und nahezu jeder der 52 Diskussionsredner machten deutlich, daß die Verwirklichung der Reallohn-

steigerung, wie weiterer geplanter Verbesserungen – von der Wohnung über das Dienstleistungsangebot, den Gesundheitsschutz bis zur Bildung und Kultur – von der beschlossenen Steigerung der Arbeitsproduktivität und verbesserten Erzeugnisqualitäten abhängt. Nicht gespart wurde mit Kritik, wenn es galt, Hemmnisse anzuprangern, die beispielsweise notwendigen Verbesserungen der Arbeitsbedingungen entgegenstehen. Manche Gewerkschaftsleitungen in den Betrieben und Regionen würden ihrer Kontrollfunktion nicht gerecht und unzureichend auf die Einhaltung von Schutzvorschriften hinwirken. Noch stärker wollen sich die Gewerkschaften um die soziale Betreuung in den Betrieben kümmern. Die Aufgabengebiete reichen von der Gesundheitsvorsorge über Erholungsplätze und Sporteinrichtungen bis zum Kantinenessen.

Nicht zuletzt leisten die Gewerkschaften der UdSSR einen großen Beitrag zur Erhaltung des Friedens und der internationalen Klassensolidarität, wie das auch in dem beschlossenen Friedensappell an die Gewerkschafter der ganzen Welt zum Ausdruck kommt (siehe Einheft). Schalajew berichtete, daß die Sowjetgewerkschaften zu 145 Gewerkschaftsbünden in sozialistischen, befreiten und kapitalistischen Ländern Beziehungen unterhalten. In den vergangenen fünf Jahren wären 4600 ausländische Gewerkschaftsdelegationen in Moskau zu Gast gewesen und 3700 Delegationen der sowjetischen Gewerkschaften ins Ausland gefahren. Positiv schätzte Schalajew die bisher vier gesamteuropäischen Gewerkschaftskonferenzen in Genf ein. Er erneuerte sein Angebot, mit allen Gewerkschaften Beziehungen herzustellen und zusammenzuarbeiten, auch mit denen der USA.

Auf dem Kongreß waren Gewerkschaftsdelegationen von 131 Gewerkschaftsbünden vertreten, von einem großen Teil jeweils der Vorsitzende. Entgegen früheren Ankündigungen entsandte der DGB-Bundesvorstand lediglich zwei Beobachter – Dieter Wagner, Mitarbeiter der internationalen Abteilung des Bundesvorstandes für Lateinamerika, und Dieter Schmidt, Chefredakteur der „Welt der Arbeit“.

Offenbar hat die DGB-Spitze den nach Moskau entsandten Beobachtern zusätzlich einen Maulkorb mit auf den Weg gegeben. Weder „Welt der Arbeit“, dessen Chefredakteur vier Tage diesen Kongreß im Kreml aufmerksam verfolgte, noch ein anderes DGB-Organ drückte kaum eine Zeile von dem großen weltpolitischen Ereignis. Alle Welt spricht über die Friedensvorschläge von Breschnew, aber die DGB-Führung steckt vor lauter Antikommunismus den Kopf in den Sand. Das ist umso bedauerlicher, da diese Friedensinitiative mit den gewerkschaftlichen Forderungen unseres Landes korrespondiert.

Werner Petschick

Ignoranz gegenüber dem Mut und der Opferbereitschaft

Gerhard Beier: Die illegale Reichsleitung der Gewerkschaften 1933–45, Bund-Verlag, Köln 1981, 118 S., Preis 12,80 DM

Gerhard Beier ist in den letzten Jahren wiederholt mit Darstellungen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung an die Öffentlichkeit getreten. Würde man ihn allein an der Zahl seiner Publikationen messen, so gehörte er zweifellos zu den besten Kennern dieses Gegenstandes in der Bundesrepublik. Allerdings, und das hat Beier in seinen Arbeiten mehr als deutlich gemacht, geht es ihm in erster Linie darum, ein antikommunistisch geprägtes Geschichtsbild über die Entwicklung der deutschen Gewerkschaften zu vermitteln. Sein Engagement in dem Feldzug gegen die von Frank Deppe, Georg Füller und Jürgen Harer herausgegebene „Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung“ ist lediglich ein wichtiges Indiz hierfür.

Die hier zu besprechende neueste Broschüre des Autors setzt diese Kampagne fort. Auf der Grundlage von zwei (!) aus ihrem Zusammenhang gerissenen Zitaten aus dem genannten Buch unterstellt er „eine(r) bestimmte(n), Geschichtsschreibung“ diesmal „Ignoranz gegenüber dem auch unter der Hitlerherrschaft möglichen organisierten Widerstand von Gewerkschaltern im Deutschen Reich“ sowie eine „abschätzige“ Bewertung der antifaschistischen Aktivitäten insbesondere Wilhelm Leuschners (S. 91). Weitere Belege vermag er nicht beizubringen.

Um so eindringlicher verleiht er jedoch seiner moralischen Entrüstung über diesen von ihm konstruierten Sachverhalt Ausdruck. Peinlich allerdings, daß sich Beier darin ausgerechnet von Detlev Peukert assistieren läßt, der kürzlich erst durch Gerichtsbeschuß dazu gezwungen werden mußte, einige von ihm verbreitete verleumderische und durch nichts zu beweisende Behauptungen über kommunistische Emigranten in Holland zu widerrufen.

Was setzt Beier nun der von ihm ins Unkenntliche vertäuschten marxistischen Geschichtsschreibung über den gewerkschaftlichen Widerstand gegen den Faschismus in Deutschland entgegen? Da ist bereits sein Anspruch „erstmal abröhbar“ den Versuch zu unternehmen, „die illegale Reichsleitung und das gesamte Netzwerk gewerkschaftlicher Organisationen im Kampf gegen das Hitlerregime darzustellen“ (S. 16), eine Irreführung des Lesers. Bednarek in der DDR (1966) und Esters/Pelger in der Bundesrepublik

tionsstandes“ unter den Bedingungen der faschistischen Diktatur vorstellt. Die von ihm im Hauptteil seiner Arbeit (S. 33–83) aus verschiedenen Archiven, aus biographischen Lexika und anderen Publikationen zusammengetragene Aufzählung von Kontakten zwischen einzelnen Gewerkschaftsführern, der Methoden ihrer konspirativen Arbeit sowie der oft tragischen Folgen ihres Engagements ist jedenfalls nicht geeignet, seine zentrale These zu stützen.

Wenn damit, trotz der oft vermeidbaren Lückenhaftigkeit, überhaupt etwas bewiesen wird, dann das, daß ein großer Teil der ehemaligen Gewerkschaftsführer aus der auch von ihnen mitverursachten Niederlage der deutschen Gewerkschaftsbewegung gelernt hatte und sich aktiv am Kampf gegen die faschistischen Machthaber beteiligte.

Im gemeinsamen antifaschistischen Widerstandskampf von Vertretern aller parteipolitischen und weltanschaulichen Richtungen innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung wurde eine wichtige Voraussetzung für die Überwindung der Spaltung der deutschen Arbeiterklasse und für den Aufbau einheitlicher Gewerkschaftsorganisationen nach der Zerschlagung des deutschen Faschismus geschaffen.

Folgt man dagegen der Diktion Beiers, so bestand der gewerkschaftliche Widerstand im wesentlichen darin, daß „kommunistische und linkssozialistische Kräfte“ aus ihm ausgegrenzt, dafür aber Verbindungen zu militärischen Kreisen gesucht und aufgebaut wurden.

Um diese Behauptung aufrechterhalten zu können, verschweigt er u. a. die vielfältigen Verbindungen, die z. B. Wilhelm Leuschner zu Kommunisten und anderen antifaschistischen Widerstandskämpfern unterhielt. Hier gerinnt die antikommunistische Borniertheit des Autors zur Unfähigkeit, den gewählten Gegenstand wissenschaftlich solide zu bewältigen.

Geschichtsschreibung hat bestimmte Funktionen im Klassenkampf zu erfüllen, indem sie u. a. Lehren und Erfahrungen der Gewerkschaftsgeschichte für die Bewältigung aktueller Aufgaben vermittelt. Beiers Broschüre ist hierfür jedoch keinesfalls geeignet. Sie reiht sich ein in den seit einiger Zeit von den verschiedensten gewerkschaftsfeindlichen Kräften geführten antikommunistischen Feldzug, mit dem das Ziel verfolgt wird, aktive kommunistische Gewerkschafter zu diskreditieren und aus dem DGB hinauszudrängen. Damit wird das Prinzip der Einheitsgewerkschaft in Frage gestellt, ein Prinzip, das nicht zuletzt auf den Lehren der Niederlage der deutschen Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1933 und den Erfahrungen des gewerkschaftlichen Widerstandskampfes beruht.

Dr. Wolfgang Heyn

Terminkalender

- **1. Mai bis 30. Juni**
Wahl der Jugendvertretungen nach dem Betriebsverfassungsgesetz
- **16. bis 22. Mai**
12. ordentlicher DGB-Bundeskongreß in Westberlin
- **4. bis 6. Juni**
11. Bundesjugendkongreß der IG Bau – Steine – Erden in Fulda
- **5. bis 6. Juni**
Dritter Angestelltentag der IG Druck und Papier in Mannheim
- **22. Juni**
Außerordentlicher Kongreß der Deutschen Postgewerkschaft in Frankfurt
- **25. bis 27. Juni**
2. Hörster Kulturtage der IG Druck und Papier
- **26. bis 27. August**
Angestelltentag des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes (Ort steht noch nicht fest)
- **5. bis 10. September**
9. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Nahrung – Genuss – Gaststätten in Nürnberg
- **8. bis 10. September**
11. Frauenkonferenz der IG Metall in Frankfurt
- **21. bis 23. September**
Internationale Arbeitsstudienkonferenz des DGB in Westberlin
- **24. September**
14. Gewerkschaftstag der IG Bergbau und Energie in Essen
- **5. bis 8. Oktober**
17. ordentlicher Delegiertenkongreß der Gewerkschaft der Polizei in Nürnberg
- **15. bis 21. Oktober**
12. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Bau – Steine – Erden in Frankfurt
- **17. bis 23. Oktober**
14. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Textil – Bekleidung in Mainz
- **27. bis 29. Oktober**
Bundeskonferenz der Deutschen Journalisten-Union (dju) in Springen/Taunus
- **28. bis 30. Oktober**
16. Gewerkschaftsjugendtag der IG Bergbau und Energie in Bottrop
- **2. bis 3. November**
10. Bundespersonalräte-Konferenz der Deutschen Postgewerkschaft in Aachen
- **20. bis 21. November**
Konferenz des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) zum Thema Arbeitsbedingungen und Arbeitskampferfahrungen von Frauen (Frankfurt)
- **8. bis 11. November**
12. ordentlicher Gewerkschaftstag der Rundfunk-Fernseh-Film-Union (RFFU) in Lahnstein

D 3476 EX

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt.
NACHRICHTEN
Verlags-GmbH,
Glauburgstr. 66,
Postf. 18 03 72,
6000 Frankfurt/M.

0603650 N1 82.005 0039 13
FREIE UNIVERSITAET B.
VORM. OTTO-SUHR-INSTITU
IHNESTR. 21

1000 BERLIN 33

Zu guter Letzt

Hausbesetzer

Ungeheuerliches geschah kürzlich in Frankreich. Da tagte doch am 14. April der geschäftsführende Vorstand des französischen Allgemeinen Gewerkschaftsbundes CGT im Betriebsratsbüro der Renault-Werke von Vénissieux bei Lyon. Dies war der Auftakt zur Vorbereitung des 41. CGT-Kongresses, der demnächst in Lille stattfindet. Die Gewerkschaft nutzte ihre Rechte. Sie konnte sich auf die politischen Veränderungen stützen, die mit dem Wahlsieg der Linken am 10. Mai 1981 begannen.

Aber das ging den französischen Unternehmern gegen den Strich. Da wurden doch ihre jahrhundertealten geheiligten Prinzipien verletzt. 50 von ihnen wollten dies nicht hinnehmen. Sie machten sich auf, um die ihnen angebante Schmach zu rächen, und zogen nach Montreuil bei Paris. Dort baut die CGT ihren neuen Sitz. Die feinen Herren schickten sich gar an, den Bau zu besetzen. Doch sie hatten die Rechnung ohne den Wirt gemacht, die Bauarbeiter haben sie das Laufen gelehrt.

L. H.

Grauzone

In „metall“ Nr. 8 vom 15. April befindet sich auf den Seiten 12 und 13 eine Karte „Welt ohne Arbeit“. Die Farbskala der Länder reicht von weiß, hier beträgt die Arbeitslosigkeit von null bis zu zwei Prozent, bis rot mit über 50 Prozent Arbeitslosen. Ein großer Teil der Welt aber ist grau gezeichnet. Hier sind die Arbeitslosenzahlen angeblich nicht bekannt. Von Grönland, Spitzbergen, Südafrika bis Indonesien reicht diese Grauzone. Alle sozialistischen Länder sind dabei. Im Begleittext wird vermerkt: „Und in den Ostblockstaaten sowie in China gibt es das Problem nach (in einigen Fällen offensichtlich falschen) Regierungsangaben nicht.“ China ist weit und groß. Die DDR ist da viel näher. Es gibt dort eine Ständige Mission der Bundesrepublik. Viele bürgerliche Journalisten schwirren durch das Land. Auch der Vorstand der IG Metall war des öfteren in der DDR. Wo auch nur ein Dissident vermutet wird, wird er an die Öffentlichkeit gezerrt. Dies sollte mit den Arbeitslosen nicht möglich sein? H. Sch.

NACHRICHTEN
ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

Gewerkschaftsspiegel
Informationen und Kommentare

ISSN 0047-8598

Herausgeber: Arthur Böpple, Bremen; Heinz Lukrawka, Dinslaken; Willi Malkomes, Frankfurt; Helmut Seeger, Friedrichshafen.

Verlags- und Redaktionsanschrift:

Postfach 18 03 72, Glauburgstraße 66, 6000 Frankfurt/Main; Tel. (06 11) 59 97 91; Konto-Nr. 1 615 6129 00
Bank für Gemeinwirtschaft, Frankfurt/M.; Postscheckkonto: Frankfurt/Main 3050 40-606.

Die NACHRICHTEN erscheinen monatlich in der Nachrichten-Verlags-GmbH mit vierteljährlicher Beilage „Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse“ (März, Juni, September, Dezember – nur für Abonnenten).

Einzelpreis 4,- DM; Jahresabonnement 36,- DM einschließlich Zustellgebühren. Das Jahresabonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, falls es nicht bis zum 30. November des laufenden Jahres schriftlich gekündigt wird.

Redaktionskollegium:

Gisela Mayer, Glauburgstraße 66, 6000 Frankfurt/M. 1.

Dr. Werner Petschick (verantwortlich für den Inhalt), Glauburgstraße 66, 6000 Frankfurt/M. 1.

Dr. Heinz Schäfer, Sternsgasse 52, 6103 Griesheim.

Gerd Siebert, Burgstraße 4, 2411 Borstorf/Mölln.

Namentlich gezeichnete Artikel entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Quellenangabe, bei Interviews und Artikeln von nicht der Redaktion angehörenden Autoren ist die Zustimmung des Gesprächspartners bzw. Autors notwendig.

Redaktionsschluß: 2. Mai

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, 4040 Neuss.



NACHRICHTEN-Verlags-Gesellschaft mbH
Frankfurt am Main